

TAGESORDNUNG

ÖFFENTLICH

Bgm. Mag. **Nagl**: Bitte die Tagesordnung zur Hand zu nehmen, die Klubobleute haben wieder eine große Anzahl von Stücken, und da bin ich ihnen heute besonders dankbar, zusammengefasst, die wir gleich gemeinsam beschließen: Es sind dies die Stücke 1), 3), 6), 7), 8), 11), 12), 13), 14), 15), 16), 17), 18), 19), 20) und 21), die Stücke Nummer 23), 24), 25), das Stück Nummer 26) gegen die Stimmen der KPÖ, 27), 28), die Stücke 29) und 30) gegen die Stimmen der KPÖ und zwei Grüne, Stück Nummer 31), 32), 33), 34), Stück Nummer 35), Stück Nummer 46) und das Stück Nummer 47) in diesem Fall gegen alle Grünen. Beim Nachtrag sind es die Stücke 1), 2), 5), 6), 7), 8), 9), 11), 12), 13), 14), 15), 16), 19) und 20), 23) gegen die KPÖ und FPÖ, 24) ebenso, das Stück Nummer 25) und das Stück Nummer 27). Vom zweiten Nachtrag die Stücke 2), 3) und 4), vom 3. Nachtrag das Stück Nummer 1), das ist das Stück Grazer Stadtwerke AG Vertretung im Aufsichtsrat, das ist gegen die Stimmen der Grünen auch so beschlossen.

Jetzt komme ich noch zu unseren Ausschüssen, die zu tagen haben. Die Ausschüsse bitte ich, damit auch ein paar Formulierungen noch vorher geklärt werden können um 17.00 Uhr zusammenzutreten, um 17.00 Uhr soll zusammentreten bitte der Finanzausschuss, soll zuerst beginnen für das Stück Fair mit dem Personalausschuss, dann tagt bitte der Personalausschuss allein weiter, das heißt bitte Treffpunkt ist um 17.00 Uhr im Stadtsenatssitzungssaal und der Personalausschuss geht dann ins Baumkircherzimmer. Dann tagt der Finanzausschuss mit dem Wirtschafts- und Tourismusausschuss und dann tagt der Finanzausschuss mit dem Planungsausschuss. Treffpunkt ist bitte für den ersten Ausschuss 17.00 Uhr im Stadtsenatssitzungssaal, der Gemeinderat ist bis dorthin unterbrochen.

Unterbrechung des Gemeinderates von 16.40 Uhr bis 20.50 Uhr

1) MD-IM 550/2006-16

SAP/Hosting und Basisbetreuung;
Hardwaremiete von den Grazer
Stadtwerken inkl. Wartung und Betrieb
um € 13,368,-/Monat, exkl. MWSt.
Dkl.MD168

Der Ausschuss für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, Europäische Integration und Menschenrechte stellt gemäß § 45 Abs. 2 Ziff. 9 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967 idgF den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Abschluss eines Mietvertrages mit der Grazer Stadtwerke AG betreffend die für den SAP-Betrieb erforderlichen Hardware inkl. Wartung und Basisbetreuung um €13.368,- exkl. MWSt. pro Monat wird genehmigt.

3) Präs. 3390/2006-1

Geschäftsausschuss der steiermärki-
schen Krankenversicherungsträger;
Vertretung der Stadt

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Als Vertretung der Krankenfürsorgeanstalt für die Beamten/Beamtinnen der Landeshauptstadt Graz (KFA) werden in den Geschäftsausschuss der steiermärkischen Krankenversicherungsträger Herr Dipl.HTL-Ing. Mag. Dr. MPH Gerd Hartinger und Frau Gertrude Kettner entsandt.

6) Präs .9563/2003-20

Änderung der Subventionsordnung
Richtlinien für die Anrechnung von
Subventionen
Antrag gem. § 45 Abs. 2 Z. 25 des
Statutes der Landeshauptstadt Graz
1697, LGBl. Nr. 130/1697 idF LGBl. Nr.
91/2002

Der Ausschuss für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, europäische Integration und Menschenrechte stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der beiliegenden, einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildenden Verordnung, GZ: Präs. 9563/2003-20, mit welcher die Subventionsordnung geändert und der Anhang A erlassen wird, wird die Zustimmung erteilt.
2. Im Herbst 2008 ist dem Gemeinderat vom Präsidialamt ein Erfahrungsbericht einschließlich der sich daraus ergebenden Abänderungen der Richtlinien vorzulegen.
3. Für die Abrechnung von Subventionen, welche Sportvereinen gewährt werden, gelten die „Richtlinien für die Verwaltung, widmungsgemäße Verwendung, Abrechnung und Kontrolle der Besonderen Bundes-Sportförderungsmittel“ (TOTO-Richtlinien).

7) Präs. 11855/2006-1

Internationalisierungsstrategie
Grundsatzbeschluss

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildende Internationalisierungsstrategie der Stadt Graz wird zugestimmt.

8) Präs. 6892/2006-3
A 8/4 – 18095/2006-1

Pachatz Konrad;
Schenkung an die Stadt Graz
Annahme

Der Stadtsenat stellt gemäß § 45 Abs. 2 Z. 16 des Statutes der Landeshauptstadt Graz den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Stadt Graz tritt die Erbschaft bedingt an.
2. Die Stadt Graz zahlt an den erblasserischen Sohn, Herrn Egon Adolf Pachatz, den Betrag von € 31.591,89 als Pflichtteil aus.
Die Bedeckung hat auf der Fipos. 5.84000.010800 zu erfolgen.
3. Die Mag.-Abt. 8/4 – Liegenschaftsverkehr wird mit der Verwertung der Eigentumswohnung betraut.

11) A 5 14207/2004

Mobilitätskonzept für ältere Menschen;
Aktion „Fahrten mit dem Behindertentaxi“
Vertragsverlängerung mit den Grazer
Taxifunkzentralen; Finanzmittelbedarf in
der Höhe von insgesamt € 370.000,- für
2006 auf der Fipos 1.42910.520600
Aufwandsgenehmigung

Der gemeinderätliche Ausschuss für Soziales stellt gemäß § 45 Abs. 2 Ziff. 7 des Statutes der Landeshauptstadt Graz den Antrag, der Gemeinderat wolle im Sinne des Motivenberichtes

1. die Fortsetzung der Aktionen „Fahrten mit dem Behindertentaxi“ und die Verlängerung des bestehenden Vertrages mit den Grazer Taxifunkzentralen bis 31.12.2006 beschließen und
2. die erforderliche Aufwandsgenehmigung in der Höhe von € 370.000,- erteilen. (Für den Zeitraum 1.1. – 31.5.2006 wurde bereits die Aufwandsgenehmigung über €154.166,66 mit Stadtsenatsbeschluss vom 31.3.2006 erteilt). Die Bedeckung ist auf der Fipos 1.42910.620600 gegeben.

12) A 6F – 002239/2003-0092

Petition an die Bundesregierung und den Nationalrat zur Verbesserung der Situation der Frauen in Österreich

Der Ausschuss für Familie, Kinder, Jugendliche und Frauen stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle folgender Petition an die Bundesregierung und den Nationalrat zustimmen und festlegen, dass die Petition im Herbst 2006 – sofort wenn klar ist, wie eine neue Bundesregierung zusammengesetzt ist – übermittelt wird.

13) A 7-8949/01-35/2006

A 15-18304/2006

A 5-18324/06-1

A 8/4-18354/2006

Gentechnikfreie Zone Graz

Grundsatzbeschluss des Grazer Gemeinderates

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat möge folgenden Grundsatzbeschluss fassen:

Die Stadt Graz sieht sich in der grundsätzlichen Verantwortung, zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen beizutragen und tritt aus diesem Grund für eine gentechnikfreie Zone des Grazer Stadtgebietes ein. Zur Erreichung dieses Zieles sollen

- bei der Bewirtschaftung stadteigener Flächen keine gentechnisch veränderten Organismen oder daraus hergestellte Produkte (z.B. Futtermittel) verwendet werden.
- bei der Neuverpachtung landwirtschaftlicher Flächen und bei der Verlängerung bestehender Pachtverträge die PächterInnen vertraglich einem Verzicht des Anbaues genetisch veränderter Pflanzen zustimmen.
- durch Gespräche und andere geeignete Maßnahmen alle LandwirtInnen ebenso für den Verzicht auf den Anbau genetisch veränderter Pflanzen gewonnen werden.
- bei der Lebensmittelbeschaffung im eigenen Bereich GVO-freie Produkte den Vorzug erhalten.

- landwirtschaftliche Förderungen durch die Stadt Graz nur nach entsprechender Verzichtserklärung für das Ausbringen von gentechnisch veränderten Saatgut vergeben werden.
- Schwerpunktmäßige Kontrollen der Kennzeichnungspflicht des Handels für gentechnisch veränderte Produkte durch die Lebensmittelaufsicht erfolgen.
- Veranstaltungen der landwirtschaftlichen Interessensvertretungen zum Thema „Gentechnikfreiheit“ unterstützt und im Rahmen stadtteigener Aktivitäten z.B. im Rahmen des jährlichen Umweltfestes forciert werden.

14) A 8 – K 91/2004-10

Beteiligungscontrolling;
Quartalsmeldungen 1. Qu. 2006

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle den vorliegenden Informationsbericht zustimmend zur Kenntnis nehmen.

15) A 8 – K 39/2005-22

FH Standort Graz GmbH;
Ermächtigung des Vertreters der Stadt
Graz gem. § 87 Abs. 2 des Statutes der
Landeshauptstadt Graz; Umlaufbeschluss

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 idF LGBl.Nr. 32/2005 beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der FH Standort Graz GmbH, StR. Mag. Dr. Wolfgang Riedler, wird ermächtigt, mittels beiliegendem Umlaufbeschluss insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Genehmigung des Jahresabschlusses zum 31.12.2005
2. Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2005
3. Gesellschafterverrechnungskonten.

16) A 8 – K 24/2005-32

Stadtmuseum Graz GmbH
Wahl in den Aufsichtsrat – Änderung des
Vertreter der Stadt Graz gemäß § 87
Abs. 2 des Statutes der Landes-
hauptstadt Graz; Umlaufbeschluss

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967 in der Fassung LGBl. Nr. 32/2005 beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Stadtmuseum Graz GmbH, StR. Werner Miedl, wird ermächtigt, mittels Umlaufbeschluss insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

- Abberufung des Aufsichtsratsmitgliedes Dipl.-Dolm. Peter Laukhardt
- Wahl in den Aufsichtsrat durch den Gesellschafter Stadt Graz von RA Mag. Doris Braun, geb. am 24.12.1968, Schlögelgasse 1, 8010 Graz, als Mitglied für die restliche Aufsichtsratsperiode von Dipl.-Dolm. Peter Laukhardt.

17) A 8 – 18476/06-1

Grazer Kabel-TV Ges.m.b.H.;
Ermächtigung für den Vertreter der Stadt
Graz gem. § 87 Abs. 2 des Statutes der
Landeshauptstadt Graz 1967;
Umlaufbeschluss

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/1697 i.d.F. LGBl. 32/2005, beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Grazer Kabel TV Gesellschaft m.b.H, StR. Detlev Eisel-Eiselsberg, wird ermächtigt, mittels beiliegenden Umlaufbeschluss folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Abstimmung auf schriftlichem Wege
2. Genehmigung des Jahresabschlusses zum 31.12.2005
3. Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2005
4. Verwendung des zum 31.12.2005 ausgewiesenen Bilanzgewinns.

18) A 8 – K 186/1995-29

SH Kulturveranstaltungs GmbH
Generalversammlung 21.8.2006;
Ermächtigung des Vertreters der Stadt
Graz gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der
Landeshauptstadt Graz 1967

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 1430/1967 i.d.F. LGBl. 32/2005 beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der SH Kulturveranstaltungs GmbH, Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, wird ermächtigt, in der am 21.8.2006 stattfindenden Generalversammlung der Gesellschaft, insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Änderung des Gesellschaftervertrages – Name der Gesellschaft und Gesellschafterausschuss (entsprechend der beiliegenden Neufassung, die integrierenden Bestandteil dieser Beschlussfassung ist)
2. Anpassung des GeschäftsführerInnenendienstvertrages Mag. Kaup Hasler aufgrund der Änderung des Gesellschaftsvertrages im Sinn von Punkt 4 dieser Tagesordnung (laut Beilage)
3. Klarstellung des Finanzierungsvertrages vom 30.5.2006 in Pkt. 1.3. (laut Beilage)
4. Beschlussfassung über die Genehmigung des Jahresabschlusses zum 31.12.2005
5. Beschlussfassung über die Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates.

19) A 8 – 18572//06-1

Grazer Schlepfbahn GmbH; ordentl.
Generalversammlung 4.7.2006;
Ermächtigung des Vertreters der Stadt
Graz gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der
Landeshauptstadt Graz

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, idF LGBl. 32/2005, beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz, StR. Mag. Dr. Wolfgang Riedler, wird ermächtigt, in der am 4.7.2006 stattfindenden o. Generalversammlung der Grazer Schlepplbahn GmbH insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Beschlussfassung über die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2005 und die Zurkenntnisnahme des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2005
2. Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinnes in Höhe von €11.178,24 zum 31.12.2005 (Vortrag des im Geschäftsjahr 2005 ausgewiesenen Jahresergebnisses von € 1.069,99 zusammen mit dem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr in Höhe von €10.108,25 aus Bilanzgewinn in Höhe von € 11.178,24 für das Geschäftsjahr 2006)
3. Beschlussfassung über die Entlastung der Geschäftsführer für das Geschäftsjahr 2005
4. Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2006 (SOT).

20) A 8 – K 281/1992-149

Stadion Graz-Liebenau Vermögensverwertungs- und Verwaltungs GmbH; Ermächtigung des Vertreters der Stadt Graz zur Genehmigung des Jahresabschlusses 2005 gem. § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, Umlaufbeschluss

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl 32/2005, im Sinne des Motivenberichtes beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Stadion Graz-Liebenau Vermögens-, Verwertungs- und Verwaltungs GmbH, StR. Mag. Dr. Wolfgang Riedler, wird ermächtigt, im Umlaufwege insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Abstimmung auf schriftlichem Wege
2. Genehmigung und Feststellung des Jahresabschlusses 2005
3. Auflösung der nicht gebundenen Kapitalrücklage in der Höhe von Euro 61.594,42
4. Verwendung des Bilanzergebnisses 2005
5. Beschlussfassung über die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2005

21) A 8 18026/06-1

KIMUS Kindermuseum Graz GmbH.
Stimmrechtsermächtigung für den
Vertreter der Stadt Graz in der o.
Generalversammlung gem. § 87 Abs. 2
des Statutes der Landeshauptstadt Graz
1967

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß 3 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/1967 i.d.F. LGBl. Nr. 32/2005, beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der KIMUS-Kindermuseum Graz GmbH, Stadtrat Mag. Dr. Wolfgang Riedler, wird ermächtigt, in der am 6. Juli 2006 stattfindenden Generalversammlung der KIMUS-Kindermuseum Graz GmbH, insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit.
2. Bericht der Geschäftsführung über den Gang der Geschäfte und der Lage der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2005
3. Vorlage des Jahresabschlusses zum 31.12.2005

4. Beschlussfassung über die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2005
5. Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzergebnisses 2005
6. Beschlussfassung über die Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2005
7. Allfälliges.

23) A 8 – 8/2006-12

Kanalbauamt, Kanalisierung

Strasserhofweg – Puchleitenweg BA 117:

1. Projektgenehmigung über € 740.000,-
in der AOG 2005-2008

2. Ausgabeneinsparung über € 50.000,-
in der AOG 2006

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 bzw. § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 32/2005 beschließen:

In der AOG 2005-2008 wird die Projektgenehmigung „Kanalisierung Strasserhofweg BA 117“ mit Gesamtkosten in Höhe von € 740.000,- und die Aufnahme in die mittelfristige Investitionsplanung der Stadt Graz

Projekt	Ges.Kost.	RZ	MB 2005	MB 2006	MB 2007	MB 2008
Kanalisierung Strasserhofweg BA 117	740.000	2005-2008	15.600	350.000	370.000	4.400

beschlossen.

In der AOG des Voranschlages 2006 werden die Fiposse

5.85100.004290 „Wasser- und Kanalisationsbauten, Strasserhofweg BA 117“

6.85100.298552 „Rücklagen, BA 117“

um je € 50.000,- gekürzt.

24) A 8 – 2/2006-56, 57

Stadtbaudirektion,
Sachprogramm Hochwasser, bzw. Neugestaltung Burgtor
Nachtragskredit über ges. €145.000,00
In der AOG 2006

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF. LGBl. 32/2005 beschließen:

In der AOG 2006 wird die neue Fipos.

5.03000.729000	„Sonstige Ausgaben“ (Anordnungsbefugnis: BD00) mit	€ 100.000,-
----------------	--	-------------

geschaffen und die Fipos

5.61200.002800	„Straßenbauten, Burgtor“ um	€ 45.000,-
----------------	-----------------------------	------------

erhöht, bzw. zur Bedeckung die Fiposse

6.03000.346000	„Investitionsdarlehen von Finanzunternehmungen“ um	€ 100.000,-
----------------	--	-------------

und

6.61200.346000	„Investitionsdarlehen von Finanzunternehmungen“ um	€ 45.000,-
----------------	--	------------

aufgestockt.

25) A 8 – 2/2006-58

Katastrophenschutz und Feuerwehr,
Rüstlöschfahrzeug/Kommandofahrzeug
Nachtragskredit über €182.000,00 in der
AOG 2006

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF. LGBl. 32/2005 beschließen:

In der AOG 2006 werden die Fiposse

5.16200.040000 „Fahrzeuge“

und

6.16200.871401 „Kap. Transferzahlungen von Ländern, Landesfonds und Kammer“

um je €182.000,00 erhöht.

26) A 8/4 – 77018/2004

Grenadiergasse 2/Kernstockgasse 5
Ehemalige Mädchenschule St. Andrä
Verkauf des Gdst. Nr. 485, EZ 2831, KG
Gries, im Ausmaß von 969 m² mit den
Gebäuden Grenadiergasse 2 und
Kernstockgasse 5

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 91/2002, beschließen:

- 1.) Der Verkauf des Gdst. Nr. 485, EZ 2831, KG Gries, mit den beiden Objekten Grenadiergasse 2/Kernstockgasse 5 an die Firma Estate Scherer Realitätenentwicklungs GmbH zu einem Kaufpreis von €620.000,-, wird zu den Bedingungen der beiliegenden Vereinbarung, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.
- 2.) Die Rechtswirksamkeit des Kaufvertrages ist aufschiebend bedingt durch die Zustimmung des Bundesdenkmalamtes.
- 3.) Sämtliche mit der Errichtung, Unterfertigung und der grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren, einschließlich der Grunderwerbsteuer, gehen zu Lasten der Käuferin.
- 4.) Die Errichtung des Kaufvertrages sowie die Herstellung der Grundbuchsordnung erfolgt durch die Käuferin.
- 5.) Der Kaufpreis von € 620.000,- ist auf der Fipos 6.840000.0010000 zu vereinnahmen.

27) A 8/4 – 1286/2001
WB-SR-1014/1988-9

Rapoldgasse 22 und 24
Verkauf der Liegenschaft EZ 459,
bestehend aus der Grundstücksfläche Nr.
8/18, Nr. .292 und Nr. .779, mit den
Gebäuden Rapoldgasse 22 und 24, je KG
Waltendorf

Der Verwaltungsausschuss für die Wirtschaftsbetriebe sowie der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellen den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 91/2002, beschließen:

- 1.) Der Verkauf der Liegenschaft EZ 459, KG Waltendorf, bestehend aus den Gdst.Nr. 8/18, Nr. .292 und Nr. .779, mit den beiden Objekten Rapoldgasse 22 und 24 an die Bietergemeinschaft Herr Mag. Alexander Kodolitsch, Frau Mag. Elisabeth Kodolitsch, Herr Ing. Mag. (FH) Alexius Aigner, Frau Mag. (FH) Cornelia Stumptner und Herr Mag. Wolfgang Schnabl zu einem Kaufpreis von € 390.000,-, wird zu den Bedingungen der beiliegenden Vereinbarung, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.
- 2.) Sämtliche mit der Errichtung, Unterfertigung und der grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren, einschließlich der Grunderwerbsteuer, gehen zu Lasten der Käufer.
- 3.) Der Kaufpreis von der Höhe von € 390.000,00 wird im zugeteilten Flächenverhältnis zu € 162.000,00 den Wirtschaftsbetrieben und zu € 228.000,00 dem A 21 – Amt für Wohnungsangelegenheiten gutgeschrieben und auf ein von ihnen bekanntgegebenes Konto vereinnahmt.
- 4.) Die Errichtung des Kaufvertrages sowie die Herstellung der Grundbuchsordnung erfolgt durch die Käufer.

28) A 8/4 – 889/2001

Verkauf der Gst. Nr. 1277/21 und 1277/43, EZ 1707, KG Gries, gelegen an der Amselgasse 36, durch die Stadt Graz im Ausmaß von 1.245 m²

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. Nr. 91/2002, beschließen:

- 1) Der Verkauf der Gst. Nr. 1277/21 und 1277/43, je EZ 1707, KG Gries, im Ausmaß von 1.245 m², durch die Stadt Graz an die Ehegatten Ulrike und Andreas Diesel, zu einem Gesamtkaufpreis von € 138.000,00 wird zu den Bedingungen der beiliegenden Vereinbarung, die einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.
- 2) Der Kaufpreis von € 138.000,00 ist von den Käufern bis zum Tage der grundbuchsfähigen Unterfertigung des Kaufvertrages an die Stadt Graz zu überweisen.
- 3) Die Errichtung des Kaufvertrages und die grundbücherliche Durchführung sowie sämtliche damit verbundenen Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren gehen zu alleinigen Lasten der Käufer.
- 4) Der Käuferlös ist auf der Fipos 6.84000.001000 zu vereinnahmen.

29) A 8/4 – 5601/2005

Liegenschaft EZ 1079, KG Jakomini, Münzgrabenstraße 187h, 8010 Graz, Verkauf einer städtischen Wohnung Gesamtkaufpreis: € 42.000,- Antrag auf Zustimmung

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Zif. 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 91/2002, beschließen:

- 1.) Der Verkauf der 73/9905 Anteile an der EZ 1079, KG Jakomini, an Abdel Metal Hildegard, Münzgrabenstraße 187h, zu einem Kaufpreis von € 42.000,-

wird zu den Bedingungen der beiliegenden Kauf- und Wohnungseigentumsvereinbarung, die einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.

- 2.) Der Kaufpreis in der Höhe von € 42.000,- ist im Sinne des Entwurfes der Kauf- und Wohnungseigentumsvereinbarung abzustatten und zweckgebunden für die Beschaffung von neuen Wohnbauflächen beziehungsweise Revitalisierungsobjekten auf der Fipos 6.84000.010200 zu vereinnahmen und zu verwenden.
- 3.) Sämtliche mit der Unterfertigung und grundbücherlichen Durchführung des zu errichtenden Kauf- und Wohnungseigentumsvertrages verbundenen Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren gehen zu alleinigen Lasten der Käuferin.
- 4.) Die Kaufvertragserrichtung und die Herstellung der Grundbuchsordnung erfolgt durch und auf Kosten der Käuferin.

30) A 8/4 – 9812/2006

Liegenschaft EZ 971, KG Jakomini,
Conrad-von-Hötzendorf-Straße 109, 8010
Graz, Verkauf einer städtischen Wohnung
Gesamtkaufpreis: € 47.000,-
Antrag auf Zustimmung

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Zif. 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 91/2002, beschließen:

- 1.) Der Verkauf der 110/6462 Anteile an der EZ 971, KG Jakomini, an Scheucher Wilhelm und Romana, Conrad-von-Hötzendorf-Straße 109, zu einem Kaufpreis von € 47.000,- wird zu den Bedingungen der beiliegenden Kauf- und Wohnungseigentumsvereinbarung, die einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.
- 2.) Der Kaufpreis in der Höhe von € 47.000,- ist im Sinne des Entwurfes der Kauf- und Wohnungseigentumsvereinbarung abzustatten und zweckgebunden für die Beschaffung von neuen Wohnbauflächen beziehungsweise

Revitalisierungsobjekten auf der Fipos 6.84000.010200 zu vereinnahmen und zu verwenden.

- 3.) Sämtliche mit der Unterfertigung und grundbücherlichen Durchführung des zu errichtenden Kauf- und Wohnungseigentumsvertrages verbundenen Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren gehen zu alleinigen Lasten der Käufer.
- 4.) Die Kaufvertragserrichtung und die Herstellung der Grundbuchsordnung erfolgt durch und auf Kosten der Käufer.

31) A 8/4 – 9699/2005

Ziegelstraße

Bushaltestelle Viktor-Zack-Weg

a) Erwerb des Gdst. Nr. 495/2, EZ 416, KG Andritz, mit einer Fläche von 6.200 m² als Spielplatz

b) Übernahme einer ca. 171 m² großen Teilfläche des Gdst.Nr. 495/2, EZ 416, KG Andritz, in das öffentliche Gut der Stadt Graz

c) Erwerb einer ca. 26 m² großen Teilfläche des Gdst. Nr. 497/1, EZ 197, KG Andritz und Übernahme dieser Teilfläche in das öffentliche Gut der Stadt Graz

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 5 und 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 91/2002, beschließen:

1. Der Erwerb des Gdst.Nr. 495/2, EZ 416, KG Andritz, mit einer Gesamtfläche von 6.200 m² wird zu einem Kaufpreis von €183.435,- (6.029 m² zu € 30,-/m², somit € 180.870,- und 171 m² zu € 15,-/m², somit €2.565,-) genehmigt, wobei der Erwerb erst durch die Zustimmung des Pflugschaftsgerichtes rechtskräftig wird.
2. Der Erwerb einer ca. 26 m² großen Teilfläche des Gdst. Nr. 497/1, EZ 197, KG Andritz, aus dem Eigentum der Firma Ziegelwerk J.G. Wolf GmbH, zu einem Kaufpreis von € 70,-/m², somit insgesamt ca. € 1.820,-, wird zu den Bedingungen der beiliegenden Vereinbarung genehmigt.

3. Die Übernahme einer ca. 171 m² großen Teilfläche des Gdst.Nr. 495/2, EZ 416, KG Andritz, und einer ca. 26 m² großen Teilfläche des Gdst.Nr. 497/1, EZ 197, KG Andritz, in das öffentliche Gut der Stadt Graz, wird genehmigt.
4. Die Vermessung und die Errichtung des grundbuchs-fähigen Teilungsplanes erfolgt durch das Stadtvermessungsamt auf Kosten der Stadt Graz.
5. Sämtlich mit der Errichtung, Unterfertigung und der grundbücherlichen Durchführung der Kaufverträge verbundenen Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren, einschließlich der Grunderwerbsteuer, gehen zu Lasten der Stadt Graz.
6. Die Errichtung der Kaufverträge und die Herstellung der Grundbuchsordnung erfolgt durch und auf Kosten der Stadt Graz.
7. Die Bedeckung der Kaufpreise erfolgt für die ca. 6.029 m² große Teilfläche des Gdst. Nr. 495/2, EZ 416, KG Andritz, in der Höhe von € 180.870,- zuzüglich Nebenkosten in der Höhe von ca. € 9.500,- auf der Fipos 5.840000.001000. Der Kaufpreis für die 171 m² große Teilfläche desselben Grundstückes und für die ca. 26 m² große Teilfläche des Gdst.Nr. 497/1, EZ 197, KG Andritz, in der Höhe von ca. 250,- erfolgt auf der Fipos 5.612000.002020.

32) A 8/4 – 11059/2005

Rosenberggürtel
Kostenlose und lastenfreie Grund-
abtretung des Gdst.Nr. 1635/2, EZ 2164,
KG Geidorf, mit einer Fläche von 447 m²
in das öffentliche Gute der Stadt Graz

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 5 und 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 91/2, beschließen:

- 1.) Der unentgeltliche Erwerb des Gdst. Nr. 1635/2, EZ 2164, KG Geidorf, mit einer Fläche von 447 m² durch die Stadt Graz aus dem Eigentum von Herrn DI Erwin Franz wird zu den Bedingungen der beiliegenden Vereinbarung, welche einen integrierten Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.

- 2.) Die Übernahme des in Punkt 1 erworbenen Grundstückes Nr. 1635/2, EZ 2164, KG Geidorf, in das öffentliche Gut der Stadt Graz, wird genehmigt.
- 3.) Sämtliche mit der Errichtung, Unterfertigung und der grundbücherlichen Durchführung des Vertrages verbundenen Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren, einschließlich der Grunderwerbsteuer, gehen zu Lasten der Stadt Graz.
- 4.) Die Errichtung des Kaufvertrages sowie die Herstellung der Grundbuchsordnung erfolgt durch die Stadt Graz und auf deren Kosten.
- 5.) Die Bedeckung der Nebenkosten in der Höhe von € 300,- erfolgt auf der Fipos 5.612000.001100.

33) A 8/4-396/2001

Verkauf des Gdst.Nr. 761/1, EZ 684, KG Andritz, im Ausmaß von 173 m², durch die Stadt Graz
Pauschalkaufpreis: € 9.000,-

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 und 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 91/2002, beschließen:

- 1.) Der Verkauf des Gdst.Nr. 761/1, EZ 684, KG Andritz, im Ausmaß von 173 m², durch die Stadt Graz an Herrn Peter Köbl wird zu den Bedingungen der beiliegenden Vereinbarung, die einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.
- 2.) Der Kaufpreis beträgt pauschal € 9.000,- und ist gemäß Pkt. 4 der Vereinbarung an die Stadt Graz zu überweisen.
- 3.) Sämtliche mit der Unterfertigung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren gehen zu Lasten des Käufers.
- 4.) Der Kaufpreis von € 9.000,- ist auf der Fipos 6.84000.001000 zu vereinnahmen.
- 5.) Die Kaufvertragserrichtung und die Herstellung der Grundbuchsordnung erfolgt durch und auf Kosten des Käufers.

- 34) A 8 – 8/2006/14
 A 16 – 8884/2006-7
 A 10/BD-EU 12783/2006-1

GR-Beschlussantrag
“Stadtbibliothek am Standort Campus
Buildings“

1. EU-Programm Urban Link Graz West
im Rahmen der EU-Gemein-
schaftsinitiative URBAN II Förderzusage
und Mittelzuteilung in der Höhe von
180.000,00 Euro (davon EU-
Förderung/EFRE von 180.000,00 Euro)
2. Projektgenehmigung in Höhe von €
100.000,- in der AOG 2006-2007
3. Ausgabeneinsparung von €42.000,- in
der AOG 2006

Der Kultur- und Sportausschuss, der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss, die Stadtbaudirektion sowie der Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung stellen den Antrag, der Gemeinderat möge gemäß § 45 Abs. 2 Pkt. 7, § 90 Abs. 4 beziehungsweise § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967, i.d.F. LGBl. Nr. 32/2005 beschließen:

1. Dem Motivenbericht wird zugestimmt.
2. Für das Projekt wird eine Förderzusage und Mittelzuteilung im Rahmen des EU-Programmes Urban_Link Graz West in der Höhe von 180.000,- Euro erteilt.

Die Finanzierung stellt sich wie folgt dar:

Projekt	EU-Mittel (EFRE) 2007	Kofinanzierung Stadt Graz	Zeitraum	Anordnungsbefugnis
Stadtbibliotheken am Standort Campus Buildings	€ 180.000	-	2006-2007	BD

3. Mit dem Projektträger wird eine entsprechende Fördervereinbarung gemäß der Subventionsordnung der Stadt Graz und den einschlägigen Richtlinien der EU abgeschlossen.
4. Die Projektgenehmigung für die Einrichtung der Stadtbibliothek am Standort Campus-Towers mit einem Gesamtbetrag von € 100.000,- in der AOG in der Anordnungsbefugnis des Kulturressorts und die Aufnahme in die mittelfristige Investitionsplanung

Finanzmittelbedarf:

2006	€ 0
2007	€ 100.000,-

werden erteilt

5. In der AOG des Voranschlages 2006 werden die Finanzpositionen

5.27300.010200	„Gebäude“ um	€ 42.000,-
6.27300.298102	„Rücklagen, Entnahmen Ausgleichsrücklage“ um	€ 42.000,-

gekürzt.

35) A 10/5-4044/2005-26

Sachprogramm Grazer Bäche
Dringliche Hochwasserschutzmaß-
nahmen 2006; Notwendige Vorarbeiten,
Grundeinlösen und Umsetzungsmaß-
nahmen an den Bächen in Andritz,
Mariatrost und St. Peter;
Aufwandsgenehmigung in der Höhe von
€ 360.000,-

Der Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung stellt den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

1. Dem Motivenbericht wird zugestimmt,
2. für dringliche Hochwasserschutzmaßnahmen mit Finanzbedarf 2006 – Sofortmaßnahmen und erste abschnittsweise Umsetzungsprojekte und damit in Verbindung stehende Vorarbeiten an den am stärksten gefährdeten Bächen in Mariatrost, St. Peter und insbesondere in Andritz wird die Aufwandsgenehmigung in der Höhe von 360.000,- Euro erteilt.
3. Die Finanzierung erfolgt über die Fipos 5.63900.004100

46) A 16 – 3094/2006-2

Grazer Stadtbibliotheken,
Änderung der Benutzungsordnung

Der Kultur- und Sportausschuss stellt daher gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 14 des Statutes der Landeshauptstadt Graz den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die diesem Gemeinderatsbericht als integrierender Bestandteil angeschlossene „Benutzerordnung für die Stadtbibliothek“ wird beschlossen und tritt mit 1.7.2006 in Kraft.

47) GGZ 29706/2005

Vertragsunterfertigung Land Steiermark mit den Geriatrischen Gesundheitszentren für die Pflegewohnheime Rosenhain sowie Geidorf/Seniorenzentrum; Festlegung der Tagsätze im Rahmen des § 13 SHG

Der Verwaltungsausschuss für die Geriatrischen Gesundheitszentren stellt den Antrag:

1. Der Gemeinderat möge den Heimvertrag mit dem Land Steiermark zur Kenntnis nehmen.
2. Vollzahler erhalten ab einer Abwesenheit (Urlaub) von mehr als 3 Tagen 8,14 % der Hotelkomponente refundiert. Bei Krankenhausaufenthalten ab dem 4. Tag, bis zu maximal 70 Tagen, erhalten sie zusätzlich das anteilige Pflegegeld aus dem Pflegezuschlag refundiert.

NT 1) Präs. 19072/2006-1

Centrum für Jüdische Studien an der Karl-Franzens-Universität Graz (CJS) – Strategischer Beirat; Vertretung der Stadt

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Als Vertretung der Stadt wird in den im „Centrum für Jüdische Studien an der Karl-Franzens-Universität Graz (CJS)“ eingerichteten „Strategischen Beirat“ der/die jeweilige Abteilungsvorstand/Abteilungsvorständin der Mag.-Abt. 16 – Kulturamt entsendet.

NT 2) Präs. 13000/2003-2

„Messe Center Graz“ Infrastruktur- und Stadtteilentwicklungsgenossenschaft reg.Gen.mb.H.; Vertretung der Stadt im Aufsichtsrat - Änderung

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Anstelle von Herrn Dr. Stephan Mayer-Heinisch wird ab 1.8.2006 Herr GR Mag. Klaus Frölich als Vertreter der Stadt in den Aufsichtsrat der „Messe Center Graz“ Infrastruktur- und Stadtteilentwicklungsgenossenschaft reg. Gen.m.b.H. entsandt.

NT 5) A 1 – 1593/2003-9

Novellierung des Stmk. Behindertengesetzes; Petition an den Landesgesetzgeber – Lohnkostenzuschuss für Bedienstete der Stadt Graz auf „Geschützten Arbeitsplätzen“

Der Ausschuss für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, europäische Integration und Menschenrechte stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Z. 15 des Statutes der Landeshauptstadt Graz i.d.g.F. der Aufforderung an die Landesregierung, eine landesgesetzliche Änderung dahingehend vorzunehmen, dass die Gewährung von Lohnkostenzuschüssen gemäß § 40 Abs. 2 des Stmk. Behindertengesetzes für gestützte ArbeitnehmerInnen der Stadt Graz wieder möglich wird, die Zustimmung erteilen.

NT 6) A 8 – 19289/06-1

Pilotprojekt Einheitsbewertung Stadt Graz
/ Finanzamt Graz-Stadt

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Z 18 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/1967 zuletzt idF LGBl. Nr. 32/2005, den vorstehenden Motivenbericht und die einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildende Verordnung zur Kenntnis nehmen und die Teilnahme der Stadt Graz am Pilotprojekt beschließen.

NT 7) A 8 18780/06-2

Stadtmuseum Graz GmbH;
Ermächtigung des Vertreters der Stadt
Graz zur Genehmigung des
Jahresabschlusses 2005 gem. § 87 Abs.
2 des Statutes der Landeshauptstadt
Graz 1967, Umlaufbeschluss

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 32/2005, im Sinne des Motivenberichtes beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Stadtmuseum Graz GmbH, StR. Werner Miedl, wird ermächtigt, im Umlaufwege insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Abstimmung auf schriftlichem Wege
2. Genehmigung und Feststellung des Jahresabschlusses 2005
3. Verwendung des Bilanzergebnisses 2005
4. Beschlussfassung über die Entlastung des Geschäftsführers und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2005.

NT 8) A 8 – K 337/1984-325

AEVG Abfall-Entsorgungs- und VerwertungsGmbH

1. Richtlinien für die o. Generalversammlung gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, Stimmrechtsermächtigung
2. Berichtswesen Stadt Graz und Grazer Stadtwerke AG; Eigentümerweisung

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 32/2005 beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz, Stadtrat Mag. Dr. Wolfgang Riedler, wird ermächtigt, in der am 4.7.2006 stattfindenden ordentlichen 21. Generalversammlung der AEVG Abfall-Entsorgungs- und VerwertungsGmbH., insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Beschlussfassung über die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2005 und über die Zurkenntnisnahme des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2005
2. Beschlussfassung über die Zurkenntnisnahme des Konzernjahresabschlusses zum 31.12.2005 und über das Konzernlageberichtes für das Geschäftsjahr 2005
3. Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzergebnisses 2005
4. Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2005
5. Wahl des Abschlussprüfers für die Geschäftsjahre 2006-2008.
6. Berichtswesen Stadt Graz und Grazer Stadtwerke AG –Eigentümerweisung.

NT 9) A 8 – 16494/06-2

Grazer Congress Gesellschaft mbH; o. Generalversammlung am 3.7.2006; Stimmrechtsermächtigung für den Vertreter der Stadt Graz gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/1967 i.d.F. LGBl. Nr. 32/2005 beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung der Grazer Congress Gesellschaft mbH, StR. Detlev Eisel-Eiselsberg, wird ermächtigt, in der am 3. Juli 2006 stattfindenden Generalversammlung der Gesellschaft, insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

- Jahresabschluss zum 31.12.2005
- Entlastung des Geschäftsführers und des Aufsichtsrates
- Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2006
- Genehmigung einer Leistungsprämie für den Geschäftsführer in Höhe eines Bruttomonatsentgeltes für 2005

Der Gemeinderat der Stadt Graz nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass die Mag.-Abt. 8 – Finanz- und Vermögensdirektion an die Steiermärkische Bank und Sparkassen AG betreffend die Abklärung der allfälligen Ausübung des Aufgriffsrechts gem. Punkt „Viertens“ des Gesellschaftsvertrages der Grazer Congress Gesellschaft mbH herantritt.

NT 11) A 8 – 19047/06-1

Steiermärkische Landesdruckerei GmbH;
Graz in der o. Generalversammlung
gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der
Landeshauptstadt Graz 1967;
Stimmrechtsermächtigung

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967 idF LGBl. 32/2005, beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Steiermärkischen Landesdruckerei GmbH, StR. Mag. Dr. Wolfgang Riedler, wird ermächtigt, in der am 3.7.2006 um 14.00 Uhr stattfindenden o. Generalversammlung der Gesellschaft insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Genehmigung des Jahresabschlusses 2005 und Kenntnisnahme des Geschäftsberichtes
2. Kenntnisnahme der im Berichtsjahr durchgeführten Investitionen der Landesdruckerei in Höhe von Euro 168.690,58,-.
3. Beschluss über die Vorlage des Investitionsprogramms von 2006 und 2007.
4. Bestellung des Wirtschaftsprüfers für das Geschäftsjahr 2006 (Hubner & Allitsch)
5. Allfälliges

NT 12) A 8 – 18793/06-4

Grazer Energieagentur GmbH; Richtlinien für die 9. ordentl. Generalversammlung am 3.7.2006 gem. § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, Stimmrechtsermächtigung

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/1967 i.d.F. LGBl. Nr. 32/2005, beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz, Bürgermeister-Stellvertreter Walter Ferk, wird ermächtigt, in der am 3.7.2006 stattfindenden 9. ordentlichen Generalversammlung der Grazer Energieagentur GmbH, insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Beschlussfassung über die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2005 und über die zur Kenntnisnahme des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2005
2. Verwendung des Bilanzergebnisses 2005
3. Entlastung des Geschäftsführers
4. Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2006

NT 13) A 8 – 19566/06-1

Graz 2003 – Kulturhauptstadt Europas Organisations GmbH; Ermächtigung des Vertreters der Stadt Graz gem. § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz; Umlaufbeschluss

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 i.d.F. LGBl. Nr. 32/2005 beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Graz 2003 – Kulturhauptstadt Europas Organisations GmbH, StR. Mag. Dr. Wolfgang Riedler, wird ermächtigt, mittels beiliegendem Umlaufbeschluss insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Genehmigung des Jahresabschlusses zum 31.12.2005
2. Entlastung von Mag. Robert Günther für die Geschäftsführungsperiode 1.1. – 31.12.2005

NT 14) A 8 – 18561/06-2

Kunsthhaus Graz GmbH
Ermächtigung des Verteters der Stadt
Graz gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der
Landeshauptstadt Graz; Umlaufbeschluss

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/1967 idF LGBl. Nr. 32/2005 beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung der Kunsthhaus Graz GmbH, StR. Mag. Dr. Wolfgang Riedler wird ermächtigt, mittels beiliegendem Umlaufbeschluss insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

- Beschlussfassung über die Feststellung des Jahresabschlusses per 31.12.2005
- Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzergebnisses per 31.12.2005
- Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates

NT 15) A 8 – 18345/06-1

Landesmuseum Joanneum GmbH
Richtlinien für die o. Generalver-
sammlung am 4.7.2006 gem. § 87 Abs. 2
des Statutes der Landeshauptstadt Graz
1967; Stimmrechtsermächtigung

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/1967 i.d.F. LGBl. Nr. 32/2005 beschließen:

Die Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung der Landesmuseum Joanneum GmbH, StR. Mag. Dr. Wolfgang Riedler und Stadtrat Werner Miedl werden ermächtigt, in der am 13. Juli 2006 stattfindenden Generalversammlung der Gesellschaft, insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

- Beschlussfassung über die Genehmigung des Jahresabschlusses der Landesmuseum Joanneum GmbH zum 31.12.2005
- Beschlussfassung über die Entlastung der Geschäftsführer und des Aufsichtsrates.

NT 16) A 8 – 18090/06-2

Graz Tourismus GmbH; Richtlinien für die
21. o. Generalversammlung gem. § 87
Abs. 2 des Statutes der Landes-
hauptstadt Graz; Stimmrechtser-
mächtigung

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/1967 idF LGBl. Nr. 32/2005 beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Graz Tourismus GmbH StR. Detlev Eisel-Eiselsberg wird ermächtigt, in der noch im Juli oder September 2006 anzuberaumenden ordentlichen 21. Generalversammlung der Graz Tourismus GmbH insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Genehmigung des Jahresabschlusses zum 31.12.2005 und Bericht des Aufsichtsrates
2. Entlastung des Geschäftsführers und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2005
3. Wahl von Herrn Dir. Florian Weitzer als Vertreter der GHV (Grazer Hoteliersvereinigung) in den Aufsichtsrat der Graz Tourismus GmbH
4. Wahl des Abschlussprüfers für das Wirtschaftsjahr 2006
5. Allfälliges.

NT 19) A 8 – 8/2006-15

Kanalbauamt, Kläranlage der Stadt Graz,
BA 41; Anpassung der Projekt-
genehmigung und des Finanzbedarfs
2006

Der Voranschlags- Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 beziehungsweise § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.130/1967 idF LGBl. 32/2005 beschließen:

In der AOG 2001-2008 wird die Projektgenehmigung „Klärwerk 2. Ausbaustufe, BA 41“ von € 45.700.000,- auf € 48.800.000,- erhöht und die Änderung in der mittelfristigen Investitionsplanung der Stadt Graz

Projekt	Ges.Kost.	RZ	Vorjahre	MB 2006	MB 2007	MB 2008
Klärwerk BA 41	48.800.000	2001-2008	28.105.400,00	11.000.000	7.900.000	1.794.600

beschlossen.

Dieser Mehrbedarf resultiert aus Zeitverschiebungen und vertraglichen Indexerhöhungen (Siedlungswasserbauindex unter Annahme einer weiteren Indexsteigerung von 5,5 % je in den Jahren 2006 und 2007) und ist nach Projektabschluss offen abzurechnen. Im Falle eines geringeren Preisanstiegs darf diese Zusatzsumme nicht für andere Zwecke verwendet werden.

In der AOG 2006 werden die Fiposse

5.85100.050010 „Sonderanlagen, Klärwerk, BA 41“

6.85100.298202 „Rücklagen, BA 41“

um je € 1.000.000,- gekürzt.

NT 20) A 10/2-K-678/Ü/2006

BA 41 – Kläranlage der Stadt Graz
Anpassung an den Stand der Technik
außerplanmäßige Kosten – Valorisierung
Erhöhung der Projektgenehmigung
Fipos 5.85100.050010

Der Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Projektgenehmigung für den BA 41 – Anpassung der Kläranlage der Stadt Graz an den Stand der Technik wird um € 3,10 Mio. auf insgesamt € 48,80 Mio. (excl. Ust) erhöht. Hierbei handelt es sich um jene Valorisierungsmehrkosten, zu deren Zahlung die Stadt Graz vertraglich verpflichtet ist.

NT 23) A 8/5 – 000745/2004
A 8 – 8/2006-18

Fachhochschulen
Durchführung der laufenden Reinigung,
Grundreinigung, Fensterreinigung und
von Regiearbeiten durch ein
Reinigungsunternehmen auf die Dauer
von vier Jahren mit der Option den
Auftrag zwei Jahre zu verlängern; EU-
weite öffentliche Ausschreibung
geschätzte Kosten € 2,4 Mio für 4 Jahre;
Projektgenehmigung

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 7 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/657 den Antrag, der Gemeinderat wolle die Projektgenehmigung für die Ausschreibung der Vergabe der Reinigungsarbeiten in den FH-Gebäuden Alte Poststraße 149, 150, 152-154, Eggenbergerstraße 63/Alte Poststraße 147, Eggenberger Allee 9-11 mit einem geschätzten Kostenaufwand von insgesamt ca. € 2.400.000 netto an eine Reinigungsfirma auf die Dauer von vier Jahren, mit der Option, den Auftrag um

maximal zwei Jahre zu verlängern, ab 1.10.2006 erteilen. Die Vergabe erfolgt nach Abwicklung einer EU-weiten öffentlichen Ausschreibung an den Bestbieter.

NT 24) A 8/5-020654/2003
A 8 – 8/2006-17

Öffentliche WC-Anlagen
Durchführung der laufenden Reinigung
und Grundreinigung durch ein
Reinigungsunternehmen auf die Dauer
von vier Jahren mit der Option, den
Auftrag zwei Jahre zu verlängern
EU-weite öffentliche Ausschreibung
geschätzte Kosten € 1,6 Mio. für 4 Jahre,
Projektgenehmigung

Der Voranschlags, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 7 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/67 den Antrag, der Gemeinderat wolle die Projektgenehmigung für die Neuausschreibung der Vergabe der Betreuungsleistungen für die öffentlichen WC-Anlagen mit einem Kostenaufwand von insgesamt ca. € 1.600.000 netto an eine Reinigungsfirma auf die Dauer von vier Jahren mit der Option, den Auftrag um maximal zwei Jahre zu verlängern, wenn sich daraus ein voraussichtlicher Vorteil gegenüber einer Neuausschreibung ergibt, ab 10.11.2006 erteilen. Die Vergabe erfolgt nach Abwicklung einer EU-weiten öffentlichen Ausschreibung an den Bestbieter.

NT 25) A 10/2-K-44.373/2006

Bauabschnitt 117, Kanalsanierung
Strasserhofweg – Puchleitnerweg
Projektgenehmigung über Euro 740.000,-
excl. Ust. VASSt. 5.85100.004290

Der Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Projekt für die Kanalsanierung Strasserhofweg – Puchleitnerweg, BA 117, wird die Projektgenehmigung in der Höhe von Euro 740.000,- exkl. Ust. auf der VASSt. 5.85100.004290 erteilt.

NT 27) A 16 – 66280/2004-2

„Geschichte der Stadt Graz“,
Abverkaufsaktion

Der Kultur- und Sportausschuss stellt gemäß § 45 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967, i.d.F. LGBl. Nr. 321/2005 den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Im Sinne der Zustimmung zum Motivenbericht wird der Verkaufspreis der „Geschichte der Stadt Graz“ auf € 70,- inkl. MWSt bei einem Rückfluss von €10,- exkl. MWSt. an die Stadt Graz herabgesetzt. Die Vergabe von Gratisexemplaren kann bei Bedarf über Beschluss des Stadtsenates erfolgen, jeweils 25 Gratisexemplar werden ab sofort zu Repräsentationszwecken dem Bürgermeister bzw. dem Stadtsenatsreferenten für Kultur zur Verfügung gestellt.

Zusatzantrag:

Je ein weiteres Exemplar wird den Gemeinderatsfraktionen sowie jenen Bezirksämtern, die nach Kontakt des Kulturressorts Interesse zeigen, kostenlos übermittelt. Das Kulturamt wird beauftragt, 150 Exemplare längerfristig zu archivieren.

2. NT 2) A 8 – 8/2006-11

Stadtschulamt, 6 Lernbetreuungen;
Erhöhung bestehender
Projektgenehmigungen um insg.
€ 112.900,- in der OG 2006 und 2007

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl. 32/2005 beschließen:

Die bereits bestehenden Projektgenehmigungen im Bereich der Lernbetreuung werden in den folgenden Schulen erweitert:

Einrichtung	Erweiterung auf	Mehrbedarf 2006	Mehrbedarf 2007	Gesamt
VS Bayern	45 Plätze	3.500	6.000	9.500
VS Berliner Ring	75 Plätze	8.200	23.500	31.700
VS Leopoldinum	60 Plätze	9.600	23.700	33.300
VS Karl Morre	45 Plätze	4.800	9.500	14.300
VS Ferdinandeum	60 Plätze	3.800	8.300	12.100
VS Viktor Kaplan	Küchenhilfe	4.000	8.000	12.000
Gesamt		33.900	79.000	112.900

2. NT 3) SSA-38461/2003-24
SSA-38453/2003-23

SSA 38456/2003-22

SSA 51529/2004-19
SSA 38452/2003-23
SSA 38466/2003-28

VS Bayern (Verein WIKI Steiermark)
VS Berliner Ring (Verein Kinderfreunde Steiermark)
VS Leopoldinum (Verein Kinderfreunde Steiermark)
VS Karl Morre (Verein ISOP)
VS Ferdinandeum (Verein ISOP)
Viktor Kaplan (Verein WIKI)
Mehrbedarf insgesamt € 112.900,-
Neuer Gesamtaufwand € 482.900,-

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle der Erweiterung der 6 Lernbetreuungsprojekte mit einem Mehraufwand für die Stadt Graz von insgesamt € 112.900,- für die Zeit vom 1.9.2006 bis 31.8.2007 die Zustimmung erteilen; der Gesamtaufwand erhöht sich somit auf € 482.900,-. Die dazu erforderlichen Abänderungen der bestehenden Vereinbarungen zwischen Stadt Graz und den Vereinen WIKI Steiermark, ISOP und Kinderfreunde Steiermark werden genehmigt.

2. NT 4) A 10 BD – EU 16326/2005-2
A 8 – 20251/2006-1

Maßnahmen URBAN+ Grazer Süden & Umland im Rahmen des Programms „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung Steiermark 2007-2013“
Maßnahmenpapier URBAN+
Rahmenbeschluss Inhalte und Finanzierung Eigenmittel

Der Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung, der Ausschuss für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, Europäische Integration und Menschenrechte und der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellen den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

1. Dem Motivenbericht wird zugestimmt.
2. Für die Maßnahme „URBAN+“ im Rahmen des Programms „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung Steiermark 2007-2013“ wird die Aufbringung der notwendigen Eigenmittel von max. € 1.25 Mio. für 2007-2013 im Rahmen des AOG Paketes (175 Mio. € bis 2010) bzw. der OG-Eckwertvorgabe zugesichert.
3. Jedes Teilprojekt der Maßnahmen URBAN+ ist dem Gemeinderat gesondert sowohl inhaltlich als auch finanziell zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Die Stadtbaudirektion /Referat EU-Programme und Internationale Kooperation wird mit der Ausarbeitung des städtischen Programmteiles und der Gesamtkoordination beauftragt.

3. NT 1) Präs. 13020/2003-6

Grazer Stadtwerke AG, Vertretung der Stadt Graz im Aufsichtsrat; Änderung

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Anstelle von Herrn Bgm.-Stv. a.D. Dr. Alfred Edler wird Herr Dr. Oswin Kois als Vertreter der Stadt in den Aufsichtsrat der Grazer Stadtwerke AG entsandt.

Die Tagesordnungspunkte 1), 3), 6), 7), 8), 11), 12), 13), 14), 15), 16), 17), 18), 19), 20) und 21), 23), 24), 25), 31), 32), 33), 34), 35), NT 1), NT 2), NT 5), NT 6), NT 7), NT 8), NT 9), NT 11), NT 12), NT 13), NT 14), NT 15), NT 16), NT 19), NT 20), NT 25), NT 27), 2. NT 2), 2. NT 3) und 2. NT 4) wurden einstimmig angenommen.

Die Tagesordnungspunkte 26), 29), 30), 46), 47), NT 23), NT 24) und 3. NT 1) wurden mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatterin: GRin. Dr. Richter-Kanik

2) Präs. 19067/2006-1

a) Informationsbericht Integrationsreferat

Dr. **Richter-Kanik**: Es geht um den (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) Informationsbericht Integrationsreferat. Das Stück besteht aus zwei Teilen, wir haben den ersten Teil beschlossen, der zweite Teil wurde abgelehnt. Informationsbericht: Mit 3. November 2005 ist das Integrationsreferat installiert worden. Zur Zeit gibt es eine Mitarbeiterin in diesem Referat, aber wir haben heute erfahren, ab Oktober gibt es auch einen zweiten Mitarbeiter, erfreulicherweise. In Absprache mit der Politik sollten Themenschwerpunkt für mehrere Jahre festgelegt werden. Der größte Handlungsbedarf besteht in folgenden Bereichen. Spracherwerb, Sprachbarrieren, schulische und berufliche Qualifizierung, Konflikte im unmittelbaren Zusammenleben von GrazerInnen und MigrantInnen, soziale Beratung und Begleitung, Hilfe zur Selbsthilfe, interkulturelle Öffnung, Mitwirkung gut ausgebildeter MigrantInnen. Aus der Sicht des Integrationsreferates sollten lediglich Projekte gefördert werden, deren Zielsetzung Integration ist. Förderung des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft. Zusammenarbeit der verschiedenen Gruppen, Bewusstseinsbildung, Spracherwerbsmaßnahmen, Bildung und Orientierung, Wertevermittlung und Unterstützung von Vereinen im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe. Das Integrationsreferat verfügt für das Jahr 2006 über ein Budget in

der Höhe von Euro 40.000.-. Für die nachfolgenden Vorschläge braucht man ein Gesamtbudget von rund Euro 500.000,-. Diese Vorschläge sind Sprachoffensive, offensiver Abbau der Sprachbarrieren zur Verwaltung, dann Konfliktabbau im Zusammenleben von Grazern und ImmigrantInnen, Hilfe zur Selbsthilfe. Namens des Ausschusses, ich bitte um die Annahme.

Die Berichterstatterin stellt namens des Ausschusses für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, europäische Integration und Menschenrechte den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1) Der Informationsbericht wird zur Kenntnis genommen.
- 2) Im Sinne des Motivenberichts wird das Integrationsreferat mit der Prüfung der Errichtung eines Migrationskompetenzzentrums beauftragt.

GR. **Schönegger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Ganz kurz, ich weiß, dass es spät ist, aber es ist mir trotzdem ein Anliegen, weil das ja ein Thema war, das von fast allen Fraktionen beim Bürgermeister immer wieder nachgefragt wurde und deswegen glaube ich, sind wir jetzt einmal insgesamt sehr stolz darauf, dass dieser erste Informationsbericht vorliegt und ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich bei der Integrationsreferentin, die diesen Bericht erstellt hat, auch wirklich zu bedanken, bei der Frau Köksal, ich bedanke mich namens der ÖVP-Fraktion dafür (*Applaus ÖVP*). Dieser Bericht legt erstmals eindeutig die Arbeitsschwerpunkte fest in der Integrationsarbeit in Graz. Ich glaube, das war ein wichtiger erster Schritt in diesem Bereich, der erstmals unter Bürgermeister Siegfried Nagl gelungen ist. Auf der anderen Seite bedauern wir es als ÖVP-Fraktion sehr, dass einmal mehr ein Denkverbot ausgesprochen wurde, nämlich ein Denkverbot und auch ein Verbot, zusätzliche Gelder lukrieren zu können, zumindest den Versuch zu unternehmen, ausgesprochen wurde im Ausschuss, das tut uns leid, weil die Errichtung eines Migrationskompetenzzentrums die Prüfung der Errichtung aus unserer Sicht durchaus sinnvoll gewesen wäre und wir finden es auch außerordentlich schade, dass man damit NGOs und den zugehörigen Mitgratinnen

und Migranten von vornherein die Möglichkeit nehmen möchte, so etwas wie ein Veranstaltungszentrum zu installieren. Schade, dass das im Gemeinderat nicht gelungen ist, schauen wir einmal weiter. Vielen Dank (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Richter-Kanik**: Wir haben im Ausschuss nicht so geredet, Herr Kollege Schönegger...

Zwischenruf GR. Schönegger: Dann war ich im falschen Ausschuss.

GRin. **Richter-Kanik**: Das war kein Denkverbot, wir haben gesprochen dieses Migrationskompetenzzentrum jeder hat begrüßt, aber nicht in dieser Form, plötzlich ist es aufgetaucht mit Informationsbericht, noch ein Migrationskompetenzzentrum aufgebaut werden soll und niemand von den NGOs, niemand ist gefragt worden oder niemand ist informiert worden, sogar wir sind auch nicht informiert. Sie haben gesagt, Stadt Graz wird 500.000,- Euro bekommen, aber für ein Jahr. Was wird nächstes Jahr sein, haben wir dieses Jahr für das Integrationsreferat genug Geld gehabt? Nein, wir haben das im Ausschuss besprochen, deswegen will ich klarstellen, dass alle Gemeinderäte und Gemeinderätinnen informiert werden sollen, wir haben gesprochen das Integrationsreferat sollte 70.000,- Euro bekommen, weil Stadt Graz kein Geld hat, deswegen hat es 40.000,- Euro bekommen und wir haben heute auch noch eine Sache beschlossen, antirassistische Städtekoalition, für diese Maßnahmen braucht man auch Geld, woher nehmen wir dieses Geld, frage ich mich. Wir können dieses Migrationskompetenzzentrum bauen, aber vorher man muss man detailliert analysieren, gemeinsam sprechen und nicht nur Caritas, sondern alle NGOs mit einbinden, dann kann man so etwas machen (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Binder:** Also natürlich begrüße ich auch namens meiner Fraktion, dass es hier jetzt einmal einen Informationsbericht gibt über ein Vorhaben, über mehrere Vorhaben des Integrationsreferates, aber heißen tut das sonst noch gar nichts. Denn es ist eine Willenskundgebung, wenn die Umsetzung dieses Programms so lange dauert wie die Besetzung des zweiten Dienstpostens im Integrationsreferat, dann können wir noch ganz lange warten. Das ist einmal das eine und das andere mit dem Kompetenzzentrum und ich möchte noch einmal die Nuray unterstützen, sie hat das wirklich auf den Punkt gebracht, es liegt an der Kommunikation, es liegt, vielleicht Unwillen oder Unfähigkeit, keine Ahnung, was da immer so reibt, es wird nicht kommuniziert. Wahrscheinlich wäre es wesentlich besser gewesen, wenn die Klubobleute einmal zusammengerufen worden wären, wenn die sogenannten NGOs, dauernd dieser Sammelbegriff, aber ihr wisst was damit gemeint ist, wenn die hier auch gehört worden wären, ob das überhaupt gewünscht ist, das ist kein Denkverbot, aber euch würde ich ins Stammbuch schreiben, kommuniziert bitte besser.

GRin. Mag. **Taberhofer:** Auch wir wollen uns bedanken bei der Integrationsbeauftragten, sie hat wirklich in Recherchen die Aufgabenschwerpunkte gesetzt, wo der Bedarf mit Sicherheit gegeben ist. Hervorheben möchte ich noch einmal besonders den Bereich Sprachoffensive. Es hat sich durch die gesetzlichen Bestimmungen in den letzten Jahren der Bedarf erheblich gesteigert und in der letzten Zeit ist auch noch eine zusätzliche Prüfung auf die Migranten und Migrantinnen zugekommen im Bereich, also wenn sie um die Staatsbürgerschaft ansuchen, müssen sie eine Grundausbildung, einen Grundkurs absolvieren und das war in der letzten Zeit wirklich sehr schwierig, weil nämlich sehr viele mit einer Acht-Wochen-Frist belegt worden sind und das Angebot noch nicht mal sichergestellt werden konnte der einzelnen Organisationen, es war nicht klar, was genau und wer genau diese Prüfung vornehmen soll, das hat eine zeitlang gedauert und es ist in der Regel so, dass gesetzliche Bestimmungen dann nach unten werden die Aufgaben übertragen, aber die finanziellen Mitteln sind nicht in dem Ausmaß gegeben und es hängt sehr viel von der Eigeninitiative einzelner Organisationen ab, das im Schnellverfahren zu lösen, nämlich fachspezifisch und auch das Angebot rechtzeitig zu setzen. Die Acht-Wochen-Frist, wenn das darüber hinausgeht, bedeutet es

einfach mehr Kosten für die Migranten und Migrantinnen und deshalb finde ich also gerade diesen Bereich sehr wichtig und ich kann der Frau Köksal da nur beipflichten, wie wichtig das ist, in dem Bereich mehr finanzielle Mittel auch zur Verfügung zu stellen, obwohl ich weiß, dass gerade im Bereich der Stadt das sehr schwierig ist und das eben immer abgeschoben wird auch. Der zweite Punkt, darüber bin ich sehr froh, dass der heute nicht zur Abstimmung kommt, ich finde es ist nicht nur ein Mangel an Informationsaustausch, das Problem sehe ich auch darin, dass ich unter einem Migrationskompetenzzentrum eine städtische Einrichtung verstehe, entsprechend sollen auch die Räumlichkeiten dazu zur Verfügung gestellt werden und für mich ist nichts nachvollziehbar, warum gerade die Caritas einen Sonderstatus haben soll, während andere Organisationen und Vereine, die sich in dem Bereich engagieren, dann nicht im selben Ausmaß also erwähnt, genannt werden. Für mich muss es so sein, dass das Migrationkompetenzzentrum städtischer, die Drehscheibe für den Erfahrungsaustausch ist und für mich ist klar, dass man mit allen in dem Bereich auch intensiv zusammenarbeiten muss, aber keinen Sonderstatus und deshalb stimmen wir als KPÖ natürlich dem ersten Bereich zu und sind froh, dass der zweite noch offengehalten wird heute und wir im Prinzip die Diskussion diesbezüglich auch noch weiterführen müssen. Danke (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Nachdem es mein Stück ist, erlaube ich mir einige Anmerkungen auch da anzubringen. Erstens einmal es ist nicht plötzlich aufgetaucht, sondern es ist sogar eines der ersten Stücke gewesen, wie Sie auch aufgrund der Reihung der Tagesordnung sehen können, das ordnungsgemäß abgegeben worden ist und über das, so wie bei vielen anderen Stücken, heute hier diskutiert werden kann und ich auch zur Kenntnis nehmen muss, dass Sie im Bereich des Migrationskompetenzzentrums heute quasi sagen, das wollen wir noch nicht so genau fixieren. Ich sage auch einmal dazu, ich war bereit, auch eine andere Regelung zu akzeptieren, nämlich nicht nur mit der Caritas, auch das war kurz in Diskussion ist weggekommen. Mir tut es ein bisschen weh deswegen, weil ich glaube, es ist einfach eine gute Idee, die im Übrigen von einer NGO gekommen ist und die mit jenen Einrichtungen, die im Stück genannt sind, zumindest einmal diskutiert und angedacht worden sind. Ich habe es so verstanden,

dass ich sage, da gibt es eine Idee, die es in ganz Österreich so noch nicht gibt, wo es sogar die Chance gibt, Mittel abzuholen und es wäre fein, wenn der Grazer Gemeinderat gesagt hätte, ich glaube, das ist gut, ein Gebäude zu haben, ein Haus zu haben, wo nicht nur jene, die zu uns kommen, sondern auch jene, die Probleme haben, und da haben wir in Graz in letzter Zeit auch leider Gottes wieder einiges miterleben müssen, dass die hingehen können und sagen können, ich bin da verunsichert, wie schaut es wirklich aus, da wäre eine Institution da. Ich kann damit leben, dass Sie es heute so runtergenommen haben, wir werden das Projekt trotzdem weiterverfolgen und ich hoffe, dass wir dann einmal einen Detaillierungsgrad haben, wo wir wirklich einen Beschluss zusammenbringen können. Ein bisschen enttäuscht bin ich schon, weil es ein bisschen ein Misstrauen ist, es ist alles so kurz etc. Die Frau Köksal hat sich sehr bemüht, Sie haben das auch im Anhang dabei gehabt, einmal zu zeigen, wie viele Organisationen gibt es wirklich, die sich tagtäglich um dieses Thema bemühen. Integration wird eine Hauptaufgabe bleiben. Wir haben diskutiert, ob das Sinn macht, das zu konzentrieren und bei einem Stadtrat zu haben, habe es am Städtetag so nebenbei gemacht, da mache ich es auch in der Stadtregierung mit zuständigen Kolleginnen und Kollegen, die es als Querschnittsmaterie mitzuverantworten haben. Ich bin klar draufgekommen, ich möchte gar nicht, dass ich es alleine mache, es gibt eine Gesamtkompetenz und das ist ok, dazu stehe ich und wir müssen auch schauen, dass wir die Integrationsfragen, ich sage es jetzt einmal, von der Beamtenschaft hin über die Bezirke, die Vertretungen des Gemeinderates bis hin zu den Stadtsenatsmitgliedern und zu mir als Bürgermeister, dass wir das gemeinsam leben, sonst werden wir es nicht schaffen. Die Migrantinnen und Migranten, die zu uns kommen, leben eben in allen Bereichen mit, sie sollen in allen Bereichen leben und wir sollten uns nur, und das ist der erste Teil davon im Gemeinderat einmal wirklich klar werden, wo wir unsere Prioritäten setzen. Auch das gilt es in Zukunft dann abzustimmen, weil die Gelder und die MitarbeiterInnen sind verteilt, und wenn wir dann gemeinsam und gebündelt vorgehen, dann werden wir Erfolge erzielen. Ich bin nach wie vor stolz auch über das Klima, das wir in Graz haben und es gibt ein giftiges Klima auch zur Zeit in Österreich, wahrscheinlich auch aufgrund des Wahlkampfes und dem müssen wir wirklich entgegentreten. Auch diese Dinge sind im Stück verankert, in vielen Dingen, auch im Stück Rassismus, das wir heute haben und noch einmal, es gibt in Graz viele die zugewandert sind, es gibt aber allein in

den 15 Jahren auch eine Riesenanzahl bereits von Grazerinnen und Grazern, die die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten haben, die wollen sich da alle angesprochen fühlen und werden auch, nachdem sie vielleicht Österreicherinnen und Österreicher geworden sind, noch immer Probleme mit Integration haben, das heißt, der Bereich von Menschen, über den wir hier diskutieren, ist ein sehr, sehr großer. Weit mehr als 20 % der Grazerinnen und Grazer werden von solchen Einrichtungen, von solchen Deutschkursen und den Förderprogrammen betroffen. Wir werden innerhalb der Stadtregierung und gemeinsam im Gemeinderat beim nächsten Budget auch festlegen müssen, wie viel Geld wir in die Hand nehmen wollen und ich möchte Ihnen da offen und ehrlich auch sagen, wenn ich in meinem Budget nur 40.000,- Euro habe, dann kann ich de facto nicht viel für diesen Bereich auch tun, alles kostet da viel Geld, wir haben die Idee mit den Gutscheinen, das wollen wir ändern, wenn man so will, auch heute da Paradigmenwechsel, wenn wir auch wissen, was wir wollen, dann sollten wir uns dann auch dazu bekennen. Die Diskussion werden wir dann spätestens im Herbst haben. Wie gesagt, ich hätte mich gefreut, wenn Sie gesagt hätten, ok ist eine gute Idee, ich kann damit leben, weil ich habe rausgehört, es lehnen nicht alle ab, sondern sagen einmal, wir wollen es detaillierter. Ich habe nur momentan noch nicht mehr und es gibt die Chance von EU und Bundesseite, hier Mittel zu bekommen und ich werde trotzdem alles daransetzen, dass wir die Ersten sind und werde den Gemeinderat dann auch wieder das Stück vorbereitet durch Frau Köksal und den Herrn Mahoudi, den ich in diesem Kreis vielleicht auch noch einmal kurz vorstellen möchte, er ist gebürtiger Marokkaner, lebt schon rund zwei Jahrzehnte in Österreich, er ist Politikwissenschaftler, er war bei der Institution von Omega dabei, die meisten, die in diesem Bereich sich engagieren, kennen ihn und ich bin froh, dass wir damit auch diese zweite Stelle, wo ich gemeint habe, auch in den vielen Anfragen, die es da an mich gegeben habt, wir schaffen das noch vor dem Sommer, dass das auch erledigt ist. In diesem Sinne gehen wir dieses Thema gemeinsam an und das Migrationskompetenzzentrum soll uns nicht mehr loslassen, es wäre schön, eine Anlaufstelle zu haben (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder:** (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*). Ich erspare mir das Hinausgehen. Aber dass der Herr Mahoudi bestellt wurde, habe ich wirklich zufällig heute erfahren. Also nur noch einmal....

Bgm. Mag. **Nagl:** Der Herr Mahoudi wurde sogar in der Öffentlichkeit vorgestellt. Noch einmal, ich möchte es schon auch deutlich sagen, wir haben viele Einstellungen im Magistrat, die sind fast jeden Tag an der Tagesordnung. Ich habe es öffentlich gemacht und es tut mir Leid, wenn Sie es erst heute hier erfahren haben, aber er kommt ja erst zur Stadt Graz, er ist noch nicht da, die Entscheidung ist gefallen, weil er im Hearing auch als Bester abgeschlossen hat und deswegen habe ich ihm letzten Endes auch diese Verantwortung jetzt auch übertragen (*Applaus ÖVP*).

Dr. **Richter-Kanik:** Ich werde mich nur bei Köksal bedanken, dass sie diese schwere Arbeit bis jetzt allein geleistet hat. Ich bedanke mich namens des SPÖ-Klubs (*Applaus SPÖ*).

Der Tagesordnungspunkt a) wurde einstimmig angenommen.

Der Tagesordnungspunkt b) wurde abgesetzt.

Berichterstatter: GR. Herper

4) Präs. 13188/2006-1

Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus;

a) Beitritt

b) Vertretung der Stadt

GR. **Herper:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich schließe nahtlos an; in Zeiten vermehrter rassistischer Äußerungen und vor allem entsprechender feindlicher und gewalttätiger weltweit, europaweit und Österreich, Vorfälle und Tätigkeiten ist so ein Schritt der zweitgrößten Stadt Österreichs, der Menschenrechtsstadt und der vormaligen Kulturhauptstadt Europas besondere Bedeutsamkeit. Lieber Herr Bürgermeister, ich gratuliere dir ganz persönlich, dein persönliches Wollen und deine Bereitschaft jederzeit Zusagen, die du gibst, auch einlösen zu wollen und einzulösen, ich sage das auch, es bedarf natürlich immer auch der Gegenseite, immer wieder des hartnäckigen Nachfragens und des Drucks, aber deswegen ist es auch positiv und richtig, dass wir jetzt ein Stück haben, nämlich den Beitritt zur Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus und die Vertretung der Stadt Graz durch das Bürgermeisteramt, durch deine Person auch. Die Rassismus-Koalition ist eine Initiative der UNESCO aus 2004 mit Sitz in Nürnberg und vor allem darauf hinzuweisen ist, diese beachtliche und sehr wichtige Veranstaltung, die du eröffnet hast und vorbereitet worden ist durch den Migrantinnen-, Migrantinnenbeirat auf der einen Seite und auf der anderen Seite durch das ETC, Professor Benedek, Dr. Stadl, die vor drei Wochen hier in diesen Räumlichkeiten stattgefunden hat, wo Vertreter aller Fraktionen teilgenommen haben und ich glaube sehr wesentlich und wichtig mit Beispielen, vor allem auch aus Nürnberg gezeigt haben, was alles sozusagen notwendig ist, außer nicht nur einen Beitritt zu formulieren und ihn hier im Gemeinderat zu beschließen. Ich glaube die NGOs, die damals hier waren, haben zum Ausdruck gebracht, es muss wesentlich nachhaltiger sein als der Beitritt 2001 zur Menschenrechtsstadt, nämlich in rascherer Folge die Übereinkommen, die Commitments, die wir heute beschließen, die 10 Punkte auch sukzessive und in Stufen durchzusetzen und umzusetzen und in die Realität zu führen, das ist das eine und da bedarf es nicht Jahre, da bedarf es sehr rascher Zeiteinheiten. Und das Zweite ist, und das hat der Bürgermeister schon angesprochen beim vorherigen Stück, es wird auch notwendig sein, diese Maßnahmen, die wir schon bereits tun und die wir im Begriffe sind weiter zu tun und weiter in der Bekämpfung von Gewaltaufrufen und Gewalttätigkeit und Rassismus in der Stadt, dass wir die auch finanzielle unterfüttern müssen. Es hat keinen Sinn, einen solchen Beschluss zu fassen, es ist auch wichtig, dass man ihn in den nächsten Jahren finanziell unterfüttert, die Maßnahmen auch wirklich umsetzen und durchsetzen, dann hat auch der Begriff Menschenrechtsstadt, dann hat auch die Teilnahme an der

Antirassismuskolalition auch einen Inhalt. Dann hat es auch eine Wertigkeit und so bitte ich verständnisvoll, wenn wir zustimmen, werden wir auch den Maßnahmen den folgenden zustimmen müssen. Danke (*Applaus SPÖ*).

Der Berichterstatter stellt namens des Stadtsenates den Antrag, der Gemeinderatwolle beschließen:

- 1) Die Stadt Graz tritt der Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus bei und nimmt die Gründungserklärung der Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus vom 10.12.2004 (Beilage 1.) sowie den mit dieser Erklärung verabschiedeten Zehn-Punkte-Aktionsplan (Beilage 2.) zustimmend zur Kenntnis.
- 2) Die laut Beilage 3. ausgefüllte Beitrittserklärung samt Maßnahmenkatalog ist nach Unterfertigung durch den Herrn Bürgermeister an die Stadt Nürnberg und die UNESCO zu übersenden.
- 3) Die Vertretung der Stadt Graz in der Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus erfolgt durch den Bürgermeister/die Bürgermeisterin, wobei sich der Bürgermeister/die Bürgermeisterin durch eine von ihm/ihr namhaft gemachte Person vertreten lassen kann.
- 4) Geschäftsführende und koordinierende Stelle in Angelegenheiten der Mitgliedschaft zur Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus ist das Bürgermeisteramt.
- 5) Die Mitglieder des Gemeinderates anerkennen die Unvereinbarkeit eines Beitritts zur Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus mit politisch motivierten, diskriminierenden Äußerungen und verpflichten sich in Zukunft, insbesondere während Wahlkampfzeiten keine wie immer gearteten diskriminierenden Äußerungen in Wort, Schrift oder bildlichen Darstellungen zu tätigen und Einfluss auf ihre Parteien zu nehmen, in eben diesem Sinne zu handeln.

GRin. **Binder:** Natürlich bin ich sehr froh, dass wir diesem Europäischen Städtebündnis gegen Rassismus oder der Städte-Koalition gegen Rassismus beitreten, füge dem nicht sehr viel hinzu, was Karl-Heinz Herper schon ausgeführt hat, aber möchte einen Zusatz einbringen zu diesem Stück. Der Herr Bürgermeister weist in diesem Stück Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus auf Seite 3 darauf hin, dass natürlich die im Gemeinderat vertretenen Parteien sich ihrer Verantwortung bewusst sein sollen und insbesondere in Wahlauseinandersetzungen auch in der politischen Alltagsarbeit eben hier entsprechend dem Geist dieser Europäischen Städte-Koalition sich auch zu verhalten. Ich möchte das unterstützen, ich möchte es noch bekräftigen und bestärken mit einem Zusatzantrag, der da lautet: Der Gemeinderat möge beschließen und jetzt Punkt 5 sozusagen: Die Mitglieder des Gemeinderates anerkennen die Unvereinbarkeit eines Beitritts zur Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus mit politisch motivierten, diskriminierenden Äußerungen und verpflichten sich in Zukunft, insbesondere während Wahlkampfzeiten keine wie immer gearteten diskriminierenden Äußerungen in Wort, Schrift oder bildlichen Darstellung zu tätigen und Einfluss auf ihre Parteien zu nehmen, in eben diesem Sinne zu handeln.

GR. **Herper:** Ich habe in der Hitze des Gefechtes, und die Erika Zwanzger hat mich Gott sei Dank darauf aufmerksam gemacht, eigentlich vergessen, noch vorzutragen, dass es eigentlich auf Grund einer Stadtsenatssitzung vom 23. 6. und auf Anregung von der Frau Stadträtin Monogioudis einen Punkt 4 zusätzlich gibt in meinem Antrag, der da ganz konkret lautet und der deckt sich, wir könnten uns eigentlich den Zusatzantrag vielleicht auch sparen, aber ich gebe es Ihnen bekannt, weil er sozusagen über Anregung einer Stadtsenatskollegin gekommen ist: Punkt 4: Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz distanziert sich von jeder Art rassistischer und fremdenfeindlicher Äußerungen und deren Publikation. Und das ist Inhalt dieser fünf Punkte, Antragstellung für die Antirassismus-Koalition.

Bgm. Mag. **Nagl**: Die Kollegin Monogioudis, glaube ich, war es im Stadtsenat, die gebeten hat, dass wir eine klarere Formulierung finden, die wir da hineingenommen haben. Jetzt weiß ich nicht, Frau Gemeinderätin Binder, ob das ausreichend ist für Sie.

GRin. **Binder**: Also ich unterstütze natürlich das, was jetzt noch vorgetragen wurde, aber ich denke, dass mein Zusatzantrag oder unser Zusatzantrag doch ein Stück noch weitergeht, nämlich auch jede einzelne, jeden einzelnen Vertreter hier im Gemeinderat zur Verantwortung zu nehmen und nicht nur sich selber zur Verantwortung zu nehmen, sondern Einfluss nimmt auf das Handeln der Partei, der eigenen Partei, das scheint mir natürlich sehr wesentlich, weil herinnen im Gemeinderat kann ich immer sagen, ja, ich tu das ja eh nicht und ich bin ja da eh ganz anders, aber die Partei gibt letztlich auch die Linien vor und daher ist mir das sehr wichtig und nehme diesen Zusatzantrag nicht zurück.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, danke, Frau Gemeinderätin. Soviel zum Thema Kommunikation im Vorhinein. Zusatzantrag wiederhole ich jetzt noch einmal. Die Mitglieder des Gemeinderates anerkennen die Unvereinbarkeit eines Beitritts zur Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus mit politisch motivierten, diskriminierenden Äußerungen, verpflichten sich in Zukunft, insbesondere während Wahlkampfzeiten, keine wie immer gearteten diskriminierenden Äußerungen in Wort, Schrift oder bildlichen Darstellungen zu tätigen und Einfluss auf ihre Parteien zu nehmen, in eben diesem Sinne zu handeln. Da muss sich auch Jeder betroffen fühlen, ich sage ganz bewusst dazu, für mich ist das eine Selbstverständlichkeit. Jetzt haben wir nur in einem Stück quasi zwei Formulierungen mit fast demselben Inhalt. Will sich da jemand zu Wort melden? Sollen wir es abstimmen?

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag von GRin. Binder wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatterin: GRin. Mag. Fluch

5) Präs. 18167/2006-1

Freiwilliger Solidarbeitrag von PolitikerInnen
Informationsbericht

Mag. **Fluch**: Die jährlichen Anpassungen unserer Bezüge als politische Funktionäre werden bundesweit festgelegt. Laut der entsprechenden Mitteilung des Sozialministeriums würde mit Wirksamkeit von diesem Samstag eine Erhöhung um 2,3 % eintreten. Es ist auf der anderen Seite auch schon bei der Budgetdebatte im Dezember immer wieder betont worden, dass von fast allen VertreterInnen der politischen Fraktionen hier im Haus, dass es angebracht wäre, ein Zeichen der Solidarität zu setzen für den großen Beitrag der Grazer Bevölkerung und auch der Bediensteten der Stadt Graz, die in letzter Zeit zur Budgetsanierung entscheidend beigetragen haben und deswegen sollte Mandatarinnen und Mandataren der Stadt Graz die Möglichkeit eröffnet werden, freiwillig auf eine Nettobezugserhöhung ab dem 1. Juli dieses Jahres zu verzichten. Die Vorgangsweise ist in diesem Stück genauer ausgeführt. Verwendet soll dieser Solidarbeitrag, der im zweiten Halbjahr 2006 eingehoben wird, im Jahr 2006 ausschließlich für Maßnahmen im Bereich der Wohnungssicherung Graz werden, das Stück ist im Ausschuss für Personal, Verfassung etc. vorberaten worden und mehrheitlich angenommen worden, ich ersuche um Zustimmung.

Die Berichterstatterin stellt namens des Ausschusses für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, Europäische Integration und Menschenrechte den Antrag, der Gemeinderat wolle die im Bericht beschriebene Vorgangsweise betreffend „Freiwilliger Solidarbeitrag von PolitikerInnen und Entscheidung über Verwendung desselben“ zur Kenntnis nehmen.

GR. **Khull-Kholwald:** Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte Ihnen, da nicht alle von uns im Ausschuss waren, ein Argument vorbringen, das dort diskutiert wurde. Es handelt sich bei diesem Stück um einen Solidarbeitrag, sprich es geht um Geld. Jetzt ist mir aufgefallen, dass in diesem Stück keinerlei Ziffern erwähnt wurden, um wie viel Geld es hier geht, woraufhin ich dann im Ausschuss mir erlaubt habe, folgende Frage zu stellen, und zwar hätte ich gerne eine Summe gehabt für den Fall, dass alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte diesen Beitrag bezahlen würden und eine Summe gehabt für den Fall, dass alle StadtsenatsreferentInnen inklusive dem Herrn Bürgermeister diesen Beitrag bezahlen, diese Zahlen sollten so summiert werden, dass sie vom 1. Juli bis Dezember dieses Jahres vergleichbar wären. Nun es war so, vorerst konnte mir keine Zahl genannt werden, der Herr Klubobmann Herper ist dann in die Diskussion hingesprungen und hat eine Gesamtzahl mir genannt, worauf ich dann noch einmal darauf bestanden habe, eine differenzierte Zahl dieser beiden Summen zu bekommen. Der Herr Magistratsdirektor und die Frau Magistratsdirektor-Stellvertreterin haben dann den Rechenstift und ich glaube, das Handy oder den Taschenrechner gezückt...

Zwischenrufe unverständlich.

GR. **Khull-Kholwald:** ...ja über dieses Argument, weil es mir wesentlich erscheint. Ich könnte auch mit der Populismus-Keule hier argumentieren, ich bringe aber nur sachlich ein Argument vor und das lasse ich mir jetzt nicht nehmen. Ich möchte Ihnen, Herr Kollege, aber nur klarlegen, wie hoch das ist.

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Khull-Kholwald:** Ja, aber die Herrschaften, die im Ausschuss nicht waren, wissen es nicht (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Ich hätte auch nur mehr oder weniger zwei Sätze gehabt. Und zwar der eine Satz lautet: Die Summe für jenen Betrag, der von den Gemeinderäten, wenn alle zahlen würden, hineinkommt, beträgt für dieses halbe Jahr tatsächlich 10.000 Euro. Bei den StadtsenatsreferentInnen wären es 7.500 Euro gesamt. Meine Damen und Herren, es steht Ihnen frei, diese beiden Summen mit den Beträgen zu vergleichen, die hier sonst übers Rednerpult laufen.

GR. **Slamanig:** Meine geschätzten Damen und Herren! Nur ganz kurz, wir sehen in diesem Antrag die Bestätigung unserer Haltung. Die KPÖ ist in diesem Hause stets für die Beschränkung der Politikereinkommen eingetreten. Unsere Stadträte und Stadträtinnen, Ernest Kaltengger, Wilfriede Monogioudis, Elke Kahr gehen bekanntlich mit gutem Beispiel und gingen voran und spendeten erhebliche Teile ihrer Bezüge für Menschen, denen es nicht so gut geht. Der vorliegende Antrag sieht vor, dass die Nettobezugserhöhung 2006 von den MandatarInnen freiwillig für wichtige Vorhaben zur Verfügung gestellt wird. Dabei ist es besonders positiv zu bewerten, dass mit der Wohnungssicherungsstelle WOG eine Stelle für den Empfang der Gelder gewählt wurde, wo rasche Hilfe doppelt wirkt. Der KPÖ-Klub wird deshalb diesem Informationsbericht seine Zustimmung geben. Sehr verehrter Herr Bürgermeister, ich will darüber hinaus nur eine Anmerkung machen. In unseren Reihen befinden sich Mandatäre, die gleichzeitig ASVG-Pensionisten sind und deren Gemeinderatsbezug wurde auf Grund der Ruhensbestimmung stark gekürzt, also stark gekürzt heißt auf 333 Euro. Hier erspart sich die Stadt monatlich deshalb 1.400 Euro pro Mandatar. Ich rege deshalb an, ob das möglich ist, das ist eine andere Frage, aber eine Anregung ist es wert, auch diesen Beitrag der Stadt auch dieser Wohnungssicherungsstelle zur Verfügung zu stellen und ich hoffe, dass wir damit auch ein gutes Zeichen setzen können (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Binder:** Es ist die Begründung zu diesem Stück zum Teil schon eine sehr eigenwillige. Da steht drinnen, zur Budgetkonsolidierung, also wirklich, ich frage mich, bin ich da in einem anderen Film, Budgetkonsolidierung. Das kann doch nicht jemand im Ernst meinen, wenn er so ein Stück ausarbeitet. Für mich stellt sich die Situation so dar, die Politik schafft jene Situation, die die Menschen in eine Not treibt, die dann zu uns kommen und wo wir dann gönnerisch sozusagen sagen, nein, das tun wir nicht, gönnerisch sind wir nicht, da sind wir schon sehr zurückhaltend, aber wir geben ihnen dann sozusagen eine Spende. Also, das ist ja absurd. Das kann ja nicht unser Verständnis von Politik sein und im Grunde genommen ist das fast so etwas wie ein, ich weiß nicht, wie ich sagen soll, wir lagern da halt ein bisschen etwas aus, machen wir einen kleinen Fonds und tun so als täten wir, weil es nämlich ein wichtiges Signal ist, weil die Leute wirklich pochen und sagen, ihr verdient immer noch so gut im Gegensatz zu uns und jetzt setzen wir ihnen das Signal und es hätte mich eh gewundert, wenn die KPÖ anders reagiert hätte, wie sie jetzt reagiert hat. Glauben Sie und das habe ich auch im Ausschuss gesagt, viele, die meisten von denen, die da sitzen spenden wahrscheinlich jeden Monat über Dauerauftrag oder Einziehungsauftrag, viele sind zivilgesellschaftlich unterwegs und leisten sozusagen, schenken sozusagen Zeit und Energie für ganz wichtige Tätigkeiten. Im Grunde genommen geht dieses Engagement eh von sehr vielen über das Politische, das wir hier im Gemeinderat leisten, hinaus. Und ich finde, und das ist an meine Kolleginnen und Kollegen der KPÖ gerichtet, ihr erweist mit dieser Art keinen guten Dienst, denn wir stimmen dem Stück auch zu, aber ihr freut euch, ihr wisst ganz genau, was ihr ausgelöst habt mit dieser Art, denn eines sage ich euch, Politik, man muss auch leben können, denn das, was ihr macht seit vielen Jahren macht, geht letztlich, wenn man es konsequent weiterdenkt, in eine Richtung, wo man sagt, nur die, die sich auch finanziell leisten können, können auch in die Politik gehen. Denn es gibt genug hier herinnen, die finanziell nicht besonders gut gestellt sind, ich gehöre nicht dazu, ich kann es mir ja leisten. Aber es gibt einige, die können es sich so nicht leisten. Und was passiert dann mit jenen, die sagen, ich kann nicht spenden. Ihr habt einen ganz unheilvollen Weg vorgezeichnet, das möchte ich euch schon sagen.

GRin. Mag. **Uray-Frick**: (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*). Es ist schon so viel gesagt worden, ich glaube, es geht nicht um diese zwei Komma, was weiß ich, Prozent, es ist eine grundsätzliche Frage. Dass das Ganze von sehr, sehr viel Populismus getragen war, zeigt schon das Originalstück, weil da war sehr wohl was von Budgetkonsolidierung drinnen, aber wir werden selbstverständlich diesem Stück zustimmen, wo wir nicht zustimmen, das ist die Entscheidung über die Verwendung.

Bgm. Mag. **Nagl**: Weil auch dieses Stück von mir vorbereitet worden ist, möchte ich schon ein paar Dinge dazu sagen. Wir haben im vergangenen Jahr mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vereinbart, dass sie auf ihre Gehaltsvorrückung bis August zuwarten und unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Personalvertretung hat des öfteren geklagt und gesagt, warum setzt denn die Politik kein Zeichen, das ist nämlich auch ein Zeichen zu sagen, ich verzichte auf was. Dass in der Öffentlichkeit noch immer der Eindruck da ist, dass auch wir, die wir jetzt Verantwortung tragen und uns tagtäglich um die Sorgen der Menschen bemühen, keine Abfertigungen mehr haben, keine Pensionen mehr haben und, so weit ich weiß, alle Privilegien abgeschafft haben, das kommt in den Medien und Debatten nicht vor. Trotz alledem haben wir gesagt, wir sind so mutig, um zu sagen, das was unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter machen, das wollen auch wir machen. Und es macht bei uns eben, weil das wird uns auch immer wieder vorgeworfen, weil wir höhere Gehälter haben und zu denen stehen wir auch, der eine oder andere, nicht alle, man kann sagen, ich arbeite von in der Früh bis in die Nacht, ich zahle auch meine Steuern, ich zahle auch darüber hinaus an viele Organisationen meine Spenden etc., ich hänge es nur nicht immer an die große Glocke, aber ich wollte auch hier, und das haben wir eigentlich auch so vereinbart und beim Budget auch zum Ausdruck gebracht, auch einen Solidarbeitrag leisten, um auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu sagen, wenn ihr einmal schon mitgemacht habt, wir setzen auch ein Zeichen, das ist ein erstes Zeichen und es warten noch viele darauf, dass wir auch innerhalb dieser Periode noch ein paar andere Zeichen setzen. Da geht es um Größenordnungen des Gemeinderates, des Stadtsenates in Zukunft, da haben wir noch ein bisschen Zeit, weil es wird letztendlich ab der nächsten Periode gelten, aber das werden wir auch noch einmal tun müssen. Aber ich bin

schon ein bisschen bei der Kollegin Binder, die jetzt gemeint hat, wir müssen irgendwann einmal definieren, ob wir einen amerikanischen Weg gehen wollen im Politgeschehen, dass wir uns als Parteien wirklich abhängig machen davon, dass uns der eine oder andere sponsert, ich möchte solche Abhängigkeiten nicht und ich will keine Parteispenden, ich finde es gut, dass Parteien in diesem Land Parteizuwendungen und Subventionen bekommen, weil sonst müssen wir den anderen Weg in die Abhängigkeit gehen und das hat einem Land und einer Demokratie noch nie gut getan und ich muss irgendwann auch einmal sagen, wie geht es wirklich weiter mit der Qualität auch in der Politik, so wie es bei Lehrern oder bei anderen Menschen auch der Fall ist. Wenn man immer nur über eine Kaste schimpft, und wir sollten einmal selber ausrücken und auch den Menschen klar und deutlich sagen, wir sind für sie Tag und Nacht da, 95 % der Politik ist unbezahlt, das was heute ein Gemeinderat bekommt und was er im Monat aufzuwenden hat und das noch zu versteuern und vieles mehr, das steht ja wirklich bald in keinem Verhältnis mehr zu den Aufwendungen, die da sind. Dass Klubobleute, und das sage ich öffentlich und laut, dass Klubobleute de facto fast in Pension sein müssen, oder fast arbeitslos sein müssen um diesen Arbeitsaufwand da herinnen überhaupt noch zu bewerkstelligen und dafür, ich sage jetzt, ich weiß nicht, wie viel es dann netto sind, abzüglich der Aufwendungen, die sie noch haben, in Wahrheit ist das ein freiwilliges Engagement. Darüber muss man reden, sonst wird sich die Qualität in der Politik nebst den Dingen, die wir sonst noch auszuhalten haben tagtäglich nämlich gläserner Mensch zu sein, mit allem was man tut, in der Öffentlichkeit immer gleich den Kopf hinhalten zu müssen etc. da werden sich nicht mehr allzu viele Menschen melden, das wäre der falsche und ein schlechter Weg. Aber ich glaube, was wir da tun, auf das sollten wir stolz sein und wir haben gesagt, wir nehmen auch Projekte her, die Menschen wirklich brauchen und das werden wir in den nächsten Jahren dann auch tun. Ich glaube, das ist ein Zeichen gegenüber den Mitarbeitern, aber auch gegenüber der Öffentlichkeit (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen. Der Herr Bürgermeister hat es angeschnitten, dass die Menschen auch noch andere Zeichen erwarten und es gab ja schon diesbezüglich Gespräche in diese Richtung, da geht es natürlich um

Verkleinerung des Gemeinderates, Verkleinerung der Stadtregerung und noch viele andere Dinge. Ich möchte sagen, ich persönlich möchte sehr warnen davor, das ist absolut der falsche Weg und er geht wieder auf die KPÖ zurück. Ich sage immer, das ist an der Demokratie Sparen und wir sollten diesem Populismus entgegentreten, wir sollten ihm nicht nachgeben, wir sollten die Menschen aufklären, was es heißt, politisch zu arbeiten. Wenn wir ins Gespräch treten mit den Menschen und auch die Argumente, ehrliche Argumente bringen, so mache ich die Erfahrung, nicht alle wird man überzeugen, aber viele kann man überzeugen. Die Themen, die Komplexe, die Probleme, die wir zu bearbeiten haben, werden doch immer diffiziler. Es kommen doch immer mehr Aufgaben auf uns zu und da reden wir, gerade in so einer Situation reden wir von Verkleinerung. Ich würde meinen, dass ein In-die-Kniegehen genau der falsche Weg ist. Wir müssen uns was anderes überlegen, da würde ich wirklich dringend darum bitten und diesen unseligen Weg nicht beschreiten.

GR. **Pleyer:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und liebe Kollegen! Diese ganze Geschichte mit diesen Gehaltserhöhungen für die Politiker scheint mir einfach in der derzeitigen politischen Situation also irrsinnig problematisch. Wenn ich daran denke, dass wir zur Zeit in Österreich eine Millionen Menschen haben, die in Armut leben, wenn ich denke, dass es tausende Menschen gibt, die tatsächlich also an der Armutsgrenze leben und dass es tausende Menschen gibt, die in Armut leben, dann scheint mir die Diskussion um diese Politikererhöhung einfach etwas grotesk. Ich muss sagen, ja gar keine Frage, dass wir diesen Betrag irgendwelchen sozialen Organisationen zur Verfügung stellen müssen und dass wir in Zukunft uns auch unterhalten müssen, wie das einfach mit den Politikerbezügen weitergeht. Vollkommen richtig, was Sie sagen, liebe Frau Kollegin, es sind Aufgaben, man muss sich überlegen, wer geht in Zukunft in die Politik, können wir noch in Zukunft Menschen, die einfach bereit sind, in die Politik zu gehen, diese Aufgabe übernehmen oder kriegen wir nur Menschen, die einfach das Gefühl für Soziales, für Politik einfach nicht innehaben. Ich bin der Meinung, dass gerade diese Situation heute mit dieser Gehaltsproblematik für mich ein Zeichen ist, das wir alle hier in diesem Haus zu setzen haben. Wir sind uns alle einig, wir verzichten auf diese paar Euro. Wir sind uns auch einig, dass wir diese Euro

irgendeinem sozialen Projekt zugute kommen lassen. Aber wir sollen uns in der Zukunft auch überlegen, wie das dann einfach im sozialen Bereich weitergeht. Ich habe ganz große Bedenken, meine lieben Freunde, wenn ich mir so denke, wir haben uns unterhalten, 900.000 Euro wird in Zukunft der neue Vertrag Geriatriisches Krankenhaus mit dem Land kosten für das heurige Jahr. Im nächsten Jahr werden das zirka drei Millionen sein, die da mehr gebraucht werden. Und liebe Freunde, ich sage euch eines, im sozialen Bereich werden wir uns alle zusammen es uns nicht leisten können, hier diese sozialen Abstriche zu machen, wir werden einfach hier unsere politische Verantwortung zu tragen haben und darum kein Problem, weg mit diesen kleinen Prozenten für ein soziales Problem und in Zukunft meine Bitte, dass wir auch eine soziale Stadt erhalten können, damit erhalten wir auch Frieden und Geborgenheit (*Applaus SPÖ*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich möchte sagen, dass es mir wie vielen anderen wahrscheinlich auch so gegangen ist, dass das, was Sigi Binder gesagt hat, doch auch zu denken gibt. Aber nach vielen Jahren, die ich in diesem Haus sein darf, möchte ich eines sagen und ich kann das jetzt recht unverdächtig sagen, weil wir sind de facto ohne Zeugen mittlerweile, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgenommen auf der Galerie, gönnen wir uns doch wenigstens für einen Moment den Luxus, uns gegenseitig zu glauben, dass wir was Gutes wollen und einen guten Versuch starten. Abseits der politisch vielleicht berechtigten Kritik über die Funktionsweise dieser Dinge und dieser Entscheidungen, aber soweit ich es wahrnehme, das ist etwas, was wir uns durchaus gegenseitig zugestehen wollen, können, sollen, müssen, wir versuchen alle das Beste und das ist eben der Versuch ein kleines Signal zu geben, das vielleicht nicht so wirkt, wie es gemeint ist, aber jedenfalls, davon bin ich überzeugt, im Prinzip einen guten Kern hat und daher kann ich auch guten Gewissens mich mit dieser Lösung einverstanden erklären (*Applaus SPÖ*).

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Kolar

9) A 1-K-51/1998-01

Reformprojekt F.A.I.R.: - Flächen-
deckende Stellenbeschreibung und -
bewertung;
Bewertungsergebnis

GR. **Kolar**: Geschätzter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Vor vier Jahren hat der Gemeinderat, glaube ich, nicht im Wissen, was da in der Beschlusslage vorgefasst wurde, ein großes mutiges Projekt gestartet, nämlich dieses Projekt F.A.I.R., vier Jahre Arbeit sind vergangen, vieles an Diskussionen auf sachlicher, emotionaler Ebene ist abgelaufen, vieles an Freude, aber auch manches an Enttäuschung steckt in diesem Stück. Es wurden rund 3500 Dienstposten bewertet, die letztendlich dazu geführt haben, dass in weiterer Folge 352 Dienststellen innerhalb unserer Stadtverwaltung aufgewertet wurden und 139 Dienstposten abgewertet wurden. Ich ersuche im Sinne dessen, was wir in den Ausschüssen beschlossen haben im Personalausschuss, auch mit diesem Abänderungsantrag hier auch im Gemeinderat zu beschließen und anzunehmen.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, europäische Integration und Menschenrechte den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Z. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz beschließen:

Die in der Anlage ausgewiesenen Bewertungsergebnisse (ämterweise Auflistung der Funktionen und ihre Zuordnung zu den Verwendungs-/Entlohnungsgruppen bzw. Dienst-/Entlohnungsklassen entsprechend dem geltenden Entlohnungsschema der Stadt Graz) werden genehmigt. Diese Ergebnisse sind Grundlage für die Umsetzung im städtischen Dienstpostenplan nach Maßgabe der Ausführungen im Motivenbericht.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: GR. Kolar

10) A 1 – 55/2006-11
A 8 K 70/2005-13

Dienstpostenplan 2006 – Abänderung;
Umsetzung der Bewertungsergebnisse
aus dem Reformprojekt F.A.I.R.
(flächendeckende Stellenbeschreibung
und –bewertung)

GR. **Kolar**: Der dazugehörige Dienstpostenplan 2006, die Abänderung. Hier geht es darum, dass die Umsetzung dieses F.A.I.R.-Projektes sich im Dienstpostenplan widerspiegeln. Ich ersuche um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, europäische Integration und Menschenrechte, des Voranschlags-Finanz- und Liegenschaftsausschusses sowie des Kontrollausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Z. 3 des Statutes der Landeshauptstadt Graz beschließen:

Dem in der Anlage angeschlossenen und einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildenden Entwurf des geänderten Dienstpostenplanes 2006 wird zugestimmt. Die Abänderung tritt mit 1.7.2006 in Kraft.

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke auch für diesen Bericht. Ich möchte zum Thema F.A.I.R. und Dienstpostenplan als zuständiger Referent ein paar Dinge noch sagen. Als Erstes, es freut mich, dass es nach anfänglichen Schwierigkeiten, sobald es in die politische Ebene gegangen ist, jetzt doch eine Megaanstrengung gegeben hat so nach dem Motto bis weißer Rauch aufsteigt; ganz, ganz wichtig ist es mir den beiden Damen ein herzliches Dankeschön zu sagen, die über viele Jahre nach diesem KGST-Schema sich die Arbeit angetan haben, wohl wissend, dass es auch unterschiedlich ernst genommen worden ist in den verschiedenen Abteilungen. Ich glaube, dass dadurch heraus, auf Grund der Länge, die wir da gebraucht haben, auch so manche Missverständnisse, die es dann gegeben hat, dann einfach auf den Tisch gekommen sind. Ich freue mich, dass es mittlerweile auch andere Abteilungen gibt, die jetzt dran glauben und sagen, ja, da wären wir eigentlich doch ganz gerne

dabei gewesen, wann geht es denn weiter, auch in anderen Abteilungen, die wie gesagt, noch nicht da waren, ein herzliches Dankeschön an die beiden Damen und ein herzliches Dankeschön vor allem auch an den Herrn Magistratsdirektor, den Herrn Personaldirektor und alle, die jetzt in diesem Gremium dabei waren, die jetzt zum Schluss die Arbeit gemacht haben, das war ein tolles Stück Arbeit, es ist auch noch nicht alles erledigt, da gibt es noch sieben Dienstposten, über die wir noch weiter zu reden haben und selbstverständlich weiß ich auch, dass auf Grund der Aufgabenveränderungen, auf Grund unterschiedlicher ablauforganisatorischer Änderungen wir auch in den nächsten Jahren beim Dienstpostenplan immer wieder darauf Rücksicht nehmen müssen, aber noch einmal, kein Mitarbeiter, keine Mitarbeiterin, der/die jetzt auf einem Dienstposten sitzt, der niedriger bewertet worden ist, hat irgendwelche finanzielle Einbußen und es ist auch schön, dass es gelungen ist, ich sage jetzt einmal, zu leichten Vorteilen im Genderbereich bei den Damen, bei den Aufwertungen, auch bei den Abwertungen hier ungefähr die Waage zu halten. Noch einmal ein Dankeschön an das ganze Team, das hier gearbeitet hat (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Also ich möchte jetzt auch noch etwas sagen, vor allem deshalb, weil mit diesen Projekten natürlich auch finanzielle Mehraufwendungen verbunden sind, die in den Eckwerten untergebracht werden sollen. Aber es ist ein Projekt, das zu mehr Gerechtigkeit und zu einer höheren Motivation führen wird, ich bedanke mich beim Herrn Bürgermeister als zuständigen Referenten, ich bedanke mich bei der Personalvertretung und in aller erster Linie bei den Mitarbeiterinnen der Frau Dr. Priska Pschaid und der Frau Mag. Zeiner, die in dem Zusammenhang wirklich herausgehoben werden sollen für ihre hervorragende qualitätsvolle Arbeit und das zeigt auch, dass Frauen Führungsarbeiten leisten, auf die diese Stadt in Graz nicht verzichten kann (*Applaus SPÖ*).

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: StR. Mag. Dr. Riedler

22) A 8 – K 70/2005-1

Budgetvorschau für die Jahre 2007 und 2008; Informationsbericht

Dr. **Riedler**: Meine Damen und Herren, hoher Gemeinderat, Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit Artikel 1 des neuen innerösterreichischen Stabilitätspaktes streben Bund, Länder und Gemeinden die Erreichung eines gesamtstaatlichen Nulldefizits für das Jahr 2008 und eine weitere Verstärkung der Haushaltskonsolidierung an. Eine Reihe von Bestimmungen verpflichten die Gemeinden für die Jahre 2005 bis 2008 jeweils landesweise ein ausgeglichenes Haushaltsergebnis zu erreichen und damit zum gesamtstaatlichen Konsolidierungspfad beizutragen. Selbstverständlich gelten diese Regeln auch für die Landeshauptstadt Graz und da gibt es auch keine Ausnahme für eine Stadt, die sich im Konsolidierungsplan befindet und entsprechend große Anstrengungen wahrzunehmen hat. Das vorliegende Stück zeigt daher sehr deutlich das, was von mir schon mehrfach und immer wieder berichtet wurde und diese Zahlen ändern sich tatsächlich auch nur in dem Rahmen, in dem unsere eigenen Anstrengungen erfolgreich sind. Der Konsolidierungsbedarf für die kommenden Jahre ist entsprechend groß und auch für die Voranschläge 2007 bis 2010, wie wir wissen, sind weitere Anstrengungen im Rahmen der Eckwertvorgaben notwendig und zwar eine jährliche Verbesserung gegenüber dem Vorjahr von 18 Millionen Euro in den Budgets. Wir haben daneben auch noch eine Einschränkung unserer Investitionstätigkeit in der außerordentlichen Gebarung vorzunehmen und zwar in der Form, dass wir in insgesamt bis zum Voranschlag 2010 eine Summe von 175 Millionen Euro für Investitionsvorhaben nicht überschreiten wollen. In dem vorliegenden Bericht sind die Zahlen, die von uns erwartet werden aus den Einnahmen der laufenden Gebarung und den Ausgaben der laufenden Gebarung, deutlich dargestellt. Wir gehen also auch in den kommenden Jahren von steigenden Einnahmen in der Größenordnung von 584 Millionen, im heurigen Jahr auf 612 Millionen knapp im Voranschlag 2008 aus und auf der anderen Seite rechnen wir natürlich auch mit steigenden Ausgaben, allerdings mit einem Knick in dieser Kurve im Voranschlag 2007 in der Form, dass wir tatsächlich nominell im Voranschlag 2008 bereits geringere Ausgaben haben sollten als noch im nächsten Jahr. Trotzdem wird die laufende Gebarung auch in den kommenden Jahren negativ bleiben. Entscheidend für die Zahlen der Haushaltskonsolidierung wird das

Finanzierungssaldo, das sogenannte Maastrichtergebnis. Während wir uns im heurigen Jahr noch relativ gute Maastrichtzahlen erwarten oder von uns zumindest prognostiziert sind, nämlich mit einem Minus von 100.000 Euro, was de facto auf ein ausgeglichenes Maastrichtergebnis hinausläuft, sind für das nächste oder drohen für das nächste Jahr relativ dramatisch schlechte Maastrichtzahlen, nämlich minus 75,8 Millionen Euro für den Voranschlag 2007 und für den Voranschlag 2008 immer noch knappe 50 Millionen Euro. Diese Zahlen ergeben sich daraus, dass die begünstigten Bedeckungsmöglichkeiten für die ordentliche Gebarung über die Auslagerungen von Liegenschaften einerseits im nächsten Jahr erschöpft sein werden. Diese Möglichkeit ist also nicht mehr gegeben, aller Voraussicht nach und auf der anderen Seite auch diese Begünstigung seitens des Finanzministers, so wie es jetzt aussieht, auch nicht mehr gewährt werden wird. Wir haben daher besondere Anstrengungen auch in Verantwortung für den gesamtösterreichischen Konsolidierungskurs wahrzunehmen und ich habe daher auch ersucht, ganz deutlich in diesem Stück die Bestimmungen über den Sanktionsmechanismus, den Sanktionsbeitrag und das Sanktionsverfahren darzulegen, nicht um eine Drohung auszusprechen, sondern um die ganz klaren Konsequenzen unserer Budgetpolitik abzuzeichnen. Trotzdem versichere ich, dass wir nach bestem Wissen und Gewissen und nach allen Möglichkeiten, die uns offen stehen, in einer verantwortungsvollen Finanzpolitik versuchen, einen Schaden von der Stadt Graz abzuhalten und ein möglichst optimales Ergebnis auch in diesen Parametern, die ich vorhin angeführt habe, zu erreichen. Ich ersuche Sie schon jetzt für diese Bemühungen um Ihre Unterstützung und bedanke mich für die bisherigen Anstrengungen. Im Detail sind im Stück die Zahlen der Budgetvorschau für die Jahre 2007 und 2008 dargestellt, ich erspare mir, das jetzt noch weiter auszuführen und danke für Ihre Aufmerksamkeit (*Applaus SPÖ*).

Der Berichterstatter stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 89 in Verbindung mit § 90 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 32/2005 unter Hinweis auf die oben genannten Inhalte des Artikels 7 Stabilitätspakt den vorstehenden Informationsbericht „Budgetvorschau für die Jahre 2007 und 2008“ zur Kenntnis nehmen.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: GR. Eichberger

38) A 14-K-777/2002-24

3.0 Flächenwidmungsplan 2002 der
Landeshauptstadt Graz
Deckplan 1 (Baulandzonierung) 4.
Änderung 2006 - Beschluss

GR. **Eichberger**: Es geht in dem Stück um ein Areal und zwar betrifft es den Bereich der Fachhochschule Eggenberg zwischen der Eggenberger Allee, der Eckertstraße und der Alten Poststraße sowie der Gaswerkstraße. Der Gemeinderat hat in der Sitzung im Februar 2006 den beschlossen, ist dann auch zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt worden. Die Kundmachung erging an alle entsprechenden Stellen, während der Auflagezeit wurden gegen den aufgelegten Entwurf von BürgerInnen und der Bezirksvertretung keine Einwendung erhoben. Drei Ämter der Steiermärkischen Landesregierung haben mitgeteilt, dass keine Einwendungen auch diesbezüglich erhoben werden. Die Fachabteilung 18a – Gesamtverkehr und Projektierung teilt mit, dass dann kein Einwand bestehe, wenn die Überarbeitung des Masterplans Fachhochschule Eggenberg eingebunden werde und fordert für den gesamten Bereich ein Verkehrskonzept. Der Gemeinderat setzt sich mit der Beschlussfassung und den Einwendungen wie folgt auseinander: Bei der Erstellung von Bebauungsplänen ist die Einbeziehung von Verkehrsplanern grundsätzlich vorgesehen und es wird auf jeden Fall das Amt der Steiermärkischen Landesregierung von der Planung verständigt, miteinbezogen. Auf Grund der Stellungnahme der Fachabteilung 18a ergibt sich keine Änderung gegenüber dem aufgelegten Entwurf des Deckplanes 1, 4. Änderung 2006. Der Ausschuss hat sich in seiner Sitzung entsprechend beschäftigt mit dem Antrag und mit dieser Erledigung und ich darf nun namens des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag stellen, der Gemeinderat der Landeshauptstadt möge beschließen, den Deckplan 1, Baulandzonierung, 4. Änderung 2006 zum 3.0 Flächenwidmungsplan 2002 der Landeshauptstadt Graz gemäß der plangraphischen Darstellung und dem in der Verordnung angegebenen Punkt sowie die Einwendungserledigung im Sinne dieses Gemeinderatsberichtes zu beschließen.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen:

- 1) den Deckplan 1 (Baulandzonierung) – 4. Änderung 2006 zum 3.0 Flächenwidmungsplan 2002 der Landeshauptstadt Graz gemäß der plangraphischen Darstellung und dem in der Verordnung angegebenen Punkt sowie
- 2) die Einwendungserledigung im Sinne dieses Gemeinderatesberichtes.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen (42 : 0).

Berichterstatter: GR. Lozinsek

39) A 14 K-921/2006-1

3.0 Flächenwidmungsplan 2002 der
Landeshauptstadt Graz
Aufhebung der Vorbehaltsflächen
Nr. 10B – Abstallerstraße (Teilaufhebung)
Nr. 10D - Grottenhofstraße

GR. **Lozinsek:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Hier geht es um die Aufhebung sogenannter Vorbehaltsflächen und zwar zum einen in der Abstallerstraße und zum anderen in der Grottenhofstraße, beide im Bezirk Wetzelsdorf. Das eine ist mit dem festgelegten Verwendungszweck öffentliche Parkanlage, nämlich in der Abstallerstraße und Grottenhofstraße, festgelegter Verwendungszweck Spiel- und Sportplatz. Nach entsprechender Einholung von Stellungnahmen, Bezirksrat, Sportamt, Amt für Jugend und Familie soll nun die Vorbehaltsfläche Abstallerstraße teilweise aufgehoben werden und die Vorbehaltsfläche Grottenhofstraße zur Gänze aufgehoben werden. Der zuständige Ausschuss stellt daher an den Gemeinderat folgenden Antrag, die Vorbehaltsfläche Abstallerstraße soll aufgehoben werden, und zwar ein ca. 4.050 m² umfassender Teil des Grundstückes Wetzelsdorf wird aufgehoben. Es bleibt ein Teil von 6.300 m² übrig und die Vorbehaltsfläche Nummer 10D in der Grottenhofstraße soll zur Gänze

aufgehoben werden und der Nutzung Reines Wohngebiet zugeführt werden. Ich ersuche um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen:

1) Vorbehaltsfläche Nr. 10B – Abstallerstraße (Teilaufhebung):

Der Vorbehalt für einen ca. 4050 m² umfassenden Teil des Grundstückes 468/1, KG Wetzelsdorf wird aufgehoben. Entsprechend der Festlegung im § 2 der Verordnung zum 3.0 Flächenwidmungsplan 2002 gilt als ersatzweise Nutzung „Reines Wohngebiet“, BD 0,2-0,6.

2) Vorbehaltsfläche Nr. 10D – Grottenhofstraße:

Der Vorbehalt für die Grundstücke 479/1 und 479/4 KG Wetzelsdorf wird aufgehoben. Entsprechend der Festlegung im § 2 der Verordnung zum 3.0 Flächenwidmungsplan 2002 gilt als ersatzweise Nutzung „Reines Wohngebiet“, BD 0,2-0,6.

GRin. **Binder:** (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*) Ich bitte um getrennte Abstimmung.

Der Punkt 1) der Tagesordnung Vorbehaltsfläche Nr. 10B Abstallerstraße wurde einstimmig angenommen (42 : 0)

Der Punkt 2) der Tagesordnung Grottenhofstraße wurde mit Mehrheit angenommen (29 : 13).

Berichterstatter: GR. Dipl.-Ing. Dr. Getzinger

40) A 14-K-906/2006-9

3.09 Flächenwidmungsplan 2002 der
Landeshauptstadt Graz; 9. Änderung
2006; Beschluss

Dr. **Getzinger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine liebe Kolleginnen und Kollegen! Der zuständige Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung hat das vorliegende Stück, eine Änderung des Flächenwidmungsplanes sehr ausführlich beraten, ebenso die Einwendungen und ihre Erledigung und stellt daher den Antrag, der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen: den 3.09 Flächenwidmungsplan, 9. Änderung 2006 der Landeshauptstadt Graz gemäß den in der Verordnung, der graphischen Darstellung und dem Erläuterungsbericht angegebenen sieben Punkten sowie zweitens die Änderungen gegenüber dem aufgelegten Entwurf und die Einwendungserledigungen im Sinne des Gemeinderatsberichtes. Ich ersuche um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

1. Den 3.09 Flächenwidmungsplan – 9. Änderung 2006 der Landeshauptstadt Graz gemäß den in der Verordnung, der graphischen Darstellung und dem Erläuterungsbericht angegebenen 7 Punkte, sowie
2. die Änderungen gegenüber dem aufgelegten Entwurf und die Einwendungserledigung im Sinne dieses Gemeinderatsberichtes.

GRin. **Binder**: (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*). Bitte um getrennte Abstimmung.

Der Punkt 1 der Tagesordnung wurde mit Mehrheit angenommen (29 : 13).

Die Punkte 2 bis 7 wurden einstimmig angenommen (42 : 0).

Berichterstatter: GR. Dipl.-Ing. Topf

41) A 14-K-596/1997-220

3.06 Stadtentwicklungskonzept der
Landeshauptstadt Graz; 6. Änderung
2006; Beschluss über die öffentliche
Ausschreibung

Dipl.-Ing. **Topf**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Hier geht es um die 6. Änderung des 3.06 Stadtentwicklungskonzept der Landeshauptstadt Graz. Im Wesentlichen geht es darum, dass auf Grund einer beabsichtigten Änderung im Rahmen des 3.10 Flächenwidmungsplanes, im nächsten Tagesordnungspunkt, 10. Änderung, werden geringfügige Änderungen der funktionellen Gliederung des STEG im Punkt 1 erforderlich. Die Änderung betrifft in kurzen Worten die südlich der Niesenbergergasse gelegenen Grundstücke 817, 882 und 818/1, KG Gries, die auf einer Fläche von rund 1,25 Hektar an Stelle von innerstädtischem Wohngebiet hoher Dichte“ nunmehr dem „Stadtzentrum“ historischer Stadtkern, Bahnhof angegliedert werden sollen. Der Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung stellt in meiner Person den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen. die funktionelle Gliederung des 3.0 Stadtentwicklungskonzeptes der Landeshauptstadt Graz in der Fassung 3.05 im oben angeführten Punkt zu ändern und den Entwurf zum 3.06 Stadtentwicklungskonzept, 6. Änderung 2006 im Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz vom 12. Juli 2006 kundzumachen und im Stadtplanungsamt während der Amtsstunden in der Zeit vom 23. Juli 2006 bis 8. September 2006 zur allgemeinen Einsicht öffentlich aufzulegen . Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

- 1) Die Absicht, die „Funktionelle Gliederung“ des 3.0 Stadtentwicklungskonzeptes der Landeshauptstadt Graz idF 3.05 im oben angeführten Punkt zu ändern.
- 2) Den Entwurf zum 3.06 Stadtentwicklungskonzept – 6. Änderung 2006 im Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz vom 12. Juli 2006 kundzumachen und im Stadtplanungsamt während der Amtsstunden in der Zeit vom 13. Juli 2006 bis 8. September 2006 zur allgemeinen Einsicht öffentlich aufzulegen.

GRin. **Binder**: Ich habe zu diesem Gemeinderatsstück einen Abänderungsantrag, der folgendermaßen lautet: Der Gemeinderat möge beschließen, und jetzt Punkt 3., bis zur endgültigen Beschlussfassung der Änderung des Fläwi und der Änderung des STEK sind dem Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung folgende Unterlagen zur Diskussion vorzulegen:

- (1) eine Untersuchung der möglichen wirtschaftlichen Auswirkungen des geplanten Einkaufszentrums auf das unmittelbare Gewerbeumfeld, nämlich Annenstraße, Annenpassage, Citypark sowie die Innenstadtwirtschaft
 - (2) eine für den stark belasteten Kreuzungsbereich und seine Nebenstraßen tragbare Gesamtverkehrslösung für den prognostizierten Zuliefererverkehr sowie den zu erwartenden KundInnen-Pkw-Verkehr
 - (3) eine Überprüfung der Finanzierungsmöglichkeiten für die Realisierung der Nahverkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof zum Beispiel durch finanzielle Kooperation analog der Errichtung der Linie 4.
3. Noch vor der endgültigen Beschlussfassung der Änderung des Fläwi und der Änderung des STEK ist eine öffentliche Informationsveranstaltung für die betroffenen AnrainerInnen und Gewerbetreibenden abzuhalten.

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, ist das jetzt ein Abänderungsantrag in manchen Punkten, ich kann es von hier nicht beurteilen oder ist das ein Zusatzantrag?

GRin. **Binder**: Nein, es ist ein Abänderungsantrag zu Punkt 41) und 42) Zahl 7, weil es ein anderes Procedere vorgibt. Weil jetzt wieder der Vorwurf gemacht wird von wegen Kommunikation, es war die ganze Zeit keine Zeit mit irgendjemandem intensiv darüber zu reden, ich verstehe...

Zwischenruf GR. Schönegger: Im Ausschuss.

GRin. **Binder**: Nein, ich habe die Klubobleute nicht dazu kriegen können, es war immer irgendjemand nicht da und es wurden immer irgendwo andere Gespräche geführt und Ausschusssitzungen etc. Also dein Vorwurf, lieber Herr Kollege, geht ziemlich daneben und ziemlich ins Leere.

GRin. **Krampl**: Ehrlich gesagt verstehe ich deinen Zusatzantrag beziehungsweise Abänderungsantrag jetzt nicht, weil das sind eigentlich selbstverständliche Dinge, die bei so einem großen Projekt sowieso stattfinden werden. Als Zusatzantrag wäre das überhaupt kein Problem gewesen, aber ich verstehe den Abänderungsantrag ehrlich gesagt nicht. Du warst auch im Ausschuss und es ist genau gesagt worden, dass vor Vorliegen eines Gesamtverkehrskonzeptes überhaupt keine Beschlussfassung stattfinden wird. Dass es da öffentliche Bürgerinformation geben wird, ist auch selbstverständlich, weil das gibt es bei jedem Pimperlprojekt und da wird es erst da erst recht geben. Dass die wirtschaftlichen Auswirkungen geprüft werden, ist auch klar und was die Nahverkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof anbelangt und das man schaut, dass man zu einer Mitfinanzierung kommt, also das ist eigentlich gang und gäbe.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Also, zunächst einmal von der Vorgangsweise, liebe Sigi Binder, verstehe ich das überhaupt nicht. Wir haben gestern einen Ausschuss gehabt, da warst du nicht anwesend, aber es gibt ja auch Computer und E-Mails, mit denen man davor ankündigen kann. Abgesehen davon war von deiner Fraktion der Herrmann Candussi im Ausschuss und der jetzt nicht mehr da ist, jedenfalls finde ich das auch etwas eigenartig, das jetzt vor der Abstimmung um 10 nach 10 zu bringen. Es ist auch aus meiner Sicht überhaupt nicht klar, ob das ein Abänderung oder

Zusatzantrag ist. Wichtig ist hervorzuheben, dass, wenn ich das richtig verstanden habe, jedenfalls ein Großteil deiner Wünsche im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung abgehandelt werden müssten. Das sind die gesamten Verkehrsfragen, es waren auch einige andere Fragen, es waren nicht alle Punkte dabei, soweit ich das verstanden habe, aber klar ist, dass bei einem derart großen Projekte, dass zusätzlich Untersuchungen gemacht werden müssen, wir haben ja auch schon angekündigt, dass wir eine sehr große Verkehrsuntersuchung machen werden...

Zwischenruf GRin. Krامل: Steht ja im Protokoll.

Dr. **Rüsch**: Steht im Protokoll und zwar indem wir die Verkehrslösungen der Kreuzung Annenstraße – Eggenberger Gürtel und im Zusammenhang mit der geplanten Verbauung der Reininghausgründe auch noch die Gürtelturmkreuzung ansehen wollen. Also ich kann nur nochmals sagen, es ist aus meiner Sicht nicht erforderlich, die Vorgangsweise ist sicherlich abzulehnen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Khull-Kholwald**: Herr Bürgermeister, meine Damen und Herern! Ich möchte vielleicht zur Beschleunigung des Ganzen einen kurzen Vorschlag machen. Zwei Prämissen davor, ich halte das, was die Frau Kollegin Binder vorgeschlagen hat, durchaus für gangbar und sinnvoll. Zweitens möchte ich das aufnehmen, was Gemeinderätin Dagmar Krامل gesagt hat, dass das Meiste davon an sich selbstverständlich, glaube ich, das richtige Wort, das du verwendet hast, wäre, jetzt möchte ich folgenden Kompromissvorschlag unterbreiten: Vielleicht kann man statt eines Abänderungsantrages einen Zusatzantrag machen, den wir alle rasch mittragen können.

Der Abänderungsantrag von GRin. Binder wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit beschlossen.

Berichterstatter: GR. Mayr

42) A 14-K-920/2006-1

3.10 Flächenwidmungsplan 2002 der
Landeshauptstadt Graz; 10. Änderung
2006 – Entwurf;
Beschluss zur öffentlichen Auflage

GR. **Mayr**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir waren vor kurzem bei der 9. Änderung des Flächenwidmungsplanes 3.0. In diesem Stück jetzt geht es um die Auflage der 10. Änderung. Es gibt sieben weitere Planungsinteressen, die die Kriterien für eine Änderung entsprechend den Bestimmungen des § 30 Abs. 3 Steiermärkisches Raumordnungsgesetzes erfüllen. Es sind darunter einige sehr wichtige Punkte. Ich möchte sie nur kurz betiteln: Erstens Firma Graschi Raach, zweitens Firma Hofer Ragnitz, drittens Wiwa-Haus-Projekt Webling, viertens und fünftens, sehr wichtig, zwei Verkehrsprojekte Parkplatz Kirchberg Mariatrost und fünftens vor allem Park-&-Ride Fölling, sechstens Justizanstalt Jakomini und siebentens, auch sehr bedeutend, ECE Annenstraße. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Im Namen des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung stelle ich den Antrag, die Absicht, den 3.0 Flächenwidmungsplan in der Fassung 3.09 in der Verordnung und der plangraphischen Darstellung und dem Erläuterungsbericht in den angegebenen 7 Punkten zu ändern. Den Entwurf zu diesem 3.10 Flächenwidmungsplan, die 10. Änderung kundzumachen im Amtsblatt 12. Juli und zweitens vor allem während der Amtstunden in der Zeit vom 13. Juli bis 8. September 2006 zur allgemeinen Einsicht öffentlich aufzulegen.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen:

1. die Absicht, den 3.0 Flächenwidmungsplan 2002 in der Fassung 3.09 in den in der Verordnung, der plangraphischen Darstellung und dem Erläuterungsbericht angegebenen 7 Punkten zu ändern.
2. den Entwurf zum 3.10 Flächenwidmungsplan 2002 der Landeshauptstadt Graz – 10. Änderung 2006 im Amtsblatt vom 12. Juli 2006 kundzumachen und im Stadtplanungsamt während der Amtsstunden in der Zeit vom 23. Juli bis 8. September 2006 zur allgemeinen Einsicht öffentlich aufzulegen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke für den Bericht. Hier habe ich vorweg mit Frau Gemeinderätin Binder gesprochen, die Grünen stimmen nur im Punkt 2 zu, bei den restlichen Punkten nicht. Im Punkt 1 und im Punkt 3 stimmt die KPÖ genauso wie die Grünen dagegen, bei allen restlichen Punkten gibt es keinen Einwand. Dann ist das Stück mehrheitlich mit dem notwendigen Erfordernis auch beschlossen.

Die Punkte 1 und 3 der Tagesordnung wurden mit Mehrheit angenommen (30 : 13).

Der Punkt 2 der Tagesordnung wurde einstimmig angenommen (43 : 0).

Die Punkte 4 bis 7 der Tagesordnung wurden mit Mehrheit angenommen (40 : 3).

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Berichterstatterin: GRin. Krampfl

43) A 14-K-899/2005-14

03.13.0 Bebauungsplan „Körösisstraße/
Theodor-Körner-Straße“; III. Bez., KG
Geidorf; Beschluss

GRin. **Krampfl**: Bebauungsplan Körösisstraße/Theodor-Körner-Straße, es handelt sich um den Beschluss, und zwar geht es um das Gelände des ehemaligen PEWAG-Betriebes, es ist geplant, die bestehenden Industriehallen abzurechen und eine Bebauung für Wohn-, Büro- und Geschäftsnutzung zu errichten, wobei die Wohnnutzung überwiegen soll. Der Entwurf des Bebauungsplanes war in der Zeit vom 13. 4. 2006 bis 26. 5. 2006 aufgelegt. Es sind neun Einwendungen eingelangt, die im Planungsausschuss ausführlich behandelt wurden. Aus dieser Einwendungsbehandlung hat sich eine Änderung ergeben, die ich kurz referieren möchte und zwar ist die Änderung insofern, dass über den Pkw-Stellplätzen im Bereich der Passage zusätzlich zu den erforderlichen Schallschutzwänden jeweils Flugdächer als Überschilderung der Kfz-Aufstellflächen herzustellen sind und desgleichen wurde in der Verordnung zur Klarstellung aufgenommen, dass unabhängig von den Baugrenzen sämtliche Gebäude die baugesetzlichen Abstände zu den Nachbarliegenschaften aufzuweisen haben. Das war die Änderung, es ergeht daher der Antrag, der Gemeinderat wolle diesen referierten Bebauungsplan beschließen und ebenso die Einwendungserledigungen.

Die Berichterstatterin stellt namens des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle

1. den 03.13.0 Bebauungsplan „Körösisstraße/Theodor-Körner-Straße“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht und
2. die Einwendungserledigungen

beschließen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen (43 : 0).

Berichterstatterin: GRin. Krampfl

44) A 14-K-769/2002-56

07.06.1 Bebauungsplan Interspar,
Fachmarktzentrum Sternäckerweg –
Ostbahnstraße; 1. Änderung; VII. Bez.,
KG Liebenau, Beschluss

GRin. **Krampfl**: Bebauungsplan Interspar Fachmarktzentrum Sternäckerweg und zwar die 1. Änderung. In Wahrheit kann ich das ganz kurz machen, es handelt sich einfach um eine Anpassung an die Rechtslage und zwar soll die Widmungskategorie Kern-, Büro- und Geschäftsgebiet entsprechend der nunmehr geltenden Rechtslage auf Kerngebiet abgeändert werden und weiters im Falle der Errichtung eines Einkaufszentrums II darf die Verkaufsfläche 15.000 m² und die Gesamtbetriebsfläche 25.000 m² nicht überschreiten. Ich ersuche um Annahme.

Die Berichterstatterin stellt namens des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle den 07.06.1 Bebauungsplan Interspar Fachmarktzentrum Sternäckerweg – Ostbahnstraße, 1. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut der Verordnung und dem Erläuterungsbericht beschließen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen (43 : 3).

Berichterstatter: GR. Dipl.-Ing. Dr. Getzinger

NT 26) A 14-K-900/2006-13

06.11.0 Bebauungsplan Conrad-von-
Hötzendorf-Straße – Obere Bahnstraße;
VI. Bez., KG. Jakomini; Beschluss

Dr. **Getzinger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Auch dieser Bebauungsplan wurde ausführlich im zuständigen Ausschuss beraten. Es gab eine Änderung, die im Stück auch vermerkt ist, es bezieht sich auf den Durchstich von der Oberen Bahnstraße zur Conrad-von-Hötzendorf-Straße, dieser ist nämlich derzeit nicht vorgesehen, diese Änderung wurde im Ausschuss vorgenommen. Ich

stelle namens des Ausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, erstens den 06.11.0 Bebauungsplan Conrad-von-Hötzendorf-Straße – Obere Bahnstraße bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht sowie zweitens die Einwendungserledigung beschließen.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle

1. den 06.11.0 Bebauungsplan „Conrad-von-Hötzendorf-Straße – Obere Bahnstraße“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht sowie
2. die Einwendungserledigung beschließen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen (40 : 3).

Berichterstatterin: GRin. Mag. Bauer

NT 21) A 8-K 54/2006-3
A 15/16488/2006

Veranstaltung: 5. World Choir Games 2008; Fördervereinbarung zwischen der Stadt Graz und dem Förderverein INTERKULTUR Österreich für die Jahre 2007, 2008 in der Höhe von € 666.000,- Projektgenehmigung

Mag. **Bauer**: Das Stück wurde beraten im Wirtschafts- und Finanzausschuss und mehrheitlich angenommen. Es geht um die Veranstaltung und um die Vereinbarung zwischen der Stadt Graz und dem Förderverein INTERKULTUR Österreich für die Jahre 2007, 2008 in der Höhe von 666.000 Euro und hier um die Projektgenehmigung. Ich darf einfach auf den Antragsbericht zurückkommen, dass eben wie im Motivenbericht hier die Veranstaltung stattfinden wird, dass für die Durchführung die beigelegte Fördervereinbarung abgeschlossen wird und dass die

Auszahlung der Fördergelder von 666.000 Euro entsprechend erfolgt, wobei 40 % der Fördersumme am 15. 2. 2007, ebenso 40 % am 15.8.2007 und 20 % nach Abschluss der Veranstaltung und Vorlage der Endabrechnung ausbezahlt werden sollen. Es hat auch einen Abänderungsantrag gegeben, der mehrheitlich angenommen wurde. Die konsolidierte Fassung lautet: Vom städtischen Gesamtanteil werden 200.000 (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), vom Tourismusverband Graz, TVG, abgewickelt über die GTG kofinanziert. Weitere 250.000 schlagen sich als zusätzliche Mieteinnahmen im Bereich der MCG nieder. Der Restbetrag von 216.000 ist in den Eckwerten 2007 und 2008 abzubilden. Für den gewährten Förderungsbeitrag verpflichtet sich der Förderverein INTERKULTUR Österreich, die Punkte dieser Fördervereinbarung beziehungsweise die Bestimmung der Subventionsordnung der Stadt Graz einzuhalten sowie die widmungsgemäße, Verwendung nachzuweisen. Es wurde mehrheitlich beschlossen in beiden Ausschüssen, um Annahme auch hier im Gemeinderat wird ersucht.

Die Berichterstatterin stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses sowie des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Wissenschaft den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Z. 10 und § 90 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl. 32/2005, mit der erforderlichen erhöhten Mehrheit gemäß § 1 Abs. 3 der Subventionsordnung der Landeshauptstadt Graz beschließen:

1. Die Veranstaltung der 5. World Choir Games 2008 in Graz – wie im Motivenbericht ausgeführt – ist Gegenstand dieses Beschlusses.
2. Für die Durchführung der 5. World Choir Games 2008 in Graz wird der Abschluss der beiliegenden Fördervereinbarung, die einen integrierenden Bestandteil dieses Gemeinderatsbeschlusses bildet, genehmigt. Die Wirksamkeit dieses Beschlusses ist abhängig von der Beschlussfassung der Fördervereinbarung mit dem Förderverein INTERKULTUR Österreich und dem Land Steiermark.

3. Die Auszahlung der Fördergelder von € 666.000,- erfolgt gemäß beigefügter Fördervereinbarung auf ein der Stadt Graz zu benennendes Konto von INTERKULTUR, wobei
- 40 % der Fördersumme am 15.2.2007 (€ 266.400,-)
 - 40 % der Fördersumme am 15.8.2007 (€ 266.400,-)
 - 20 % der Fördersumme (€ 133.200,-)
- nach Abschluss der Veranstaltung und Vorlage der Endabrechnung ausgezahlt werden sollen.
- Vom städtischen Gesamtanteil werden € 200.000,- vom Tourismusverband Graz (TVG), abgewickelt über die Grazer Tourismus GmbH., kofinanziert. Weitere € 250.000,- schlagen sich als zusätzliche Mieteinnahmen im Bereich der MCG/Grazer Stadthalle nieder. Der Restbetrag von € 216.000,- ist in den Eckwerten 2007 beziehungsweise 2008 abzubilden.
4. Für den gewährten Förderungsbeitrag verpflichtet sich der Förderverein INTERKULTUR Österreich, die Punkte dieser Fördervereinbarung beziehungsweise diese Bestimmungen der Subventionsordnung der Stadt Graz einzuhalten sowie die widmungsgemäße Verwendung nachzuweisen.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen (29 : 13).

Berichterstatter: StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüschi

36) A 10/8 – 7532/2005-6
A 10/1P – 024375/2005
A 8 – 8/2006-10

1) Parkkonzept – Änderungsmaßnahmen
Einrichtung Parkzonen
Projektgenehmigung für 2006 bis 2010
über

Investitionskosten	€ 2.590.000,00
Laufende Kosten	€ 1.385.000,00

2) Errichtung P&R Puntigam
Projektgenehmigung über
Zuschuss GBG € 2.000.000,00

3) Errichtung R&P Fölling
Projektgenehmigung über

Haltestellenausbau	€ 150.000,00
Zuschuss GBG max.	€ 200.000,00
Investitionskosten	€ 350.000,00

Dr. **Rüsch**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich habe ich mir gedacht, dass ich schon einigen Wochen oder Monate früher hier stehe, um das Parkzonenstück vorzutragen, aber wir haben eben sehr, sehr intensiv diskutiert und ich denke mir, dass es wahrscheinlich auch mit der Bedeutung dieses Stückes etwas zu tun hat. Ich freue mich trotzdem sehr, auch zu später Stunde hier dieses Stück vorstellen zu dürfen, ich werde es nicht im Detail tun, wir haben ja sehr viel und sehr intensiv diskutiert, sondern ich möchte gerne darauf hinweisen, dass es aus meiner Sicht für diese Gemeinderatsperiode im Sinne der begonnenen Schritte in der Verkehrskonzeption, in der Verkehrspolitik ein letztlich großer Wurf ist. Wir haben im Dezember 2003 zwei für die gesamte Gemeinderatsperiode sehr wesentliche Stücke beschlossen, einmal ist das der Ausbau des Schienennetzes in Graz, nämlich ein Straßenbahnprogramm mit Park-&-Ride und damit auch Überführung in die regionale Schiene mit insgesamt 500 Millionen Euro, das ist ein Grundsatzbeschluss und wir haben dann in der Folge auch die ersten Schritte umgesetzt, wir haben die erste Ausbauphase von diesem Konzept in Bearbeitung oder eben in der Errichtung, das ist die Verlängerung der Linien 4, 5 und 6. Seit den 30er Jahren, wie gesagt, abgesehen von den wenigen hundert Metern Anfang der 90er Jahre wieder zum ersten Mal eine Offensive in der Straßenbahn, im Straßenbahnbereich, ich glaube, für die Verkehrsentwicklung in Graz sehr wichtig. Wir haben in einem zweiten Konzept die Parkraumbewirtschaftung sehr stark verdichtet, sie hat es ja schon seit Anfang der 90er gegeben und Dezember 2003 haben wir den Beschluss gefasst, ein Parkraumkonzept für die Stadt Graz umzusetzen, das im Wesentlichen aus drei Schritten besteht, nämlich in der Innenstadt die Ausweitung der Kurzparkzone, der flächendeckenden Kurzparkzone, daran anschließend ein Bereich von Parkzonen, eben die Grünen Zonen, die auch für die Pendlerinnen und Pendler ein Angebot darstellten, allerdings gegen einen Preis und am Stadtrand verdichtet Park-&-Rideeinrichtungen. Das vorliegende Stück setzt dabei zwei wesentliche Bereiche um, es bringt die Einrichtung der Grünen Zonen, es bringt damit, wie gesagt, auch das Angebot für die Pendlerinnen und Pendler und reduziert aber gleichzeitig auch den Parkdruck, der im Bereich dieser Grünen Zonen wohnenden Bevölkerung. Zweitens wird die Park-&-Rideanlage beziehungsweise Park-&-Ride-Haus in Puntigam und in Fölling beschlossen und auf die Reise geschickt gemeinsam mit der GPG und der GPG. Zum Dritten in diesem Stück sehr wichtig, es ist gelungen eine Zweckwidmung für die Einnahmen aus den Parkzonen für den öffentlichen Verkehr in Fölling

festzulegen und zu beschließen, ja das sind die drei wichtigen, das ist der Kern, da sind auch insgesamt 14 der 15 Punkte im Antrag dieses Stückes. Ich bin sehr glücklich darüber, dass über diesen Kernbereich dieses Stückes ein einstimmiges Abstimmungsergebnis in beiden Ausschüssen erzielt worden ist, ich denke, dass damit auch die große Zustimmung zu den wesentlichen Punkten zu diesem Parkstück ausgedrückt wird. Es gibt einen weiteren Punkt in diesem Stück, in dem im Ausschuss keine Einigkeit erzielt worden ist, das ist die Ausweitung auf 20.00 Uhr, ich bitte deshalb auch um eine getrennte Abstimmung bei den einzelnen Punkten im Antrag. Es bleibt mir letztlich nur noch, mich sehr herzlich zu bedanken, einmal für die sehr intensive Vorbereitung der Verkehrsplanung und der Baudirektion für die immer wieder zu erfolgenden Änderungen in diesem Stück, ich möchte mich aber ganz besonders bei den Mitgliedern des Finanzausschusses und auch des Planungsausschusses bedanken, wir haben sehr viel diskutiert, manchmal durchaus heiß, manchmal auch etwas distanziert, aber ich bin überzeugt, dass letztlich für die Verkehrsentwicklung in Graz und für die Bewältigung auch der zukünftigen Probleme ein großer Schritt gelungen ist, ich bitte auch um die weitere Unterstützung bei der Umsetzung, sie wird insgesamt bis zu 18 Monate dauern, das bringen die vielen Verfahren, die nun kommen müssen, mit sich. Aber ich bitte jedenfalls um eine größtmögliche Zustimmung hier auch im Gemeinderat zu diesem Parkraumkonzept (*Applaus ÖVP*).

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

1. Der vorstehende Informationsbericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Einrichtung einer flächendeckenden Kurzparkzone im Bewohnergebiet 3 wie unter Abschnitt 3.1.1 angeführt.
3. Einrichtung der Parkzonen A „Kreuzgasse“, B „Hilmteich“, C „Ruckerlberg“, D „Messe“, E „Schönau“, F „Karlau“ und G „Eggenberg“ wie unter Abschnitt 3.2. angeführt bei gleichzeitiger Auflassung der sich in diesen Parkzonen befindlichen Kurzparkplätzen. Gebührenpflicht in den Parkzonen wird von Montag bis Freitag von 9.00 Uhr bis 19.00 Uhr ausgenommen Feiertage vorgesehen.

4. Adaptierung des Tarifsystems für Kurzparkzonen und Neueinführung von Tarifen in Parkzonen wie unter Abschnitt 4 angeführt.
5. Die Abteilung für Verkehrsplanung und in Hochbaufragen die Stadtbaudirektion werden beauftragt, in Abstimmung mit der Grazer Parkraummanagement GmbH, der Grazer Bau- und Grünlandsicherungs GmbH sowie den zuständigen Abteilungen des Landes Steiermark und der Stadt Graz die Planungen für die P+R-Anlagen Puntigam und Fölling abzuschließen.
6. Die Grazer Bau- und GrünlandsicherungsgesmbH wird mit der Realisierung (Grunderwerb und Errichtung) der P+R-Anlagen Puntigam und Fölling beauftragt. Für die Errichtung der P+R-Anlagen Puntigam und Fölling erhält die GVG einen einmaligen Investitionszuschuss von insgesamt € 2,200.000,-, der sich wie folgt aufteilt:

P+R Puntigam	€ 2.000.000,00
P+R Fölling – GBG-Gruber	€ 200.000,00

Der Zuschuss wird unter der Bedingung gewährt, dass die Gesamtprojektkosten der GBG nach detaillierter Ausarbeitung € 6,900.000,00 (Puntigam) bzw. € 2,700.000,00 (Fölling) nicht übersteigen und das Land Steiermark rechtsverbindlich Zuschüsse von mindestens € 3,105.000,00 (Puntigam) bzw. € 1,215.000,00 (Fölling) leistet. Die Zahlungen fallen ab dem Jahr 2007 an.

7. Die Projektgenehmigung für die Errichtung der Parkzonen und Erweiterung der Kurzparkzonen, wie in den Abschnitten 3 und 5 angeführt, in der Höhe von € 2,590,000,00, die sich auf die Jahre

2006	€ 400.000,00
2007	€ 2,085.000,00
2008	€ 35.000,00
2009	€ 45.000,00
2010	€ 25.000,00

aufteilt, wird erteilt.

In der AOG des Voranschlags 2006 werden die Fiposse

- 5.64900.042000 „Amtsausstattung, Parkscheinautomaten“
 6.64900.298102 „Rücklagen, Entnahme Ausgleichsrücklage“

um je € 1.010.000,- gekürzt.

8. Neueinführung von Tarifen für die Nutzung erwähnter P+R-Anlagen gemäß Beilage.
9. Die Grazer Parkraummanagement GmbH soll nach Fertigstellung und Übergabe der P+R-Anlagen Puntigam und Fölling jedenfalls mit dem laufenden Betrieb (mit der Zielsetzung voller Kostendeckung nach Abrechnung der erforderlichen Investitionszuschüsse) beauftragt werden.
10. Die Abteilung für Verkehrsplanung wird beauftragt, in Abstimmung mit den zuständigen Abteilungen des Landes Steiermark und der Stadt Graz die für den Betrieb der P+R-Anlage Fölling (Haltestellen, Wendeschleife) notwendige Verkehrsinfrastruktur zu realisieren.
11. Die Projektgenehmigung für die unter Pkt. 10 erwähnte Verkehrsinfrastruktur in Höhe von € 150.000,-, die sich auf die Jahre

2007	€ 120.000,-
2008	€ 30.000,-

aufteilt, wird erteilt.

12. Die für die Buserschließung des nördlichen Mariatroster Tales sowie der P+R-Anlage Fölling erforderlichen finanziellen Mitteln sind im Rahmen der am 18.5.2006 dem Gemeinderat vorgelegten Eckwerte der Abteilung für Verkehrsplanung, erhöht um die Nettomehreinnahmen der Stadt Graz, aus der gegenständlichen Parkzonenausweitung (abgeschätzt mit € 400.000,00 p.a.), entsprechend vorzusehen.
13. Die GPG wird beauftragt, begleitend eine Evaluierung der in diesem Bericht angeführten Maßnahmen durchzuführen und rund ein Jahr nach der gesamten Umsetzung die Auswirkungen abschließend zu überprüfen, wobei die diesbezüglichen Kosten, soweit nicht in der Projektgenehmigung enthalten, aus dem Eckwert der Abteilung für Verkehrsplanung abzudecken sind.
14. Die im Abschnitt 7 angeführten Busbeschleunigungsmaßnahmen zur Verbesserung des Öffentlichen Verkehrs sind im Rahmen der Eckwerte der Abteilung für Verkehrsplanung umzusetzen.
15. Gemäß dem Abänderungsantrag soll eine Gebührenpflicht der Kurzparkzonen an Werktagen von Montag bis Freitag von 9.00 Uhr bis 20.00 Uhr und Samstag von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, ausgenommen Feiertag, beschlossen

werden. Ausgenommen hiervon ist die Kurzparkzone Hauptbahnhof Vorplatzbereich. In Parkzonen soll die Gebührenpflicht an Werktagen von Montag bis Freitag von 9.00 Uhr bis 20.00 Uhr ausgenommen Feiertag, beschlossen werden. Mit Errichtung der ersten Parkzone in Graz wird gleichzeitig in allen Kurzparkzonen die Gebührenpflicht von Montag bis Freitag auf 9.00 bis 20.00 Uhr ausgeweitet.

GR. **Herper:** Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, Kollegen! Also ich habe ein großes Ausatmen heute, dass man endlich nach Monaten des Ringens um dieses Stück endlich zu einer Beschlusslage kommt, schließlich beschäftigen wir uns eigentlich schon mit Ausdehnung und Ausweitung der Blauen Zonen schon aus der vorangegangenen Funktionsperiode, da haben wir schon gemeinsame Bezirksratsbeschlüsse aller Fraktionen...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Aber zuerst haben wir einatmen müssen.

GR. **Herper:** ...aller Fraktionen und das ist nur logisch und konsequent, dass wir darum gerungen haben inhaltlich, dass diese Stück nur besser werden kann. Das Stück kann nur besser werden, indem wir geklärt haben die Finanzierungsform, vor allem auch, was die Park-&-Ridesituation betrifft und vor allem auch im Interesse der Anrainer, der Nachbarn in den betroffenen Wohngebieten und in den betroffenen Bezirken; auch die einheitliche Regelung mit 20.00 Uhr, das ist eine demokratische Mehrheitsentscheidung gewesen, ich bedanke mich bei der ÖVP, dass sie so das zur Kenntnis genommen hat. Es ist eine der wesentlichsten verkehrspolitischen Maßnahmen, nämlich verkehrswirtschaftlich, verkehrslenkend, verkehrsgestaltend und vor allem im Interesse der Anrainer und der Bewohner. Es war sehr kräftezerrend, zuweilen auch bei manchen Sitzungen geisttötend, aber es war zumindest mit Erfolg gekrönt, dass wir zu einer gemeinsamen Beschlusslage der

Grünen Zonen kommen, obwohl auf der einen Seite der Wirtschaftsflügel angerückt ist und auch auf unserer Seite nicht unbedingt gerade Freunde dieser Regelung bekannt sind, die melden sich ja fast täglich in der Zeitung, aber wir sind der Ansicht, wir werden gemeinsam im Interesse der Grazer Bevölkerung dieses Stück durchziehen. Ich bedanke mich vor allem bei meinem eigenen Klub, der, vor allem auch den BezirksvorsteherInnen, StellvertreterInnen und vor allem bei den Gemeinderäten Eichberger, Getzinger und Kolar für die sehr wesentlichen Beiträge und das Ringen in den Ausschüssen und beim Zusammenkommen bei den Verkehrsexperten und bei der Vorsitzenden des Ausschusses Dagmar Krampfl im Besonderen. Wenn jetzt die ÖVP in den letzten Tagen ihre Stückchen verteilt, so lasst mich doch ein bisschen Ironie anklingen, wenn das steht, wer hat zur Schaffung neuer Parkzonen in Wohngebieten beigetragen, dann sage ich dazu SPÖ heute mit der Beschlusslage für die Grünen Zonen, wer hat zur Errichtung von Park-&-Rideplätzen nach hartem Ringen aber dennoch und wesentlich dazu beigetragen, natürlich die SPÖ, wer hat zu dringenden Verbesserung im öffentlichen Verkehr, trägt ständig bei seit Jahren und vor allem mit den Beschlüssen für den öffentlichen Verkehr und die Linienenerweiterung bei der Straßenbahn, die SPÖ, nur damit wir klar werden. Wenn ich hier noch am Schluss anmerke, wer der Träger dieser Veranstaltung ist, dass ich da Nein zur roten Zone, so ist das unbeschadet, dass die steirische Pendlerinitiative das macht, die Grazer Gastronomen können auch tun, was sie wollen, der Wirtschaftsbund ist durchaus nicht abgehalten, weiterhin mit Buchmann seine Tätigkeiten im eigenem Bereich voranzutreiben. Bei der Wirtschaftskammer bin ich schon im Zweifel, ob das einer überparteilichen und vor allem einer Interessensvertretung gebührt, eine Werbeaktion zu starten, die zumindest im Logo Missverwendung zumindest andeuten lässt, denn wenn mir Juristen sagen, dass das eigentlich offiziellen Charakter hätte, was hier von euch zur Verteilung kommt und eigentlich vorgegaukelt wird, dass da hier offiziell irgendwas verteilt würde, so denke ich mir, der unlautere Umfang mit dem offiziellen Logo der Stadt Graz ist zumindest sehr zweifelhaft und ich denke, urheberrechtliche Fragen tun sich auf. Aber, was mir besonders getaugt hat war, dass die Bezirksvorsteherin Ludmilla Haase, Innere Stadt, hier als Träger in Erscheinung tritt. Ich kann mich noch erinnern und es gibt einen gemeinsam getragenen Beschluss der Ludmilla Haase, Bezirksvorsteherin Graz Innere Stadt, die für eine zeitliche Ausdehnung eintritt, aus dem Jahr 2001 und in einem Schreiben an den Stadtrat Rüscher sogar darauf Bezug

nimmt, im Jahr 2003, und vehement dafür eintritt, dass dieser Bezirksratsbeschluss, dieser gemeinsame endlich umgesetzt wird. Ähnliches gilt ja auch für den Kollegen Schwarz in Geidorf, also ich bitte euch, wenn ihr so etwas verteilt, nehmt nicht sozusagen immer jene Persönlichkeiten, die in Bezirksratsbeschlüssen eigentlich angehalten werden, gemeinsame Bezirksratsbeschlüsse umzusetzen. Vielleicht ist euch das auch bewusst, wenn ihr dieses Blattl verteilt und in dem Sinne wird die SPÖ selbstverständlich diesem Stück die Zustimmung geben, weil wir für die Grünen Zonen sind (*Applaus SPÖ*).

GR. **Khull-Kholwald**: Sehr geehrter Herr Stadtrat Rüschi! Ich habe mir auch gedacht, dass Sie schon vor einem Monat hier gestanden wären und das vorgetragen haben, hätten, ich sage das nicht, um Sie zu ärgern, sondern weil ich damals am Beginn der Sitzung dagestanden bin und eine Anfrage eingebracht habe hinsichtlich zweier Buslinien. Nämlich der einen Buslinie Richtung Thal und der anderen Richtung Weinitzen, zwei Buslinien, die sich sozusagen mit dem Pendlerproblem herumschlagen müssen. Ich werde diese Buslinienanfrage jetzt nicht wiederholen, Sie können sie im Internet nachlesen. Was ich aber mit der Wortmeldung bezwecken möchte ist, um ein Modewort des heutigen Tages zu gebrauchen, es wird im Bereich des Autoverkehrs in unserer Stadt und im Bereich der Pendler/Pendlerinnen tatsächlich so etwas brauchen wie einen Paradigmenwechsel. Jetzt bin ich, Gott sei Dank, schlau genug zu wissen, dass ein Paradigma so etwas wie eine etablierte Ordnung ist und es...

Zwischenruf unverständlich

GR. **Khull-Kholwald**: Ja natürlich habe ich mich da belehren lassen, selbst generierender Autokrat bin ich noch nicht, wäre ich ja Größenwahnsinnig, wenn ich das wäre. Was ich sagen möchte, ist Folgendes: Ich möchte mit Ihnen nach der

Sommerpause diese beiden Anfragen detailliert und in Ruhe einmal diskutieren, um dieses Problem vielleicht von einer anderen Seite her aufzuzäumen, wo wir vielleicht Lösungen finden können, die relativ günstig sind und die es dann auch wirklich den Menschen ermöglichen, vielleicht auch diese Blauen und Grünen Zonen nicht mehr so dringend zu brauchen, wie wir sie zur Zeit brauchen.

GR. **Haas:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Karl-Heinz Herper hat ausgeatmet, ich muss leider für die Eggenberger Bevölkerung wieder massiv einatmen. Wie Sie wissen, die Insellösung, die für Eggenberg vorgeschlagen ist, finden wir leider sehr schlecht, speziell in der Eggenberger Bevölkerung, weil viele Punkte hier nicht berücksichtigt wurden. Zum einen ist es eine Insellösung, der Rest der gesamten Grünzone schließt unmittelbar an die Blaue an. Zum Zweiten, es gab klar Evaluierungen im Bereich der Blauen Zone, die bei der Grünen Zone Insellösung Eggenberg leider überhaupt nicht berücksichtigt wurden und was uns persönlich....

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Haas:** Das ist schön, dass wir eine haben, sie wird wahrscheinlich auch gefüllt werden, aber ich lade gerne nach Eggenberg ein und unterhaltet euch einmal mit der Eggenberger Bevölkerung.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Gerade Sie und ich sind schon dort.

GR. **Haas**: Sehr gut, wir werden uns dann gemeinsam das dort anschauen. Und was noch bedenklicher ist aus meiner Sicht basisdemokratisch, dass es an und für sich einstimmige Beschlüsse gibt im Bezirksrat in Eggenberg...

Zwischenruf GR. Gesek: Nicht einstimmig.

GR. **Haas**: Fast einstimmig, ihr habt eine Stimmenthaltung, das stimmt. Aber ihr seid zumindest so aufmerksam und wisst, was eure Kollegen da draußen machen.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Wir organisieren einen Zählkurs.

GR. **Haas**: Gut. Dann bitte ich um Korrektur, einen fast einstimmigen Beschluss, aber trotzdem Mitglieder der ÖVP haben mitgestimmt und es wurde leider dieser Beschluss überhaupt nicht berücksichtigt. Wir wollten einfach nur eine vernünftige Lösung für unseren Bezirk. Wie gesagt, es gibt Evaluierungsergebnisse, wurden nicht berücksichtigt und was auch nicht berücksichtigt wurde, dass gerade entlang dieser Grünen Zone sehr viele Häuser sind mit Bevölkerung, wo keine Parkplatzversorgung da ist und daher wird es hier zu einem Verdrängungsbewerb mit den Pendlern kommen und das ist leider schade. Ansonsten sind wir natürlich mit allen Punkten einverstanden (*Applaus SPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ein bisschen was muss ich schon zu Eggenberg sagen. Zunächst einmal einfach, Herr Gemeinderat, das klingt jetzt alles so ein bisschen dramatisch fast, was Sie sagen. Aber wenn, ich weiß nicht, ob alle hier wissen,

welche Vorschläge von Eggenberg gekommen sind, die wir dann leider nicht akzeptieren konnten und zwar ist der erste Vorschlag gewesen, Eggenberg flächendeckend zu einer Grünen Zone machen, bis zum Fürstenstand am Plabutsch oben reicht der Bezirk Eggenberg. Ich hätte mir gedacht, wenn ich das etwas salopp sage, dann hätten wir zumindest die Natur- und Bergwacht fragen sollen, ob sie die Überwachung am Fürstenstand übernimmt. Der zweite Vorschlag war dann, nachdem das von uns klar abgelehnt worden ist, es wäre ja viel zu teuer gewesen, es kostet ja auch die Überwachung was, es kostet die Aufstellung von Parkscheinautomaten etwas. Der zweite Vorschlag, der gekommen ist von Eggenberg, ok, dann machen wir gar nichts und auch das haben wir gesagt, das ist überhaupt nicht einzusehen, erstens einmal haben wir eine Verkehrsplanungsabteilung, die eben in Abstimmung selbstverständlich auch mit mir die Kriterien festgelegt haben, diese Kriterien sind in ganz Graz angewandt worden und damit ist eben diese Lösung herausgekommen, die wir vorgeschlagen haben. Ich denke mir, dass alle, die ein bisschen örtliche Erfahrung in Eggenberg haben, wissen, dass es rund um die Fachhochschule einen sehr, sehr starken Parkdruck gibt. Das wird von Bewohnerinnen, von Bewohnern, von Geschäften, auch von Leuten in der Fachhochschule selbst immer wieder klar dokumentiert und das war auch der Ansatzpunkt und wenn Sie genau schauen, dann haben wir schon in dem Beschluss im Dezember 2003 eine Parkzone vorgeschlagen für die zweite Stufe und wir haben dann auch in Abstimmung mit dem Bezirk zunächst einmal überhaupt einen Vorschlag ausgearbeitet. Also wir haben uns sehr intensiv damit befasst und wir haben leider mit den Gegenvorschlägen von Eggenberg wirklich nichts anfangen können, das möchte ich auch in aller Offenheit sagen. Selbstverständlich wären wir bereit gewesen, wenn etwa von Eggenberg der Vorschlag gekommen wäre, die eine Straße dazu, die andere weg, wie auch immer, hier im kleinräumigen Bereich Änderungen vorzunehmen, uns damit sehr intensiv auseinanderzusetzen, aber diese Vorschläge sind wirklich nicht gekommen, sodass aus meiner Sicht der jetzige Vorschlag, so wie er, hoffe ich, beschlossen wird, sehr gut begründet ist und ich denke mir, dass er dieselbe Auswirkung, auch die selben positiven Auswirkungen vor allem für die Menschen, egal ob sie dort arbeiten oder wohnen rund um die Fachhochschule, haben werden (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Potzinger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren! Erlauben Sie mir, dass ich Herrn Klubobmann Herper noch um etwas ersuche, nämlich doch den Abänderungsantrag im Tagesordnungspunkt 15 noch einmal zu überdenken. Ich denke mir, dass SPÖ doch auch etwas mit sozial zu tun hat. Ich habe Verständnis dafür, dass so mancher aus einer Neidgenossenschaftsgesinnung heraus es Kulturinteressierten nicht gönnt, am Abend ins Konzert, ins Theater zu gehen und für das Parken nicht mehr zahlen zu müssen, das sind ein paar hundert Leute in der Stadt, aber tausende Bewohnerinnen und Bewohner unserer Stadt nützen den frühen Abend, um einander zu besuchen und einander Gutes zu tun, soziale Dienste zu tun ehrenamtlich und sollen jetzt abgecasht werden? Lieber Karl-Heinz, ich nenne dir ein Beispiel, die Verkäuferin vom Interspar, die jeden Abend um 19.00 Uhr ihre Mutter in der Schönaugasse besucht, die verwitwet ist, für sie eingekauft hat, sich um sie kümmert, soll sie in Zukunft erst um 20.00 Uhr kommen oder muss Sie auf eure Initiative hin jetzt fröhlich blechen? Oder nimm die Familie aus Liebenau, die an einem lauen Sommerabend mit den Kindern auf den Schloßberg gehen will, erst ab 20.00 Uhr?

Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Unglaublich.

GRin. **Potzinger**: Ich appelliere vor allem an die Kolleginnen und Kollegen der KPÖ, wo ich weiß, dass es noch die eine oder andere Überlegung geben könnte, sich das noch einmal zu überlegen. Auch wenn die Grünen Zonen kommen, in diesen Bezirken, wo Menschen einander besuchen, soziale Kontakte leben, einander Gutes tun wollen, die sollen abkassiert werden, bitte überdenkt diesen Beschluss und canceln wir den Punkt 15. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Kolar**: Geschätzter Herr Bürgermeister (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), meine werten Kolleginnen und Kollegen! Ich bin es ja vom Herrn

Stadtrat Rüschi absolut nicht gewohnt, dass er polemisch wird und teilweise beleidigend, aber sich lustig zu machen über Vorschläge und Diskussionen, Herr Stadtrat, die in ernster Form bei uns im Bezirk geführt wurden, ob das letztendlich im Bezirksrat war oder ob das letztendlich in der Bevölkerung war, da bitte ich Sie, auch das letztendlich so anzunehmen und nicht mit diesen lustigen Bemerkungen da so oberflächlich drüberzufahren. Es hat eine Vielzahl von Gesprächen gegeben und Überlegungen und auch in der letzten Zeit, Herr Stadtrat, Sie waren davon informiert, haben wir versucht, noch eine Lösung in Eggenberg herbeizuführen, indem wir mit den Experten, die hier in der Stadt dafür zuständig sind, dem Herrn Dipl.-Ing. Fischer und seinen Kollegen und andere haben wir eingeladen, um hier letztendlich auch eine Lösung für diese Inselform, die in Eggenberg angedacht wurde, darzulegen und Vorschläge mit einzubringen. Es hat einen konkreten letztendlichen Vorschlag von unserer Seite her gegeben, der jetzt endlich auch von unseren Mitgliedern im Ausschuss miteingebracht wurde, nämlich es ist um diesen Vorschlag gegangen, Herr Stadtrat, dass wir diese Grüne Zone letztendlich aussetzen wollten, bis die ersten Evaluierungsberichte letztendlich da sind und aus diesen Evaluierungsberichten, aus diesen Erfahrungen und Erkenntnissen in Eggenberg letztendlich dann eine Lösung suchen wollten. Und auch noch ein kurzes Wort, ich bin gleich fertig, zur Bezirksdemokratie. Es ist, glaube ich, nicht so relevant, ob jetzt alle von der ÖVP so eindeutig die Hand gehoben haben. Es ist vielleicht auch nicht so relevant, dass die Kommunisten hier dagegen gestimmt haben, es ist vielleicht auch nicht so relevant, dass die Grünen, die auch immer so sehr von Basisdemokratie reden und von letztendlich diesen Dingen, dass man darauf schauen soll, was in der Bezirksdemokratie stattfindet, dass man das hier auch im Gemeinderat ernst nehmen will und soll. Das ist alles nicht passiert, meine Damen und Herren, und ich glaube, da sollten Sie sich selbst bei der Nase nehmen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Eichberger**: Wir haben noch Zeit und wir können diskutieren, wir haben es nicht vorgehabt, aber wenn die Kollegin Potzinger, nachdem wir heute im Ausschuss wirklich zu einem Ergebnis gekommen sind, heute um 22.30 Uhr hergeht und sagt, die SPÖ soll sich das überlegen und appelliert an unser soziales Gewissen und an

unser Verständnis für die armen Leute, die ins Theater gehen, also dann muss man darauf was sagen. Ich meine, dass ihr intern einen Streit habt anscheinend, einerseits mit eurem noch verantwortlichen Landesrat Buchmann und dass ihr auch ein Problem möglicherweise habt mit der Vorgangsweise eures zuständigen Referenten Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüschi ist an sich eine familieninterne Angelegenheit und sollte das an und für sich berühren. Aber nur, wenn zum Teil mit solchen Aktionen gearbeitet wird und letztendlich und ich darf jetzt nur einige Dinge schon zitieren, damit wir auch wissen, wovon wir reden und dass wir nicht so tun, die gute ÖVP, die jetzt auf einmal hier für diese Aktionen eintritt und auf einmal die großen Befürworter sind der armen Gasthausbesucher und der armen kulturinteressierten Leute, darf ich ganz kurz einmal nur vorlesen, hört einmal gut zu und dann machen wir ein kleines Ratespiel, wer das geschrieben haben könnte: Für die Bezirksbewohner mit Ausnahmegewilligungen für das zeitlich unbegrenzte Parken in den Kurzparkzonen wird es in letzter Zeit immer schwieriger, in den Abendstunden einen freien Parkplatz in der Nähe ihrer Wohnung zu finden. Die zahlreichen Gaststätten und das kulturelle Angebot in unserem Bezirk verlockt immer mehr Besucher, länger in unserem Bezirk zu verweilen und ihr Auto in der Kurzparkzone stehen zu lassen. Die Bewohner, die erst nach 18.30 Uhr in den Abendstunden mit ihrem Auto nach Hause kommen, finden nur mehr vollbelegte Kurzparkzonen. Das ist das Schreiben eurer Bezirksvorsteherin Ludmilla Haase in der Bezirksratssitzung mit dem Ersuchen an den Bezirksvorsteher, einen entsprechenden Antrag an den Magistrat Graz einzubringen, dass die Kurzparkzonenverlängerung auf 21.00 Uhr sogar ausgedehnt wird. Und nachdem der damalige Referent vielleicht nicht so reagiert hat (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungslocke*), hat die Kollegin noch einmal urgiert im Jahr 2003 und extra darauf hingewiesen, sogar im eigenen Klub ist sie vorstellig geworden, im ÖVP-Clubraum und hat gebeten um die Verlängerung. Und wenn ich heute die Kleine Zeitung lese, mit welcher Verwunderung war ein Bericht heute über den Bezirk Jakomini drinnen und wie Sie ja wissen, ist dort momentan Bezirksvorsteher Kraxner, der der ÖVP zuzuordnen ist, hier genannt und was lese ich hier zum Thema Verkehr wünscht er sich ausdrücklich die Ausweitung der gebührenpflichtigen Parkzonen. Das sind nur zwei Beispiele und Klubobmann Herper hat es ja schon kundgetan, dass der Kollege Schwarz und auch die Kollegin Zöhrer in ihren Bezirken ebenfalls entsprechende Anträge gestellt haben. Das heißt, ich frage mich schon, was haltet

ihr von euren Bezirksratskolleginnen und -kollegen, die hier zum Wohle der Grazerinnen und Grazer, und liebe Kolleginnen und Kollegen und Kollegen der ÖVP auch eines, vielleicht ist es Euch entgangen, 12.500 Grazerinnen und Grazer haben zur Zeit eine Ausnahmegenehmigung, zahlen dafür und haben das Problem, sehr viele auf Grund der geänderten Öffnungszeiten, auf Grund des Einkaufsverhaltens und, und, und, dass sie, wenn sie nach Hause kommen, keinen Parkplatz mehr finden, sie eine Ausnahmegenehmigung haben, die jetzt in den Abendstunden ihnen keinen freien Parkplatz mehr bietet. Und liebe Freunde, wenn Ihr uns schon nicht glaubt, dass das eine sinnvolle Maßnahmen ist für die Grazerinnen und Grazer, dann glaubt es wenigstens den Beamten eures zuständigen Stadtsenatsreferenten Dr. Rüscher, wo zum Beispiel ein Dipl.-Ing. Fischer, und ich nehme ja nicht an, dass irgendjemand auf die Idee kommt, dass der uns nahe steht, die Sinnhaftigkeit dieser Verlängerung, das ein Herr Dipl.-Ing. Fischer erst vor kurzem erklärt hat, dass die Evaluierungen und Ergebnisse dieser Untersuchungen sehr wohl für die Ausdehnung auf 20.00 Uhr hier einfach richtig sind. Und wenn die Kollegin Potzinger da ganz toll herausgeht und von der großen Abzocke und von dem Trauerspiel und auch von dieser Kampagne, dass wir, und das ist ja eine Sauerei in sich, dass ihr uns vorwerft, euch zu erpressen, wo euer Referent selber einmal in einem Entwurf, es war nicht der letzte, es war vielleicht der drittvorletzte, selber diese 20.00-Uhr-Regelung drinnen gehabt hat, dann von einer politischen Erpressung zu sprechen, ist natürlich ein starkes Stück. Aber ich zitiere, damit das euch ein bisschen aufgeht auch das Bild eurer eigenen Freunde in eurer eigenen Partei, habe ich hier einen anderen Brief: Ohne entsprechende vernünftige Lenkungsmaßnahmen ist die logistische Herausforderung Verkehr in unserer Mobilitätsgesellschaft nicht bewältigbar. Und Parkraumbewirtschaftung als reine Abzocke zu bezeichnen ist unzulässig, das Wörter und Zeilen eines Stadtrates Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüscher, datiert vom 26. Juni, an den Nationalrat Dr. Günther Kräuter und an den Vizebürgermeister Gerald Murasitz. Also hier von einer Abzocke zu sprechen, wenn man für Parkraumbewirtschaftung etwas verlangt....

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Eichberger**: Ja, das ist genau dieser Herr, dann muss ich schon einiges sagen, dann unterhaltet euch einmal mit Eurem Referenten, aber fangt nicht an da irgendein Dilemma zu produzieren, was überhaupt nicht notwendig ist, nehmt einfach zur Kenntnis, es gibt Mehrheiten und die ÖVP ist halt das eine oder andere Mal, manchmal öfter, ein anderes Mal weniger oft, auf der falschen Seite, ihr vertretet die Interessen der Falschen, muss ich dazu sagen, weil es gibt auch Gastwirte und ich denke hier speziell an Gastwirte, auch in den Randbezirken der Innenstadt, die sehr wohl für die Ausdehnung auf 20.00 Uhr oder sogar auf 21.00 Uhr sind. Also besinnt euch eures Auftrages, Grazerinnen und Grazer mit Ausnahmegenehmigung werden euch das danken, das eure Interessen momentan den PendlerInnen und BesucherInnen gelten, soll eure Angelegenheit sein, die SPÖ ist für die Grazer Bevölkerung gewählt und nimmt auch diesen Auftrag sehr ernst und deshalb bleibt sie auch bei dieser Regelung 20.00 Uhr (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat Eichberger, ich glaube, es ist einmal ganz wichtig zu sagen, dass jede Fraktion die Möglichkeit hat, das was sie selbst empfindet und was sie für richtig hält, auch auszusprechen. Und wenn die Grazer Volkspartei klar sagt, dass sie gegen eine Ausweitung, nämlich flächendeckend bis 20.00 Uhr, ist, wo wir wieder eine Vorreiterrolle in ganz Österreich dann spielen müssen, und zwar auch ohne Parkdruck, dann halten wir das für das falsche Konzept und wir vertreten in diesem Fall sehr viele Menschen und ich würde, wenn schon ein paar Artikel zitiert werden, einmal eine kleine Umfrage machen, was die Grazerinnen und Grazer in Summe davon halten, weil sie durchaus schon mitbekommen haben, dass das Besuchen von a nach b sie in Zukunft etwas kosten wird und zwar unabhängig vom Parkdruck, der dort entsteht oder nicht. Wir haben uns sogar bis zu 21.00 Uhr bekannt, wenn der Parkdruck wirklich da ist und am Bahnhof sogar darüber hinaus. Aber so Vorschläge, die nur aus einer Bezirksratsicht kommen oder aus der Sicht von Graz-Umgebung oder sonst wo her und da gibt es durchaus unterschiedliche Ansichten, auch in eurer eigenen Fraktion, weil die andern wollen es gar nicht und die anderen wollen es überall etc. Wenn wir so Verkehrspolitik in Graz machen, dann nehmen wir den Auftrag, den wir hier haben, nicht wahr. Es ist natürlich klar, gerade in der Verkehrspolitik, dass es Wünsche aus der Bezirkssicht

gibt, die wir aber als Stadtregierung und als Gemeinderat in Summe zu sehen haben. Und deswegen glaube ich, dass es einfach besser gewesen wäre, jetzt einmal vorweg überhaupt Alternativen anzubieten, wir haben uns für diesen Weg in Summe entschieden, weil Gerhard Rüschi ihn auch vorgeschlagen hat, nämlich bei dem Verkehrsaufkommen und bei den Fahrzeugen, die wir schon haben, ein Lenkungskriterium auch einzuführen. Selbstverständlich wissen wir, dass die Bewohnerinnen und Bewohner ganz froh sind, dass sie den Parkplatz vor der eigenen Tür finden, aber das Aufwachen wird kommen, wenn sie sich abends vielleicht mit diesem Auto innerhalb des Stadtgebietes dann auch bewegen und dann wird es durchaus vorkommen, dass Menschen, die ihre Mutter besuchen wollen und junge Menschen, die vielleicht einmal ins Kino gehen etc. jetzt zur Kasse gebeten werden und zwar flächendeckend, weil ihr das so haben wolltet in den Blauen Zonen, in den Grünen Zonen und das halten wir für falsch. Noch einmal, wir haben, und da gib es durchaus Ansichten auch bei uns in den Bezirken, die sagen, ich entscheide jetzt nur für den, der da wohnt, aber letzten Endes haben wir gemeinsam in der ÖVP und zwar ohne Zwist, einmal zugehört und wir hören ganz gerne zu, auch einem Wirtschaftsflügel, weil es gibt sehr, sehr viele Unternehmungen und da geht es wieder um sehr viele Arbeitsplätze. Mich wundert schon, es gibt Pendlerinitiativen, es gibt eine Arbeiterkammer etc, da haben sich manche auch nicht zu Wort gemeldet. Es geht um Arbeitsplätze, auch in diesem Fall und wenn dann noch von außen so nette Empfehlungen kommen, sucht Graz gar nicht mehr auf, da wird wieder abgezockt und vieles mehr, dann muss man das sagen. Ich glaube, dass wir die Arbeitsplätze mit einer solchen Maßnahme gefährden und dass wir letzten Endes auch viele Grazerinnen und Grazer damit bestrafen werden, indem sie halt einen Euro oder ich weiß nicht, wie viel es jetzt genau ist, 1.20, je nachdem, wie lange sie dann stehen werden, dort mehr zu bezahlen haben und deswegen will meine Fraktion in diesem Punkt 15) letztendlich auch nicht mitstimmen. Sonst freuen wir uns, dass wieder ein toller Schritt gelungen ist und um mehr oder weniger geht es gar nicht und es wird alle treffen (*Applaus ÖVP*)

GR. Lozinsek: Lieber Herr Bürgermeister, du hast mich jetzt zu einer Wortmeldung provoziert, es tut mir leid, ich wollte die Sache nicht aufhalten, aber wenn man jetzt

die Gebührenregelung generell als arbeitsplatzgefährdend heranzieht, dann muss man sie generell in Frage stellen und uns überlegen, ob wir das machen wollen oder nicht machen wollen. Weil eines hast du vergessen zu erwähnen, im Uni-Viertel haben wir jetzt eine 21.00-Uhr-Regelung, was ist dort mit der Oma oder mit der Mama, wenn ich die besuchen möchte? Die wird auf 20.00 Uhr heruntergesetzt, das heißt, da kann ich eine Stunde früher meine Oma besuchen gehen und meine sozialen Kontakte pflegen und Gebühren zahlen.

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Ich glaube, es wird bald eine Beschlussfassung erfolgen. Ich bin Prophet, der hoffentlich Recht hat. 15 Punkte, einer mehr als die Handschrift von Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Rüschi eigentlich geplant hat. Ich möchte nicht debattenverlängernd wirken...

Zwischenruf GRin. Edlinger: Warum tust du es dann?

Dr. **Piffli-Percevic**: ..ich möchte auch nicht, eben Karl Valentin zitierend, sagen, es wurde eh schon alles gesagt, nur noch nicht von mir. Ich möchte nur einen Gedanken schnell zum Ausdruck bringen, der einem einfach heute nicht aus dem Sinn kommt. Max Weber, der berühmte Politikwissenschaftler und Philosoph hat offensichtlich schon vorab Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüschi charakterisiert. In seinem Werk...

Zwischenruf GRin. Edlinger: So alt ist Dipl.-Ing. Rüschi noch gar nicht.

Dr. **Piffli-Percevic**: In seinem Werk im Jahre 1919...

Zwischenruf unverständlich.

Dr. **Piffli-Percevic**: Wieso nimmst du mir meine ganzen Zitate vorweg? Das langsame Bohren harter... das Gegenteil davon das ist das alles, was Gerhard Rüschi nicht ist, das Gegenteil ist der, das Bohren harter Bretter, der Dünnbrettbohrer, das ist der Antagonist von Max Weber.

Zwischenruf GR. Dipl.-Ing. Dr. Getzinger: Nein von Gerhard Rüschi.

Dr. **Piffli-Percevic**: Das Gegenteil dessen, was ich mir erlaube, kurz zu sagen, das ist Gerhard Rüschi.

Zwischenruf GR. Herper: Er ist ein Dünnbrettbohrer.

Dr. **Piffli-Percevic**: Eben nicht, denn, das wirst du jetzt gleich sehen, denn der Dünnbrettbohrer ist dadurch charakterisiert, dass er Schwieriges vermeidet, dass er wenig intelligent ist, beileibe und bei Gott nicht. Der Dünnbrettbohrer ist auch einer, der wenig anspruchsvoll ist, ich meine, Gerhard Rüschi ist wirklich anspruchsvoll, wenn er erwartet, dass wir 14 Punkte hier einstimmig beschließen. Wenn ich noch einmal prophetisch bin, ich glaube, das werden wir sogar schaffen. Er ist sogar sehr

anspruchsvoll, wir können da gerade noch mithalten. Der Dünnbrettbohrer wäre auch jemand, der es sich einfach macht, der es sich bequem macht, er ist das alles nicht. Der Dünnbrettbohrer ist jemand, der Arbeit scheut, auch nicht Gerhard Rüschi und schon gar nicht jemand, der den Weg des geringsten Widerstandes geht. Also Gerhard Rüschi ist die Antithese des Dünnbrettbohrers, er ist die Erfüllung der Max Weber'schen Prophezeiung (*allgemeiner Applaus*). Aber bitte wir haben die Rollen gar nicht verteilt, als Souffleure seid ihr hervorragend, ich engagiere euch und ich danke dafür. Und mein Appell, den ich im Finanzausschuss schon mir erlaubt habe an Sie, an die dort Anwesenden zu richten, ich wünsche uns ebenso viel Sorgfalt, Akribie und Nachhaltigkeit bei der Umsetzung dieses Beschlusses...

Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Das wird Rüschi schon machen.

Dr. **Piffl-Percevic**: Herr Vizebürgermeister, mit Verlaub, das ist der falsche Weg, nicht er soll es machen, wir sind jetzt gefordert (*Applaus ÖVP*), die Vorarbeiten hat er gemeinsam mit allen Mitarbeitern,....

Zwischenruf GR. Herper: Er ist kein Dünnbrettbohrer.

Dr. **Piffl-Percevic**: ...die ich ausdrücklich hervorheben möchte, ich hoffe, dass auch in eurem Namen nochmals tun zu können. Der herzliche Dank an alle, die einen langen Atem haben, denn wenn man ausatmen will, lieber Karl-Heinz, muss man zuerst einatmen und man darf dann auch nicht hyperventilieren, das tun nämlich auch einige und Gott sei Dank haben wir mit dem Heinz einen guten Internisten, der auch das kontrollierend begleitet. Bevor der Heinz jetzt endgültig eingreifen muss, schliesse ich meine Bemerkungen mit dem nochmaligem Dank und mit dem Wunsch

auf viel Kraft für die gemeinsame Bewältigung der Mühen der Ebenen der Blauen und Grünen Zonen (*allgemeiner Applaus*).

Zwischenruf GR. Herper: Und ein abschließendes Gut Holz.

Die Punkte 1) bis 14) der Tagesordnung wurden einstimmig angenommen.

Der Punkt 15) der Tagesordnung wurde mit Mehrheit angenommen.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüsç übernimmt um 23.05 Uhr den Vorsitz.

Berichterstatter: StR. Eisel-Eiselsberg

37) A 13 – K 2/2004/1

„Sachprogramm Sport“
Grundlage für kommunale Ent-
scheidungen

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates! Der Gemeinderat hat beschlossen, dass wir ein Sachprogramm Sport ausarbeiten, in dem die Ziele der städtischen Sportpolitik formuliert werden und darauf aufbauend auch Kriterien für die Vergabe von Subventionen festgelegt werden. Wir haben dazu einen Sportfachbeirat eingerichtet, in dem alle politischen Parteien, vornehmlich eben die SportsprecherInnen, Funktionäre der Grazer Sportvereine, natürlich auch aktive SportlerInnen, Vertreter des Versehrtensports, Institut für Sportwissenschaften, der Sportmedizin sowie des Schulsports eingeladen waren, ihre Beiträge einzubringen. Insbesondere hat man sich darauf geeinigt, sich vier Hauptbereichen zu widmen, nämlich der Grazer

Vereinslandschaft, dem Schulsport, den Sportstätten und der Infrastruktur und den Sportveranstaltungen. Hier galt es nicht nur, den Status quo zu erheben, sondern natürlich auch Verbesserungsvorschläge auszuarbeiten und auch Gewichtungen und Prioritäten zu setzen. Dieser Sportfachbeirat hat in sechs Arbeitssitzungen Empfehlungen formuliert, die in diesem Sachprogramm nunmehr enthalten sind. Es geht in erster Linie darum, die Grundziele festzuhalten und da geht es dem Sportfachbeirat, und ich denke auch dem Gemeinderat, darum, auch ein verstärktes Bewusstsein für den Sport zu schaffen, noch mehr Kinder und Jugendliche zum Breitensport zu bringen, selbstverständlich auch Leistungs- und Spitzensport zu ermöglichen, den Behindertensport und Versehrten sport ebenfalls zu unterstützen, ein besonderes Anliegen, keine Frage, Sportserviceangebote für Mädchen und Frauen weiter zu verbessern und ich denke, der Weg, den Graz hier beschritten hat, ist durchaus anerkannt und vorbildlich. Wenn unser Magistratsdirektor unsere Initiativen in Bilbao präsentieren kann und dort viel Wertschätzung erfährt, dann glaube ich, sind wir auf dem richtigen Weg. Es geht aber auch darum, Synergien zwischen den Vereinen zu verbessern, zu ermöglichen und Kooperationen zu fördern. Die Kriterien nach denen zukünftig die Subventionen vergeben werden sollen, decken sich eigentlich im Wesentlichen mit der bisherigen Vorgangsweise des Sportressorts, es ist unser größtes Anliegen, den Kinder- und Jugendsport besonders zu unterstützen. Natürlich, wie erwähnt, den Leistungssport auch für Jugendliche zu ermöglichen, den Breitensport zu fördern, soziale Aspekte hier nicht außer Acht zu lassen, diesen Punkt, wenn man eine Priorität vornehmen will, hätte ich vorher sagen müssen, da hat es eine Verwechslung gegeben, aber es soll in unserer Stadt auch Spitzensport möglich sein und einfach auch für Vorbilder in unserer Stadt sorgen. Ein großes Anliegen ist es uns, die Kooperationen zwischen Schule und Sport zu verbessern und hier Vereine und Schulen zueinander zu führen, letztlich mit dem Ziel, dass Schülerinnen und Schüler hier Begeisterung finden in den verschiedensten Sportarten und ihren Neigungen dann in Vereinen weiter nachgehen können. Bei den Sportstätten brauche ich nicht viel erzählen, wir wissen alle, dass hier einiges an Nachholbedarf besteht, es ist aber auch wichtig, dass wir bei Siedlungsneubauten Freiflächen für Zwecke der Bewegung und des Sports rechtzeitig sichern und in jenen Wohngebieten, wo es solche Flächen gibt, diese nachhaltig sicherstellen. Drei bis vier Projekte möchte ich hervorheben, Bad Eggenberg ist in diesem Hause unbestritten und ich denke allgemein ein wichtiges

Vorhaben, ich hoffe, dass wir hier bald in die Umsetzungsphase beziehungsweise in die Detailplanungsphase kommen können, das angedachte Ziel eines Sportclusters ist fortzusetzen im Einvernehmen mit dem Land, um die Grazer Sportstätten endlich einmal weitestgehend auf einen mitteleuropäischen Standard zu bringen und eine Ballsporthalle mit internationalen Ausmaßen, die es in Graz leider noch immer nicht gibt, sollten wir auch mit Nachdruck einfordern und umzusetzen versuchen. Auch Sportveranstaltungen, so die Meinung des Sportfachbeirates, müssen in dieser Stadt Platz haben, auch insbesondere die Vielzahl an kleineren Veranstaltungen, wie steirische oder österreichische Meisterschaften und auch internationale Wettkämpfe in weniger populären Sportarten und sogenannten Randsportarten sind aus unserer Sicht zu unterstützen. Sie sind eine wichtige Plattform nicht nur der Funktionäre, die diese Veranstaltungen organisieren, sondern natürlich auch für die lokalen Sportidole, die hier ebenso eine Plattform finden. Es ist uns aber klar, dass bei insgesamt weniger zur Verfügung stehenden Mitteln hier auch eine Konzentration notwendig ist, dazu stehen wir auch und diese Konzentration sehen wir in erster Linie auf jene Veranstaltungen, die einerseits eine besondere Außenwirkung für die Stadt Graz haben und idealerweise auf der anderen Seite auch eine rege aktive Teilnahme von Grazerinnen und Grazern ermöglichen. Soweit die Empfehlungen dieses Sachprogramms, ich möchte hinzufügen, natürlich sind für diese Maßnahmen auch Budgetmittel notwendig. Das Sportamt der Stadt Graz ist nicht nur das kleinste Sportamt Österreichs, es hat im Vergleich zur Stadt Kapfenberg auch nur ein Fünftel des Budgets, in der Relation zum Gesamtbudget der Stadt Kapfenberg. Und wenn heute die Kollegin Kaltenbeck-Michl den Stellenwert der Sozialpolitik betont hat, dann stelle ich das gar nicht in Frage, ich denke aber auch, dass alle Bereiche, die der Prävention dienen, einen zumindest ebenso großen Stellenwert haben und da denke ich an Kultur genauso wie an Bildung und Ausbildung, ich denke auch an eine positive Jugendpolitik für unter Führungszeichen, ganz „normale“ Jugendliche und nicht nur an die Reparatur, die notwendig ist und unumstritten ist und ich denke da natürlich auch an den Sport. Und wenn wir, und das haben wir im Ausschuss auch gehört, Thomas Rajakovics hat es angesprochen, wenn wir mit einer einzigen Tagsatzerhöhung für die Heimunterbringung in etwa gleich viel Geld ausgeben, wie das gesamte Sportbudget eines Jahres umfasst, dann wissen wir auch, dass wir hier aufpassen müssen, dass uns die Pflichtleistungen nicht rascher überrollen, als uns lieb ist und wir für Ermessensleistungen, wie ich denke, positive

Ermessensleistungen überhaupt keine Budgetmittel mehr haben. Ich möchte abschließend allen Mitwirkenden im Sportfachbeirat sehr herzlich danken für die aktive und engagierte Mitarbeit bei der Erarbeitung dieses Programms und ich freue mich auch, dass mit diesem Beirat erstmals ein Gremium geschaffen wurde, das sich Fragen des Sports in dieser Stadt annimmt und es ist für mich unbestritten, dass wir nicht nur anlassbezogen, wenn aktuelle Themen zu diskutieren sind, diesen Sportfachbeirat wiederum einberufen werden, sondern zumindest einmal im Jahr die aktuelle Situation des Sports in Graz weiterdiskutieren werden. Bitte um Annahme dieses Sachprogramms (*Applaus ÖVP*).

Der Berichterstatter stellt namens des Kultur- und Sportausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Das Sachprogramm Sport wird zustimmend zur Kenntnis genommen und soll Grundlage für kommunale Entscheidungen in der Sportförderung sein.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: GRin. Mag. Bauer

45) A 15/8936/2005

Wirtschaftsstrategie 2003 – 2008:
Evaluierung und Anpassung

Mag. **Bauer**: Es liegt vor eine neue Wirtschaftsstrategie. Es geht hier um eine Evaluierung und Anpassung. Werte Kolleginnen und Kollegen, wir haben ja vom damaligen Wirtschaftsstadtrat Buchmann eine Wirtschaftsstrategie vorgelegt erhalten. In dieser Wirtschaftsstrategie hat es sehr, sehr viele Diskussionen gegeben, bin sehr, sehr dankbar, dass der Herr Stadtrat Eisel-Eiselsberg es zum Anlass genommen hat, die damals vorgelegte Wirtschaftsstrategie für diese Periode zu evaluieren und zu adaptieren. In diesem Prozess haben Plattformveranstaltungen stattgefunden, aber auch der Auftrag, der erteilt wurde an die Firma Convelop und Joanneum Research. Insbesondere weil es ja nichtsdestotrotz immer wieder

verändernde Einflussfaktoren auf die Wirtschaft gibt. Es hat im Ausschuss eine sehr, sehr spannende Diskussion, aber auch Präsentation gegeben über die Ergebnisse und ich möchte sie hier im Motivenbericht ergänzend berichten, weil auch im Ausschuss insbesondere darauf eingegangen wurde, dass die Präsentationsunterlagen auch in Ergänzung zum Motivenbericht gesehen wurden. Wie Sie ja wissen, ist das Wirtschaftsbudget ein weiteres und umfasste einige Felder, wie beispielsweise den Tourismus. Dem Tourismus kommen 64 % des Grazer Budgets, des städtischen Budgets zugute, dem Handelsmarketing, ist ja Ihnen und uns allen nicht unbekannt, 19 % des Wirtschaftsbudgets, 3 % werden für Wissenstransfers verwendet, 5 % leider nur für Standortentwicklung, 1 % fließt in das Globalbudget und 8 % in die Serviceorientierung. Wie haben auch die Evaluatoren, die Wirtschaftsstrategie und die Verteilung des Budgets gesehen? Aus dem Tourismusbudget profitieren oder wer sind die Profiteure des großen Anteils, ja das sind im Wesentlichen natürlich die großen Hoteliers, wobei auch, und ich bin positiv überrascht auch über die klaren Worte des Evaluators gewesen, dass eben genau hier die Eigenverantwortung auch der großen Hoteliers durchaus herangezogen werden kann, denn sie sind genau diejenigen, die auch für sich selbst etwas beitragen können. Etwas, was mir noch besonders aufgefallen ist, ja wer sind denn sonst noch die Nutzer oder Nutzerinnen vielleicht oder Profiteure des Tourismusbudgets, das ist das Grazer Umland. Das heißt auch, hier erbringt die Stadt Graz Leistungen, die nicht dem Grazer Tourismus zugute kommen, sondern auch darüber hinausgehen. Und hier ist es natürlich auch spannend, auch in Zukunft gilt es ja abzuwägen, wie sind die Rückflüsse beziehungsweise wie findet die Wechselwirkung Graz und Umland statt. Ja, wie schaut es aus mit der Gesamteinschätzung? Es hat auch hier kritische Bemerkungen der Evaluatoren gegeben, dass es in Summe zwar ein gängiges städtisches Portfolio ist, aber in Summe ein sehr wenig innovatives Instrumentarium und dass ein zu hohes Gewicht auf marktorientierte Maßnahmen gesetzt wird und hier, wenn man in Summe marketingorientierte Maßnahmen sieht, dann ist das Handelsmarketing als auch das Tourismusmarketing. Als besondere Lücken wurden herauskristallisiert, dass thematische Standortentwicklungen fehlen und die Stimulierung innovativer Milieus vorangetrieben werden sollte. Ja wie schaut es aus mit der Empfehlung? Mit der Empfehlung zur Wirtschaftsstrategie, weiter im Konkreten der Marketingförderungsbeitrag, hier lautet die Empfehlung, dass die Stadt Graz einen

Rückzug antreten soll aus der Förderung eines branchenspezifischen Marketings, das heißt auch die Degression der Förderung durch die öffentliche Hand, des weiteren auch eine Weiterentwicklung der Standortentwicklung, ich glaube, dass wir auch hier alle schon insbesondere an die GBG denken. In einzelnen Ausschüssen wurden einzelne Verstärkungen, Strategien schon präsentiert, ich denke, dass man hier schon auf einem sehr guten Weg ist, aber auch themenorientierte Ansätze sind insbesondere zu stärken, auch im Grazer Westen. Wie schaut es noch aus mit den Lücken und da freue ich mich auch, das ist etwas was die Stimulierung, wie es heißt im wirtschaftswissenschaftlichen Jargon, innovative Milieus, das heißt, junge gut qualifizierte Personen nach Graz zu locken oder zu halten oder auch junge Forscherinnen und Forscher präsentieren zu lassen. Ich darf auch vielleicht darauf verweisen, dass es hier natürlich auch schon, und das haben wir auch im Ausschuss diskutiert oder ich habe es angeführt, dass ich eine Initiative eingebracht habe, die heißt „BotschafterInnen in Graz und für Graz“, das deckt sich insbesondere sehr gut mit der Evaluierung und Stimulierung des innovativen Milieus. Die Evaluierung hat eine sehr klare Sprache gesprochen, das heißt, von den ursprünglich präsentierten 5 Kernstrategien, wo die Diskussionen hier im Gemeinderat in den Ausschüssen sehr divergierend waren und das nicht einfach war, eine entsprechende Mehrheit damals zu finden, finden sich jetzt wieder auf drei Strategieebenen, wo es heißt, jetzt eine Basisstrategie, ich denke, dass darunter auch eine Stärkung und da insbesondere eine Stärkung der Tätigkeiten des Amtes darunter zu verstehen ist, das kreative innovative Milieu zu stärken und die Standortentwicklung weiterzutreiben. Die Diskussion hat intensiv stattgefunden im Ausschuss, hat auch eine dementsprechend einstimmige Zustimmung gefunden, auch um Annahme hier im Ausschuss wird ersucht (*Applaus SPÖ*).

Ich freue mich sehr als Berichterstatterin, hier darf ich dann als Gemeinderätin eine Wortmeldung anbringen, ich freue mich sehr über den erkennbaren Strategie- und Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik in Graz (*Applaus SPÖ*).

Die Berichterstatterin stellt namens des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Wissenschaft den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der vorstehende Bericht über die Anpassung der Wirtschaftsstrategie wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Ich möchte jetzt wirklich nicht die ganzen Ergebnisse noch einmal wiederholen, das wurde sehr ausführlich gemacht. Ich glaube, auch sehr flüssig dargelegt. Einige Anmerkungen muss ich trotzdem machen. Um nicht etwas im Raum stehen zu lassen, was nicht ganz deutlich ausgesprochen wurde, was aber mitgeschwungen hat. Der Kollege Buchmann hat zweifelsohne seine Wirtschaftsstrategien mit den fünf Kernstrategien seinerzeit vorgelegt, diskutiert und beschlossen wurden sie im Gemeinderat und schon dort war ganz klar, dass es eine Evaluierung geben wird und dass das kein starrer abgeschlossener Prozess ist, sondern ein laufender Prozess ist. Das heißt, die Evaluierung habe ich nicht in Auftrag gegeben, die ist bereits gelaufen, wie ich im November das Ressort übernommen habe, aber ich habe sie sehr gerne mit den bereits handelnden Personen fortgeführt und auch nicht in irgendeiner Form beeinflusst, sondern sie ist natürlich unser Anliegen, dass wir das kritisch durchleuchten, was wir tun und dass wir daraus auch die richtigen Schlüsse ziehen und die richtigen Maßnahmen ableiten. Die Empfehlungen der Firma Convelop und Joanneum Research sind nicht die drei genannten, die jetzt die drei strategischen Ebenen sind, sondern die Empfehlungen lauteten, die Fortführung der Wirtschaftsplattform als wichtiges Abstimmungsforum, die Wirtschaftsplattform ist ein Gremium, in dem alle Akteure, die im Bereich Wirtschaft und Tourismus in der Stadt Graz tätig sind, zusammenkommen, um die Budgets gegenseitig abzustimmen, um die Maßnahmen abzustimmen, um keine Parallelitäten zu erlauben und bestmöglich Synergien zu nutzen. Eine weitere Empfehlung lautete, die schrittweise Erweiterung dieser Wirtschaftsplattform oder eine differenzierte Erweiterung und eine verstärkte Information an den Gemeinderat wie in der Strategie insgesamt vorzusehen. Diese Wirtschaftsplattform hat auf Grund der Ergebnisse der Evaluierung die drei erwähnten neuen Strategieebenen formuliert, nämlich das kreative, innovative Milieu schaffen, die Standortentwicklung, hier hat der Gemeinderat bereits eine Weichenstellung vorgenommen mit einem Beschluss, hier ein besonders Aktivitätsfeld bei der GBG anzusiedeln und die Basisstrategien, die wir einfach so

sehen, dass alle Akteure, die in diesem Bereich tätig sind, gewisse Aufgaben ohnedies zu erbringen haben im Sinne einer Serviceorientierung und vieles mehr. Unabhängig von dieser Anpassung der Wirtschaftsstrategie muss ich noch einige Anmerkungen machen. Meine Damen und Herren, in Graz sind in fast 10.000 Unternehmen, annähernd 100.000 Mitarbeiter beschäftigt, 85 Millionen Euro werden im Jahr an Kommunalsteuer in etwa eingenommen, das sind immerhin 12 % unserer ordentlichen Gebarung, 0,7 % wiederum der ordentlichen Gebarung umfasst das Budget, von dem wir jetzt hier gesprochen haben, das Arbeitsbudget. Zu Recht ist es auch ein, glaube ich, Ziel dieses Gemeinderates, dass wir in unserer Stadt Arbeitbeschäftigung ermöglichen und damit auch Einnahmen für die Stadt lukrieren können. Besonders der Kollege Riedler betont es ja immer wieder und bei diversen Zusammenkünften und Diskussionen ist eine seiner ersten Fragen immer, wie viele Arbeitsplätze werden sie schaffen, wie vielen Menschen werden sie Arbeit geben. Aus gutem Grund, wie ich meine, fragt er das nach. Und durchschnittlich ist ein Arbeitsplatz in Graz 1000 Euro wert, das sollten wir nicht aus den Augen verlieren, darum ist es wichtig, dass wir die richtigen Weichenstellungen vornehmen und die Rahmenbedingungen schaffen, damit Unternehmer in unserer Stadt arbeiten können, wirtschaften können, auch erfolgreich wirtschaften können und Arbeitsplätze schaffen können. Und es ist wichtig, wie es jetzt auch vorgesehen ist, in zukunftsweisende und nachhaltige Branchen und Bereichen besonders zu investieren, um hier wettbewerbsfähig zu bleiben. Ganz allgemein ist es aber wichtig, in unserer Stadt ein Klima und eine Atmosphäre zu schaffen, die Arbeitgebern das Gefühl vermittelt, in dieser Stadt willkommen zu sein. Da geht's insbesondere um jene, die bereits hier sind und vielleicht einmal expandieren wollen, aber es geht natürlich auch um jene, die wir hier ansiedeln wollen mit ihren Unternehmen. Und hier erkenne ich manchmal und im Besonderen heute eine gewisse Diskrepanz, vor allem bei der SPÖ. Auf der einen Seite wird bei Diskussionen und welchen Anlässen auch immer signalisiert, wie wichtig, wie toll Unternehmer für die Stadt sind, aus den erwähnten Gründen und auf der anderen Seite, und das ist heute besonders der Fall, passiert dann das Gegenteil, aus meiner Sicht passiert das Gegenteil. Oder glauben Sie, meine Damen und Herren, dass dieses Parkkonzept, dieser Punkt 15 dazu geeignet ist, ein wirtschaftsfreundliches Klima zu schaffen? Glauben Sie, dass er geeignet ist, Arbeitsplätze in dieser Stadt zu schaffen? Ich glaube es nicht und es mag Kalkül sein, vor allem von der SPÖ, Wirtschaft und Unternehmen links liegen zu

lassen, aber ich glaube, Sie unterliegen einem großen Irrtum, mit diesem Punkt 15 strafen Sie nicht nur, vielleicht ist das in Ihrem Sinne, strafen Sie nicht nur Wirtschaft und Unternehmen, sondern jeder einzelne Grazer, jede einzelne Grazerin wird das zu spüren bekommen und auch wenn Sie sehr laut gejohlt haben, wie die Sissi Potzinger ihr Beispiel gebracht hat, es ist leider richtig, auch der Besuch wird in Zukunft was kosten und Sie treffen nicht nur vielleicht jene, die Sie treffen wollen, Sie treffen alle. Und wenn Sie heute mehrheitlich dieser ganzen Gruppe, also ganz Graz und auch den Pendlern und nicht nur allen, die hier wohnen und arbeiten, eine ordentliche Rechnung präsentieren, dann bin ich beim Peter Piffli-Percevic früher draufgekommen, der Karl Valentin hat auch was anderes gesagt, er hat gesagt, Prognosen, die die Zukunft betreffen, sind besonders schwierig. Darum würde ich mich auch nicht sehr gerne in solche Prognosen verirren, aber eines, und davon gehe ich aus, die Rechnung, die Sie heute jedem einzelnen Grazer, jeder einzelnen Grazerin präsentieren, werden Sie auch zurückbekommen und ich hoffe in dem Umfang, in dem Sie es verdienen (*Applaus ÖVP*).

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit meinem lieben Freund Piffli-Percevic fortsetzen, nicht mit einer Vorlesung über Max Weber, einem von mir sehr geschätzten Nicht-Philosophen, sondern Soziologen, als der Vater der Soziologie in Deutschland, sondern bei deiner wirklich wichtigen Anmerkung dazu, dass dieses Stück über die Parkzonen, über die Kurzparkzonen, über die Park-&-Rideparkplätze natürlich eine ganze Bandbreite von Maßnahmen beinhaltet hat und eine Maßnahme scheint unserem Wirtschaftsstadtrat Eisel-Eiselsberg entgangen zu sein, eine sehr wichtige und sehr unternehmensfreundliche, lieber Herr Kollege...

Zwischenruf StR. Eisel-Eiselsberg: Ich habe nur über den Punkt 15 gesprochen.

Dr. **Getzinger**: Ja, man sollte halt, wenn man schon polemisiert, trotzdem ein bisschen den Überblick bewahren, was für jemanden, der für die Wirtschaftsentwicklung dieser Stadt zuständig ist, von besonderer Bedeutung ist, nämlich den Überblick zu bewahren über die Vielzahl der Maßnahmen, die in diesem Stück drinnen steckt, zum Beispiel über die Maßnahme, dass die Parkgebühr für Unternehmer in dieser Stadt reduziert wurde. Eine sehr deutliche, ich kann es Ihnen auch vorrechnen, wenn Sie es interessiert, hat offenbar keinen Sinn, sehr deutliche Entlastung der Budgets von Unternehmerinnen und Unternehmen in der Stadt Graz, zu der sich die SPÖ natürlich bekennt. Man sollte nicht mit alten Hüten hausieren gehen von der Unternehmensfeindlichkeit der SPÖ, wenn man nicht das Gesamtpaket des Parkraumbewirtschaftungspaketes sich ansieht. Wie gesagt, das bedeutet eine deutliche Entlastung von Unternehmerinnen und Unternehmern in der Stadt Graz, zu der wir uns auch bekennen, wir haben positiv uns verhalten in unserem Abstimmungsverhalten, auch das sollte angemerkt werden. Ich finde es schade, dass Sie diese Debatte über dieses Stück jetzt wieder aufmachen, wo wir eigentlich über die Wirtschaftsstrategie sprechen sollten, eigentlich wollte auch ich Ihnen Lob zollen, Herr Stadtrat, insofern Sie doch den Mut gehabt haben, eine sehr deutliche Evaluierung, eine sehr kritische Evaluierung der Wirtschaftsstrategie von Ihrem Vorgänger zur Diskussion zu stellen und sich auch zu den Ergebnissen zu bekennen. Noch einmal, das erwähnte Parkraumstück bedeutet unterm Strich eine deutliche Entlastung der Unternehmerinnen und Unternehmer in der Stadt Graz, zu der sich die SPÖ selbstverständlich bekennt (*Applaus SPÖ*).

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatterin: GRin. Mag. Bauer

NT 10) A-8 17563/06-2

Theaterholding Graz/Steiermark GmbH

1. Verlängerung des Finanzierungs-
vertrags vom 28.4.2004

2. Erweiterung des Finanzierungs-
vertrages vom 28.4.2004 durch
Einbeziehung der Spielstätten
Orpheum, Dom im Berg, Kasematten

GRin. Mag. **Bauer**: Hier geht es um die Verlängerung des Finanzierungsvertrages und um die Erweiterung, der Finanzierungsvertrag soll verlängert werden um weitere fünf Jahre bis 2014, aber auch erweitert werden und zwar, dass es eine Indexierung in der Höhe von etwa, um konkret zu sein, von 0,75 % jährlich gibt wegen der Personalkostensteigerung und der Biennialvorrückungen, dass hier dementsprechend eine Kostenabdeckung erfolgt und des weiteren sollen die Spielstätten Orpheum, Dom im Berg und Kasematten einbezogen werden. Meinen Informationen nach wurde das Stück in den entsprechenden Ausschüssen mehrheitlich angenommen, auch um Annahme hier im Gemeinderat wird ersucht.

Die Berichterstatterin stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Z. 10 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl. 32/2005, beschließen:

Der Finanzierungsvertrag vom 28.4.2004, abgeschlossen zwischen der Stadt Graz, dem Land Steiermark und der Theaterholding Graz/Steiermark GmbH unter Beitritt der Bühnengesellschaften, gefertigt aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses vom 15.1.2004, GZ. A 8-K 582/2002-18, wird wie folgt geändert beziehungsweise erweitert:

1. Änderung des Finanzierungsvertrages vom 28.4. 2004

Zwischen Präambel und 2. wird als Unterteilung Abschnitt „A“ eingefügt.

Punkt 2. 1) – Finanzierung Absatz 3:

„Um die Personalkostensteigerungen durch die jährlichen Gehaltserhöhungen (analog zum öffentlichen Dienst) und die Biennialvorrückungen für einen Großteil des künstlerischen und technischen Personals auch weiterhin zu finanzieren, wird für die besonders personalintensive Opernhaus Graz GmbH der Basiszuschuss von 20 Mio. Euro jährlich ab 1.9.2008 zusätzlich um 0,75 % erhöht (d.h. Verbraucherpreisindexerhöhung plus 0,75 % = jährliche Valorisierung aufgrund der Biennialvorrückungen).“

Punkt 4. – Laufzeit

„Die Gebietskörperschaften verzichten für die Laufzeit von weiteren 5 Jahren, d.h. bis 31.8.2014, auf das ihnen zustehende Kündigungsrecht, sodass eine erstmalige Kündigung unter Einhaltung der vorgenannten Kündigungsfrist zum Ende jenes Wirtschaftsjahres möglich ist, in welchem das 11. Wirtschaftsjahr endet. Die Verpflichtungen bestehen unabhängig von einer Gesellschafterfunktion.“

2. Einbeziehung der Spielstätten Orpheum, Dom im Berg und Kasematten (Schloßbergbühne)

Der dem Finanzierungsvertrag beiliegende Abschnitt B zum Finanzierungsvertrag vom 28.4.2004 bildet einen integrierenden Bestandteil dieser Beschlussfassung.

Die im Motivenbericht dargestellten organisatorischen Vereinbarungen betreffend die Einbeziehung der drei Spielstätten Orpheum, Dom im Berg und Kasematten (Schloßbergbühne) werden genehmigt.

StR. **Miedl:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin selbst Mitglied des Aufsichtsrates der Bühnen und war anwesend, als die Infora dem Aufsichtsrat eine Studie präsentierte, worin von möglichen Einsparungen die Rede ist, worin die Rede davon ist, welche Möglichkeiten es gäbe, sozusagen das Budget der Vereinigten Bühnen zu reduzieren. Im Wesentlichen wurde darüber geredet, dass es unter Umständen auch eine Möglichkeit gäbe, das Programm zu verändern, programmatisch die Bühnen anders arbeiten zu lassen als bisher. Oder, wenn man das nicht für möglich erachtet oder eine andere Vorgangsweise möchte, sprach die Infora davon, dass eine Erhöhung des Zuschusses seitens Stadt und Land notwendig ist. Allerdings, und das hat die Infora in jedem Fall gesagt, es geht hier nur um Zwischenmaßnahmen für die Jahre 2009 bis 2014. Ganz sicher wird es im Jahre 2014 zu einem finanziellen Crash kommen, so die Worte der Infora. Zu einem finanziellen Crash, der einen zusätzlichen Bedarf an Mitteln von in etwa 30 % seitens des Landes und seitens der Stadt zur Folge haben wird und das ist die Situation, meine Damen und Herren, auf die ich gerne

eingehen würde. Ich möchte Sie ersuchen, mit mir folgende Argumente ganz kurz durchzuspielen, sie sind im Wesentlichen ausgetauscht, ich möchte sie noch einmal erwähnen. Der Fachausschuss in dieser Frage, nämlich der Kulturausschuss und der zuständige Referent, der Fachreferent in dieser Frage ist mit Plänen, die der Finanzstadtrat vorgelegt hat, in keinster Weise bis dato informiert gewesen und informiert worden. Und das ist ein Umstand, den ich aus demokratiepolitischen Gründen, aber auch aus fachlichen Gründen für nicht tragbar und für nicht leidbar halte. Seit gestern, meine Damen und Herren, habe ich folgendes Papier in Händen, nämlich ein Papier, das eine Punktation einer Vereinbarung zwischen der Stadt Graz und dem Land Steiermark betreffend folgende Punkte beinhaltet: Nämlich die Verlängerung der Finanzierung für die Theaterholding Steiermark, die Finanzierung und Führung, meine Damen und Herren, der Spielstätten Orpheum, Dom im Berg und Kasematten, wobei die Führung bedeutet neues Overhead und neue Kosten, die Organisation der Styriarte und die gemeinsame Führung anderer Veranstaltungsstätten, in Graz sind die Grazer Messe gemeint, so war das auch ausgeführt, es ist gemeint der Grazer Congress und es ist gemeint die List-Halle. Alles Dinge und Umstände, die unter Ausschluss des Kulturausschusses zustande gekommen sind und wo der Kulturstadtrat bis jetzt keine Möglichkeit gefunden hat, sich einzubringen und das obwohl vom Landeshauptmann Voves ein ganz klarer Auftrag erfolgt ist bei einer Besprechung, der da hieß, dass mit den Kulturreferenten von Stadt und Land und den Finanzreferenten von Stadt und Land diesbezüglich eine Einigung herbeizuführen ist (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Das heute vorliegende Stück ist ausschließlich zwischen dem Kulturreferenten des Landes und dem Finanzreferenten der Stadt zustande gekommen, wenn du den Kopf beutelst, dann sage mir bitte, Wolfgang, wann der Kulturreferent der Stadt bei der Arbeit um dieses Stück dabei war. Er war es nicht. Meine Damen und Herren, ich habe im Ausschuss versucht, den Finanzdirektor zu hinterfragen, beim Finanzdirektor zu hinterfragen wie hoch sind die Kosten der Führung dieser drei Neben Bühnen derzeit und mit welchen Kosten wird man ab Beschluss des heutigen Tagesordnungspunktes zu rechnen haben. Ich habe diese Frage dreimal an den Finanzdirektor Kamper gerichtet, ich habe nicht einmal eine Antwort erhalten, meine Damen und Herren, weil diese...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler unverständlich.

StR. **Miedl:** Kollege Riedler, wenn du jetzt behauptest, es wäre in Finanzsachen eine Antwort gegeben worden, dann rufe ich hier die Ausschussmitglieder als meine Zeugen auf, die mir bestätigen mögen, welche Antwort es in Finanzfragen gegeben hat. Ich weiß nicht, auf welcher Welt du lebst und was du hörst oder nicht hörst, ich habe zumindest ein drittes Mal hinterfragt, was es kostet, na entschuldige, weil du permanent irgendwelche Dinge behauptest, Tatsache ist, dass weder der Kulturausschuss, noch der Kulturreferent eingebunden war in dieser Frage und du findest es als die normalste Geschichte der Welt.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Das finde ich nicht normal.

StR. **Miedl:** Es ist gut so, wie du handelst, ich weiß auch entsprechend meine Vorgangsweisen auf Grund deines Handelns zu wählen, da kannst du dir sicher sein.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Du drohst mir, ich zittere.

StR. **Miedl:** Es geht nicht ums Zittern, sondern es geht um eine Vorgangsweise, die man so oder so wählen kann und ich halte ganz einfach nichts davon, wenn der zuständige Fachausschuss in dieser Weise, in keinsten Weise befragt oder damit konfrontiert wird (*Applaus ÖVP*). Es geht, meine Damen und Herren, darum, dass der Finanzstadtrat Riedler von Kostenersparnissen spricht, die durch den Finanzdirektor in keinsten Weise bestätigt wurden, es geht darum, dass der zuständige Fachausschuss in keinsten Weise mit der Erarbeitung dieses Stücke in irgendeiner Weise zu tun hat und es geht darum, dass nicht schlüssig nachgewiesen

wurde, ob und inwieweit mit diesem Schritt tatsächlich eine finanzielle Verbesserung durch die Stadt entsteht und, meine Damen und Herren, Finanzstadtrat Riedler verfügt in seinem Eckwertbudget über zwei große Budgetposten. Der eine Budgetposten ist der der Kultur, der andere Budgetposten ist der des Verkehrs. Für die ÖVP liegt der Verdacht nahe, dass zu Lasten des Verkehrs künftig das Kulturbudget sozusagen aufgepöppelt werden wird und das, obwohl wir wissen, meine Damen und Herren, obwohl wir wissen, dass 2014 auf andere Strukturen einzusteigen ist, weil dann wird die ganze Sache für uns insgesamt nicht mehr finanzierbar werden. Ich bin gespannt, wie die Verantwortung diesbezüglich von den Damen und Herren, die diesem Stück heute zustimmen, wahrzunehmen sein wird. Ich kann es mir nicht vorstellen, dass man mit dieser Vorgangsweise eine ideale Vorgangsweise für die Stadt und für die Kultur in unserer Stadt gewählt hat (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Vielleicht ist die fortgeschrittene Stunde der Grund dafür, dass hier die Emotionen weit über Gebühr hochgehen. Kollege Miedl hat vielleicht aus früheren Tagen nicht nur in Erinnerung, dass ein Stück, damit es in dem Fachausschuss beraten werden kann, auch von einem Fachreferent vorgelegt werden könnte, er hätte das ja tun können, wenn das der Fall gewesen wäre, aber so ist es nicht und ich kann auch nichts...

Zwischenruf StR. Miedl unverständlich.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich weiß, dass du sehr ungeduldig bist und nicht einmal genug Geduld hast zuzuhören, aber ich bitte dich doch, die paar Minuten noch zuzuhören. Ihr werdet auch noch aushalten (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Ich kann nichts dafür, wenn der Kollege Miedl die Statuten der Stadt Graz nicht kennt, er kann ja reinschauen, ich kann nichts dafür, wenn er die Geschäftsverteilung nicht kennt, ich kann auch nichts dafür, wenn er nicht von

Anfang an dabei war, als die Verhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP geführt wurden, ich war auch nicht von Anfang an dabei, ich habe das auch nicht mitverhandeln dürfen, aber so ist es halt. Und wenn er sich jetzt darüber ärgert, dann ist das zwar verständlich, aber zu spät, das ist nun einmal so. Wenn mir der Kollege Miedl vorhält, er wäre nicht eingebunden dann war entweder geistig nicht anwesend, nur physisch bei den Arbeitsausschusssitzungen, in denen das besprochen wurde und vielleicht hat er auch kein Vertrauen zu seinem Bürgermeister, der im Lenkungsausschuss bereits im März über all diese Dinge informiert war, im Übrigen er auch, weil er daneben gesessen ist. Vielleicht hat er all die Aufsichtsratssitzungen vergessen, hat er die Gespräche mit dem Direktor Nebel vergessen, vielleicht war er nie dabei, als wir über diese Themen, weil über die regt er sich ja schon länger auf, auch unter vier Augen und bei anderer Gelegenheit diskutiert haben, ich kann nichts dafür, lieber Werner, wenn dir das alles so schwer fällt. Faktum ist aber, dass im Stück selbstverständlich eindeutige Zahlen drinnen stehen, ich bitte die Zahlen dem Stück zu entnehmen, es ist kein großes Problem das zu machen, es ist keine große Kunst, ganz ruhig, bringe dich doch nicht so ein, das nützt doch der Sache nichts. Das Einzige, was mich wundert, ist, dass Graz einen Kulturreferenten hat, der einen echten Vorteil für die Stadt Graz im Kulturbereich nicht erkennen kann, meine Damen und Herren (*Applaus SPÖ*) und ein Kulturreferent, der gegen das eigene Ressort arbeitet offenbar, ist wahrscheinlich da am falschen Dampfer, ich kann das nicht anders einschätzen. Es ist tatsächlich so, dass das Land Steiermark bereit ist, an der Finanzierung von Orpheum, von Kasematten, von Dom im Berg mitzuwirken, das ist die Wahrheit und wenn mir die ÖVP heute hier unumwunden vorgeschlagen hat, wir sollten doch den bestehenden Finanzierungsvertrag fortschreiben, nur ohne die Valorisierung, die notwendig ist, um die Biennalsprünge, also das Personal zu zahlen in der Oper und gleichzeitig das aber bedeutet, dass das Land von seinem Angebot wieder Abstand nehmen würde, eben jenen Teil zu finanzieren, wie er im Stück drinnen steht und wenn man das dann für eine bessere Lösung hält, wo das Eckwert in meinem Bereich noch viel stärker belastet wäre, viel stärker belastet wäre, als das bei der jetzigen Lösung ist, dann verstehe ich die Welt nicht mehr, lieber Kollege Miedl. Ich habe ein bisschen den Eindruck, du bist nur, wie soll ich sagen, verärgert, weil du gerne eine größere Rolle bei der Oper spielen würdest, verstehe ich auch gut, es wäre für einen Kulturreferenten schon recht attraktiv, das sehe ich völlig ein, darüber kann man auch reden, es ist nicht aus der Welt, dass man sagt, der

Kulturreferent darf auch das Budget von Oper und Bühnen mitverwalten. Er möchte auf gleicher Ebene, auf Augenhöhe mit dem Landeskulturreferenten verhandeln, ist alles für mich nachvollziehbar und verständlich, würde er gerne, aber es ist halt so, dass im Moment die Verhältnisse anders sind. Ich habe mir das nicht ausgesucht und ich muss ganz ehrlich sagen, für mich wäre es eine Entlastung, wenn ich die Eckwerte für die Bühnen nicht in meinem Budget hätte. Ich habe daher heute auch dem Bürgermeister gesagt, der ja in Wirklichkeit der Fachreferent für die Bühnen ist, bitte nur um Aufmerksamkeit, ein ÖVP-Referent ist Fachreferent für die Bühnen, der Herr Bürgermeister und der war natürlich eingebunden in diese Dinge. Wenn da zuwenig Kommunikation besteht, dann bitte ich, vielleicht gibt es ein Seminar, wo man das lernen kann oder man muss nur vielleicht öfter einmal ein Bier miteinander trinken gehen, das wäre vielleicht dann sehr nützlich, dann kämen wir einen Schritt weiter in der Sache. Und jetzt ohne jede Polemik und ohne jede Bosheit, ich wehre mich nur ein bisschen, wenn der Kollege Miedl mir jede Unredlichkeit unterstellt, die man sich nur ausdenken kann, fürchten tue ich mich nicht, Werner, bitte nimm das zur Kenntnis, also da kannst du jetzt noch herumdrohen wie du willst, fürchten tue ich mich nicht. euch ist es ja nur nicht recht, wenn man da einmal die Wahrheit sagt und ihr müsst euren Werner verteidigen, damit er nicht wieder auszucken muss, aber eines sage ich euch, dieses Stück wird der Stadt Graz gut tun und nützen, das kann man, glaube ich, einhellig zur Kenntnis nehmen und daher bitte ich auch die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, diesem Stück zuzustimmen (*Applaus SPÖ*).

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Lieber Kollege Riedler! Also ich habe mir das jetzt wirklich genau durchgelesen, ich finde keinen Hinweis...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler unverständlich.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Nein, noch einmal jetzt durchgelesen, wir haben ja früher diskutiert, du hast mir auch keine Zahl genannt, was wir uns jetzt tatsächlich ersparen, du behauptest, immer unterm Strich wird es eine Millionen sein. Wenn ich auf Seite drei hier lese...

Zwischenruf GRin. Gesek unverständlich.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Gerda bitte, wenn ich auf Seite 3 hier lese, da steht halt drinnen, dass wir ein Orpheum haben, eine Schloßbergbühne und den Dom im Berg, wir tragen 100 % der Kosten, darunter steht, in Zukunft wird es anders sein nach dem Theaterschlüssel und wo steht da drinnen, was die Zukunft kostet? Es steht nichts drinnen, was es uns jetzt kostet, folglich kann ich nicht beurteilen, was wir uns sparen, so einfach ist die Rechnung. Es wird schon sein, einfach die Zahlen sagen, aber du sagst sie nicht, du hast sie uns drüben nicht gesagt, du sagst sie jetzt nicht, du sagst zum Kollegen Miedl, lies nach, lies nach, kannst nicht lesen, das ist Polemik. Es steht schlichtweg nicht drinnen, es tut mir leid, es steht nicht drinnen (*Applaus ÖVP*). Es ist auch kein Hinweis zu finden, was die Grazer Spielstätten GmbH kosten wird, die kostet was, das wirst du wissen als Finanzreferent, das müsste man auch einrechnen. Ich finde es unzulässig, so ein Stück zu beschließen und ich wundere mich sehr, wenn wir in Zeiten, wo wir alle sparen müssen, an jedem Eck müssen wir sparen und die Tatjana Kaltenbeck-Michl sagt es zu Recht immer wieder, dass es in Bereichen ist, die sehr, sehr weh tun, aber heute beschließt die Mehrheit dieses Hauses, dass wir bis 2014 nicht nur 20 Millionen, sondern noch einmal 0,75 % und ich frage insbesondere auch die KPÖ, die sonst jeden Euro hier umdreht, wie sie das machen kann, bis 2014 so etwas einzuzementieren und ich sage als Sportreferent, ich finde es unzulässig, auch als Sportreferent und da mag jetzt der Kulturpolitiker hier herinnen denken, ich finde es unzulässig, dass wir diesen wichtigen Bereich des Sports, der eh so minimal ausgestattet ist, jährlich noch ein bisschen kürzen müssen und bei der Kultur gehen die Taschen auf, ich finde das unzulässig aus meiner persönlichen Sicht, aber ich finde es unzulässig, wenn ein

Gemeinderat hier mehrheitlich etwas beschließt, was aus meiner Sicht nicht ordentlich vorbereitet ist (*Applaus ÖVP*).

GR. **Schönegger**: Ich darf meine Kolleginnen und Kollegen beruhigen, ich möchte, und deswegen spreche ich jetzt ganz ruhig und langsam, auch wenn es so spät ist, aber wenn es um solche Summen geht, möchte ich schon vom Herrn Finanzstadtrat wirklich die Zahlen jetzt gehört haben, ich möchte wissen, um welche Summen es geht, um welche Einsparungspotentiale es geht. Es geht um einen sehr langen Zeitraum und ich glaube Polemik hat an dieser Stelle überhaupt nichts verloren. Ich bin auch oft jemand, der ein bisschen in die Tasten greift, aber ich glaube, gerade jetzt und zu dieser Zeit, aber auch bei diesem Stück, und vor allem bei diesem Stück fordere ich den Finanzstadtrat wirklich auf, seine Polemik beiseite zu lassen und die Zahlen jetzt hier den Damen und Herren des Gemeinderates und wir sind es, die das letztendlich beschließen, auch wirklich ehrlich und offen zu nennen, sodass sie auch protokolliert sind, weil sie im Stück ja nicht drinnen stehen, also irgendwo sollte es ja stehen, also bitte, Herr Finanzstadtrat, ich ersuche namens, des traue ich mich jetzt einfach so, nicht nur der VP, sondern aller Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, ich glaube, das jeder das Recht hat....

Zwischenrufe unverständlich.

GR. **Schönegger**: Dann könnt ihr das beschließen, ohne dass ihr das wisst, dann gratuliere ich euch. Das finde ich großartig, das ist eine tolle Verantwortung, die ihr da wahrnehmt, toll, ich gratuliere euch. Ich wünsche mir das, dass das jetzt wirklich auf den Tisch gelegt wird (*Applaus ÖVP*), egal wie spät es ist, völlig wurscht, da geht es um viel Geld und wir müssen das verantworten. Bitte, Herr Finanzstadtrat.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 23.45 Uhr den Vorsitz.

GR. **Schmalhardt:** Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Auch wir überlegen uns unsere Entscheidungen sehr lange und gerade bei diesem Stück haben wir mehrmals im Klub, im Ausschuss sehr intensiv diskutiert. Ich habe Verständnis für die Sorgen der ÖVP-Fraktion, nur ich verstehe nicht, wenn das so ist, wie sie es darstellen, warum haben sie von ihrem Recht nicht Gebrauch gemacht, das Stück von der Tagesordnung herunterzunehmen? Für das habe ich jetzt kein Verständnis mehr, das trauen sogar wir uns, ein Stück abzusetzen (*Applaus KPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch:** Aus meiner Sicht ist das Stück ebenfalls sehr, sehr problematisch und zwar aus einem formalen Grund und aus einem inhaltlichen Grund. Ich erinnere mich an sehr, sehr viele gemeinsame Gespräche mit dem Finanzstadtrat, als es darum gegangen ist, für die Kläranlage zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen und selbstverständlich sind hier sehr, sehr umfassende und große Wünsche gekommen, Daten zu liefern, die die Projektleitung und auch die Abteilungsleiter sehr intensiv beschäftigt hat, um Daten darzustellen, um darzustellen, wie sich Summen zusammensetzen, weil es auch nach meiner Sicht völlig unmöglich gewesen wäre, hier nicht genaueste Informationen herzustellen und genaueste Informationen beizulegen, wie eine Summe zustande kommt. Wenn hier dann im Stück, in dem vorliegenden Stück überhaupt keine entsprechenden Zahlen sind, dann finde ich das aus formalen Gründen sehr bedenklich und der zweite Punkt ist ein grundsätzlicher Punkt und den möchte ich hier ganz klar darlegen: Wir haben oder wir wissen genau, dass der Kollege Riedler in seinem Budget zwei Bereiche hat, bei denen er mit dem Eckwert sehr, sehr aufpassen muss, sehr, sehr Schwierigkeiten hat, das ist der Kulturbereich und das ist der öffentliche Verkehrsbereich. Mag der Vertrag, der hier unterschrieben werden soll, noch so gut sein, es ist klar, dass er damit den Eckwert nicht einhalten kann und damit ist auch klar, dass der Kollege Riedler im Kulturbereich seinen Eckwert nicht einhält. Wir haben das letzte Mal im Gemeinderat auf Grund von vielen Hinweisen und vielen skeptischen Anmerkungen ein Stück beschlossen, in dem die Eckwerte festgelegt

worden sind, da haben uns auch Abteilungsleiter aufmerksam gemacht, liebe Leute, ihr werdet diese Eckwerte nie einhalten. Einen Termin später im Gemeinderat wird ein Stück vom Finanzstadtrat, dem obersten Hüter des Budgets, vorgelegt, bei dem klar ist, dass in diesem Bereich innerhalb der jetzt zur Diskussion stehenden Periode bis 2010 den Eckwert nicht einhalten wird. Ich erkläre damit hier, dass ich in Hinkunft die Eckwerte nicht mehr ernst nehme. Das ist aus meiner Sicht die ganz klare Folgerung, wenn vom Finanzstadtrat dieses Stück hier vorgestellt wird, deswegen hat sich auch die ÖVP gegen dieses Stück ausgesprochen, das möchte ich hier ganz klarlegen und dann erwarte ich mir, dass sie ernst genommen werden und nicht ein Termin später ein Stück vorgelegt wird, aus dem klar ist, dass diese Einsparung im Kulturbereich nicht mehr stattfinden kann, da möglicherweise etwa, wie vorhin schon gesagt, auf den öffentlichen Verkehr ausgeweitet wird und dort stärker als überhaupt, noch stärker als der Eckwert es verlangt, einzusparen, das halte ich nicht für verantwortungsvoll (*Applaus ÖVP*).

StR. **Miedl**: Ich ersuche um Aufnahme in das Protokoll. Ich habe im Ausschuss wiederholt die Frage gestellt, wie hoch die Kosten jetzt sind und wie hoch die erwarteten Kosten sein werden. Mir wurden auf die wiederholten Fragen, es war insgesamt dreimal die gleiche Frage, keine Antwort gegeben. Ich habe das hier im Gemeinderat moniert, der Kollege Riedler hat gesagt, ich soll nachlesen, es steht alles drinnen. Kollege Detlev Eisel-Eiselsberg hat darauf hingewiesen, dass auch bei intensivstem Nachlesen keine Zahl sichtbar ist: Ich erwarte jetzt von dir, Kollege Riedler, dass Du endlich Zahlen auf den Tisch legst, damit der Gemeinderat in der Lage ist, dann zu entscheiden, das erwarte ich mir von dir und ich erwarte mir keine Polemik mehr in dieser Frage. Ich will nachlesbare Zahlen haben und nachvollziehbare Zahlen haben (*Applaus ÖVP*)

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Wir haben heute eine Reihe von sehr unangenehmen Stücken zu beschließen gehabt, wir haben Versagen im Kanalbereich auszugleichen gehabt, wo auch immer das herkommt, in Millionenhöhe. Wir beschließen ein Stück

über die Chorolympiade, wir beschließen eine ganze Reihe von Stücken, bei denen die ÖVP hinter den Kulissen, vor den Kulissen Druck gemacht hat, gedrängt hat, um Verständnis gebeten hat, ersucht hat, dass man in der schwierigen finanziellen Lage hilft, das habe ich gemacht. Und zwar aus Überzeugung, dass auch die eine oder andere Fehlentwicklung ausgeglichen werden muss. Im Kanal einmal mit neun Millionen, kurz darauf noch einmal mit 3,1 Millionen, gewünscht war viel mehr. Meine Damen und Herren, das ist die Politik der ÖVP, die sie auch zu verantworten hat gegenüber dem Wähler und der Wählerin. Und dann kommt man und sagt, man findet die Zahlen in diesem Stück nicht und jetzt gibt es einen Punkt B in dem Stück, jetzt bitte ich alle, genau mitzulesen, damit es auch verstanden werden kann und in dem Punkt B sind die Aufwendungen im Budget für Orpheum, Dom im Berg und Kasematten dargestellt. Und dann, es ist noch keine zukünftige Entwicklung drinnen, dann steht drinnen, wie das Verhältnis zwischen den Aufwendungen von Land und Stadt, nämlich 45 : 55, im Bühnenschlüssel ist. Das macht also mit der hier dargestellten Größenordnung, unter der Voraussetzung, dass sie nicht verändert wird, einen Betrag aus, der in zwei Jahren, nämlich bis die Gegenrechnung zustande kommt, mit dem 0,75 %-Schlüssel mehr als eine Million Euro aus für die Stadt Graz, um die wir uns verbessern. Das ist ganz einfach nachzurechnen.

Zwischenruf StR. Miedl: Sag die Zahlen.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Bitte Prozentrechnen, jetzt mach ich nicht noch eine Lehrstunde in Grundrechnungsarten, aber das ist relativ einfach zu verstehen. Ab dem...

Zwischenruf unverständlich.

Dr. **Riedler**: Steht ja da, Basisabgeltung in der Höhe von 1,1 Millionen Euro, im Übrigen bitte, jeder von euch hat ein Budget, man muss ja nur ins Budget reinschauen, weil da stehen die Zahlen auch noch einmal drinnen. Es steht ja da und im Verhältnis dazu, jetzt machen wir noch einmal kurz Prozentrechnen, 20 Millionen Euro jährlich sind die...

Zwischenrufe unverständlich.

Dr. **Riedler**: Ich meine, da kommt die Oberspottdrossel und will mir dann irgendwelche Forderungen stellen, Entschuldigung jetzt einmal mit Verlaub. Wir haben die Personalkosten, 20 Millionen Euro steht drinnen...

Zwischenruf unverständlich.

Dr. **Riedler**: Entschuldigung, das steht da drinnen, davon 0,75 % ist die Personalkostensteigerung dividiert durch den Prozentsatz, zu dem wir das zahlen 0,45 %. Das ist der Betrag, der die Aufwendung ist, jetzt haben wir es hier allerdings in beiden Fällen mit dynamischen Zahlen zu tun, die sich entwickeln, daher kann in diesem Stück keine endgültige Summe drinnen stehen, sondern das, was ich darstelle, ist ein Vorteil für die Stadt Graz. Dazu kommt eine Verbesserung, die auch eckwertig anrechenbar ist durch den dynamischen Wegfall der Kommunalsteuer, der damit auch abgesichert ist. Übrigens auch eine Sache, die durch mich eingeführt wurde. Damit verbessern wir uns um die Zahlen, die ich immer wieder genannt habe, es ist schlicht und einfach nicht wahr, dass ich das nicht ausreichend und bei jeder Gelegenheit auch im Arbeitsausschuss und davor geschildert habe. Also ich finde das nicht so wahnsinnig schwer nachzuvollziehen, lieber Kollege Miedl, lieber

Kollege Eiselsberg, lieber Kollege Rüscher, so ist es und das sind die Zahlen (*Applaus SPÖ*)

GR. **Pleyer:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist ja ganz toll, was sich hier abspielt. Aber eines bitte zur Klarstellung. Eckwerte gut, aber sie werden einfach nicht einzuhalten sein, sie werden nicht einzuhalten sein, weil die ÖVP-Fraktion, grade die ÖVP-Fraktion bei jeder neuen Gemeinderatssitzung einfach neue Forderungen stellt und neue Vorstellungen hat, die natürlich das Budget der Stadt Graz einfach irrsinnig belasten. Herr Klubvorsitzender, Sie können sich dann zu Wort melden, aber es wird nicht möglich sein, diese Eckwerte einzuhalten und da wird man sich einfach zusammensetzen müssen und wird reden müssen darüber. Für mich ist es hochinteressant. Hier werden Wünsche kundgetan, hier werden Forderungen kundgetan, über die Bedeckung dieser ganzen Forderungen wird ja überhaupt nicht gesprochen mehr, sondern von Gemeinderatssitzung zu Gemeinderatssitzung werden hier einfach neue Forderungen an den Tag gelegt. Und jetzt frage ich Sie, wie soll denn das für die Stadt, für unsere Stadt, eigentlich über die Bühne gehen? Heute oder morgen werden wir einfach bankrott sein, weil wir einfach Ihre Wünsche, die Wünsche der ÖVP, nicht akzeptieren können und wir werden sie nicht akzeptieren, denn hier kommt ja ein neuer Punkt zutage. Wir werden bei der Budgetwahrheit dann draufkommen, wo bitteschön die Schwerpunkte dieses Budgets liegen, wir werden draufkommen, dass verschiedene Dinge im sozialen Bereich einfach nicht mehr finanzierbar sein werden und dann werden wir draufkommen, na, wie schaut denn die ganze Geschichte aus mit der Kultur, mit dem Sport, mit allen übrigen anderen Dingen, die sehr wichtig sind, aber eines, meine Damen und Herren, darf ich Ihnen jetzt schon sagen, es wird Ihnen nicht gelingen, im Sozialbereich einfach diese Einsparungen zu machen, damit andere kulturelle Probleme durchgezogen werden. Dazu werden Sie die sozialdemokratische Partei nicht haben. Ich sage Ihnen, wenn Sie in der Sozialpolitik ein offenes Ohr haben und die Wünsche und Forderungen auf dem Gebiet erfüllen, dann können wir gemeinsam miteinander reden, wenn Sie diese Vorstellungen nicht haben, dann wird das Budget 2007 einfach sicher nicht über die Bühne gehen, das sage ich Ihnen von diesem Standpunkt aus (*Applaus SPÖ*).

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Stadtrat Riedler, für mich ist das nicht zufriedenstellend, was du vorgetragen hast, ich stelle nur zwei Fragen: Wie hoch ist die Einsparung beziehungsweise der finanzielle Vorteil für die Stadt Graz durch die Lösung, die du vorschlägst und zweitens, woraus resultiert diese Summe?

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Wir sind ja nicht bei der Inquisition.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Nein, aber Entschuldigung, ich glaube doch, dass das durchaus im Interesse des Gemeinderates ist, das ist eine ganz einfache Frage, ohne Polemik zu beantworten, wenn eh alles drinnen steht, ich möchte diese zwei Fragen beantwortet haben. Inquisition ist das, wenn man so etwas fragt, na toll, soweit sind wir gekommen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Jetzt denke ich mir, dass es Zeit ist, dass wir die Diskussion vielleicht in eine Richtung wieder einmal umändern. Ich möchte mich auch als Theaterreferent zu Wort melden, das ist ja auch recht schön, wenn man Theaterreferent ist und da sind...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: So, das ist genauso eine Geschichte, die wir in diesem Gemeinderat und auch in der Stadtregierung auch im Arbeitsausschuss schon diskutiert haben mit der SPÖ. Du bist manchmal in der Stadt Graz für was zuständig,

wo du de facto die Verantwortung mitträgst, aber weder Geld noch in Beschlüssen weiß Gott was zu vermelden hast. Und jetzt komme ich zu den Vereinigten Bühnen, ich bin jetzt das neunte Jahr in der Politik, seit Anfang an hatte ich die Ehre auch als Finanzreferent, dann als Finanzreferent und Kulturreferent und dann als Bürgermeister in den Gremien der Vereinigten Bühnen zu sitzen, die wir später dann auch einmal umgegründet haben. Und da wird hervorragende Arbeit geleistet und die haben sich auch sehr bemüht, dass sie Einsparungspotentiale zusammenbringen. Aber es geht uns heute auch um die Frage und das ist das, was ich im Lenkungsausschuss auch gesagt habe, als der Herr Aufsichtsratspräsident Woppmann und der Herr Dr. Nebel uns die Zahlen gesagt haben, dass ich gesagt habe, ein Finanzierungsvertrag bis zum Jahr 2014 wird eine Gewaltanstrengung sein. Wir haben dort keine Kürzungen drinnen, wir haben dort einen Deckel draufgegeben, inklusive eines Index, es kann heute noch keiner genau sagen, es gibt eine Studie der Infora, wie sich der Index wirklich entwickeln wird und wie die Kostenschere auseinandergeht, aber man wünscht sich diesen Beschluss jetzt schon, damit wir eine neue Intendantin oder einen neuen Intendanten finden können. Und das haben wir beim Theater in der Stadt Graz auch gehabt diesen Zustand, wir haben mit der Frau Badora, glaube ich, eine gute Schauspielhausintendantin bekommen und sie hat sehr wohl gewusst, dass dieser Deckel drauf ist. Also es war Wunsch, vor allem im Opernbereich, ich gebe auch zu, dass dort noch mehr Personalkosten sind und mehr Kosten gebunden sind als im Schauspielhaus, dass man gesagt hat, das brauchen wir jetzt und unbedingt. Ich habe damals im Lenkungsausschuss auch dazugesagt, ich werde mich darum bemühen, dass wir diesen Beschluss zusammenkriegen. Aber wir machen diesen Beschluss jetzt nach einem Vorschlag, den der Herr Finanzreferent mit dem Landeshauptmannstellvertreter und Landesrat Flecker vereinbart hat und einmal vorgeschlagen hat und das ist einer, der am Tisch liegt. Ich bin der Meinung, wir haben es heute auch versucht, wir haben heute viel telefoniert und versucht auf die Beine zu stellen, ich wäre der Meinung gewesen, wir tun das jetzt, weil wir damit bei der Ausschreibung noch in eine internationale Zeitschrift kommen wollen. Aber wir hätten vielleicht auch noch, wenn wir uns gemeinsam bemüht hätten, eine gemeinsame Lösung im Herbst zustande gebracht. Meine Fraktion ist in großer Sorge darüber, dass bei den Eckwertbudgets, die wir versuchen, immer einzuhalten und wir haben auch in diesen vergangenen drei Jahren sehr viele unangenehme

Entscheidungen auf Grund von Sparmaßnahmen durchaus nicht nur mitgetragen, sondern auch dann durchgehalten, auch da hat es uns manches Mal intern fast zerrissen. Lustig ist das nicht, das weiß jeder und jetzt haben wir die Situation, dass wenn wir unter anderem, und das ist schon einmal gesagt worden, das Budget des Kollegen Riedler betrachten, das wir irgendwie bei dem Punkt angelangt sind, dass wenn wir Eckwerte erst nehmen wollen, wir mit einer Bindung bis 2014, egal ob jetzt ein paar Hunderttausend Euro in diesem Zeitraum dazu- oder wegkommen, bei den Bühnen soviel einsparen müssten und wenn man das jetzt nicht tun kann, sondern weil wir das den Bühnen wieder geben und sagen, das ist das Ticket bis 2014, dann werden wir das irgendwo anders zusätzlich wegmachen müssen zu den Bereichen, die wir sowieso schon einzusparen haben. Und das macht Riesenprobleme und deswegen haben wir heute auch noch versucht zu sagen, der Vorschlag zu machen, das war nicht negativ gemeint, sondern können vielleicht beschließen so wie bisher plus den Index, aber lassen wir die 0,75 % weg, weil es wird nicht leicht werden in Zukunft in vielen anderen Bereichen, Eisel-Eiselsberg hat einen aufgezählt mit dem Sport, aber es wird noch viele andere geben, dann klarzumachen, wieso einer einen so langen Vertrag mit Indexbindung und mit 0,75 kriegt und das ist das Thema, um dass es da heute geht und jetzt wird das mit Brachialgewalt so gemacht, ich bin darüber unheimlich unglücklich, weil ich möchte auch den Vereinigten Bühnen helfen und das ist das Thema, Wolfgang. Wir haben da keinen Kompromiss, wir haben es heute noch einmal versucht, auch telefonisch, war klar, so oder gar nicht und das fällt uns jetzt schwer und jetzt sind wir zu der Entscheidung gekommen.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Unter der Voraussetzung, dass sie, so wie jetzt sind, gelten: 1,1 Millionen Euro kosten uns diese Spielstätten im Moment. Diese 1,1 Millionen Euro teilen wir, ich sage es jetzt noch einmal, 45 : 55, das bringt uns einen Vorteil von 630.000 Euro per anno. Diese 630.000 Euro gelten jetzt einmal für zwei Jahre, oder nahezu zwei Jahre, ohne die Gegenrechnung der Hollogisierung, die erst im Oktober 2008 das erste Mal angewendet werden müsste. Die Valorisierung kostet insgesamt bei 20 Millionen, wenn ich davon ausgehe von 0,75 % 150.000 Euro und davon wieder zirka die Hälfte, 75.000 Euro bei uns, das sind die zusätzlichen Aufwendungen. Das bedeutet, dass wir die 630.000 gegen die 75.000 ungefähr

gegenrechnen, dazu kommen die Entlastungen, die wir durch den Entfall der Rückerstattung der Kommunalsteuer haben in der Größenordnung zwischen 800.000 und 900.000 Euro, je nachdem, wie sich die Gehälter entwickeln, ist es aber auch entsprechend mehr. Und das ist sozusagen, was eckwertig übrigbleibt, ist ganz eine einfache Rechnung, ich habe sie auch schon mehrfach angestellt und ich glaube nicht, dass es nicht möglich ist, die aus diesem Stück nicht abzuleiten.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich weiß jetzt nicht, ob wir das hier und jetzt lösen können, jedenfalls eines ist klar, die 1,2 Millionen Euro sind ja jetzt schon bezahlt worden. Wir müssen wissen, derzeit zahlt das Land Steiermark und die Stadt an die Theaterhaltung 1,2 Millionen Euro für Investitionen plus Instandhaltung.

Zwischenruf Mag. Dr. Riedler: Nur die Stadt.

Dr. **Rüsch**: Das ist der Stadtanteil. So, wenn jetzt die Investitionen von den drei anderen Spielstätten Dom im Berg, Kasematten und Orpheum damit eingebunden werden, die haben wir bisher zu 100 % bezahlt, die Investition, die müsse wir dann nur mehr zu 45 % zahlen, dann müssen wir wissen, wie viel jetzt und hier und heute an Investitionen für diese drei Spielstätten ausgegeben werden und das steht nirgends.

Zwischenruf Mag. Dr. Riedler: Das habe ich gesagt.

Dr. **Rüsch**: Aber das steht nicht da, Entschuldigung.

Dr. **Riedler**: Ich muss mich ein bisschen zurücknehmen, weil ich will euch ja nicht kränken will ständig mit meinen zu scharfen Wortmeldungen, aber 1,1 Millionen Euro, das teilen wir uns, damit werden die gesamten Bühnen bespielt, alles.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Die 1,1 plus 100 für Instandhaltung sagst du ist der Betrag, der auch heute für die drei Spielstätten, das ist der Betrag, der heute für die drei genannten Spielstätten ausgegeben wird, können wir das so protokollieren.

Zwischenruf Dr. Riedler: Ihr solltet euch euren Stil überlegen, ich sitze nicht auf der Anklagebank.

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt möchte ich einmal deutlich sagen, es ist eine Gemeinderatssitzung und wenn sich jemand zu Wort meldet und eine Frage stellt, dann wird er das tun können, auch wenn es fünf nach zwölf ist, was wir selten in diesem Gemeinderat hatten.

Zwischenruf GR. Eichberger: Es wird alles protokolliert.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Ich habe nur gefragt, ob ich das richtig verstanden habe, dass dieser Betrag von insgesamt 1,2 Millionen Euro auch jener Betrag ist, der bereits jetzt aktuell für die drei Spielstätten ausgegeben wird und dann habe ich eine Handbewegung gesehen, die nicht wirklich Ja war und ich will eigentlich nur eine Antwort.

Dr. **Riedler**: Ja oder nein, ist das letzte Mal von der SS gefragt worden. Ich meine... hat der Kollege Rüschi gesagt, hat der Kollege Rüschi hier gesagt, genau das Gleiche.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: GR. Mag. Korschelt

48) StRH – 20223/2005

Prüfbericht des Stadtrechnungshofes
Prüfung von Abschreibungen des
ehemaligen Wirtschaftshofes

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Bei diesem Stück geht es um die Überprüfung der Abschreibung des ehemaligen Wirtschaftshofes auf Grund eines Prüfungsauftrages gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Stadtrechnungshofes. Die Abschreibungen datieren mit Stadtsenatsbeschluss vom 12. 7. 2005 und wurden Forderungen in der Höhe von 341.154,56 abgeschrieben. Es wurde eine Prüfung durchgeführt und es ergeht der Antrag, der Kontrollausschuss stimmt der Feststellung des Stadtrechnungshofes zu und stellt gemäß § 67 in Verbindung mit § 45 des Statutes der Landeshauptstadt Graz in der geltenden Fassung den Antrag, der Gemeinderat möge die Stellungnahme des Stadtrechnungshofes sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses zur Kenntnis nehmen. Es wird um Annahme ersucht.

Der Berichterstatter stellt namens des Kontrollausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge die Stellungnahme des Stadtrechnungshofes sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses zur Kenntnis nehmen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Mag. Frölich

49) StRH – 3276/2005

Prüfbericht Stadtrechnungshof
Teilprüfung Amt für Jugend und Familie
Untersuchung der Ausgaben nach dem
Jugendwohlfahrtsgesetz

Mag. **Frölich**: Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Der Stadtrechnungshof hat von Amts wegen eine Teilprüfung des Amtes für Jugend und Familie durchgeführt. Die Unterlagen wurden hinsichtlich der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und rechtskonformen Verwendung der Mittel geprüft. Die Überprüfung zeigt eine sorgfältige Vorgangsweise im Hinblick auf die Ausgaben nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz. Die Bestimmungen wurden eingehalten, die Kostenaufstellungen, die vorgelegt wurden, die eine Übersicht der Gesamtkosten pro Pflegekind geben, stimmen, wie der Stadtrechnungshof anmerkt, bis auf wenige Ausnahmen mit den vom Stadtrechnungshof entnommenen Unterlagen überein. Festzustellen ist ausdrücklich, sagt der Stadtrechnungshof, dass erst seit ein paar Jahren computerunterstützte Daten vorliegen, da man sich vorher mit handschriftlichen Aufzeichnungen begnügen musste. Der Kontrollausschuss nimmt den Prüfbericht des Stadtrechnungshofes einstimmig zur Kenntnis und stellt gemäß § 67 a in Verbindung mit § 45 Abs. 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz in der geltenden Fassung den Antrag, der Gemeinderat möge den Prüfbericht des Stadtrechnungshofes sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses zur Kenntnis nehmen.

Der Berichterstatter stellt namens des Kontrollausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge den Prüfbericht des Stadtrechnungshofes sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses zur Kenntnis nehmen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: StRin. Monogioudis

50) WB-MS-000801/2006-4

Jahresabschluss 2005

StRin. **Monogioudis:** Also die beiden Stücke 50) und 51) wurden im Verwaltungsausschuss der Wirtschaftsbetriebe vorberaten, dort einstimmig beschlossen. Im ersten Fall geht es um den Jahresabschluss 2005. Der Verwaltungsausschuss für die Wirtschaftsbetriebe stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang bestehenden Jahresabschluss 2005 der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Graz im Sinne des beiliegenden Berichtes der Steuerberatungsfirma Gaedke & Partner GmbH genehmigen. Ich ersuche um Annahme.

Die Berichterstatterin stellt namens des Verwaltungsausschusses für die Wirtschaftsbetriebe den Antrag, der Gemeinderat möge den aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang bestehenden Jahresabschluss 2005 der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Graz im Sinne des beiliegenden Berichtes der Firma Steuer-Beratung Gaedke & Partner GmbH genehmigen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: StRin. Monogioudis

51) WB-MS-000801/2006-5

Prüfung des Jahresabschlusses 2005
Bericht an den Gemeinderat;
Äußerung der Stadtsenatsreferenten

StRin. **Monogioudis:** Beim zweiten Stück geht es um die Prüfung des Jahresabschlusses 2005 durch die Firma BDO. Der Prüfbericht wurde dem Verwaltungsausschuss vorgelegt. Der Verwaltungsausschuss hat diesen Bericht als seinen Bericht übernommen und es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat möge den Prüfbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2005 der

Wirtschaftsbetriebe der Stadt Graz seine Zustimmung erteilen. Ich ersuche um Annahme.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Mag. Fuchs

NT 3) A 1 – 1637/03-10

Feuerwehrezulage für Bedienstete, die nicht im Wechseldienst stehen; Abänderung der Dienstzulagenverordnung

Mag. **Fuchs**: Dieses Stück ist ein Antrag der Abteilung für Katastrophenschutz und Feuerwehr und es geht darum, dass alle Bediensteten, die am 28. 3. 2006 die Feuerwehrmannprüfung abgelegt haben und 29.3.2006 im Branddienst eingeteilt sind, die Feuerwehrezulage ausbezahlt bekommen mögen. Grund dafür ist eine nicht ganz gerecht erscheinende Festlegung der gesetzlichen Bestimmungen, die in der derzeitigen Fassung der Dienstzulagenverordnung eine Feuerwehrezulage festsetzen, nach dieser Regelung gebührt diese Dienstzulage bei der Berufsfeuerwehr jenen, die zwar im Branddienst stehen, aber keinen Wechseldienst versehen, nicht. Und darum liegt der Antrag vor, 90 % der Zulage auf 13 betroffene Bedienstete derzeit auszuweiten. Die Ersparung beträgt, das ist leider so verwirrend im Stück, es steht da, es gibt Mehrkosten von 45.000 Euro und nach einer anderen Auslegung ist es eine Einsparung von 4.500,- Euro, das kann ich leider auch nicht erklären. Ich habe gehofft, dass der Kollege Kolar noch da ist und mich darüber aufklären kann. Aber ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, europäische Integration und Menschenrechte den Antrag, der Gemeinderat wolle folgenden Beschluss fassen.

Der beiliegende Entwurf einer Verordnung mit der – auf Grundlage des § 74 Abs. 2 der Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956, LGBl.Nr. 30/1957 i.d.F. LGBl. Nr. 97/2005 – die Dienstzulagenverordnung 1982 geändert werden soll, wird genehmigt.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Mag. Fuchs

NT 4) A 1 – K – 105/1985-23

Dienstzweigeverordnung für die
Feuerwehr der Landeshauptstadt Graz -
Neufassung

Mag. **Fuchs**: Dienstzweigeverordnung für die Feuerwehr der Landeshauptstadt Graz aus dem Jahr 1972, öfter novelliert und auf Grund mehrfacher Novellierungen ist dieses Stück so unübersichtlich, dass eine völlige Neufassung ins Auge gefasst wird, die einfach eine Anpassung an die modernen Gegebenheiten darstellt und ich glaube, ich berichte jetzt nicht, was da jetzt alles modernisiert worden ist, sondern bitte nur um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, europäische Integration und Menschenrechte den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß den §§ 2, 4 und 68 Abs. 3 bis 6 der Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956, LGBl. Nr. 30/1957, zuletzt geändert mit LGBl.Nr. 97/2005, beschließen:

1. Dem angeschlossenen und einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildenden Entwurf einer Dienstzweigeverordnung für die Feuerwehr inklusive Dienstzweigeordnung (Anlage 1) und Überleitungsbestimmungen (Anlage 2) wird zugestimmt.

2. Die Bestimmungen der beiliegenden Verordnung sind sinngemäß auch auf jene Bediensteten des Branddienstes der Feuerwehr anzuwenden, die nach den Bestimmungen des Grazer Gemeindevertragsbedienstetengesetzes, LGBl.Nr. 30/1974, in einem privat-rechtlichen Dienstverhältnis zu Stadt Graz stehen, mit der Maßgabe, dass an Stelle des Begriffs „Beamtengruppe“ der Ausdruck „Dienstnehmergruppe“ tritt.
- Hinsichtlich der Bezeichnungen „Verwendungsgruppe“ sowie „Dienstklasse“ ist § 17 Abs. 1 lit. b und c des Grazer Gemeindevertragsbedienstetengesetzes anzuwenden.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: StRin. Monogioudis

NT 17) A 8 – 8/2006-13, 16

Gesundheitsamt, Streetwork im Drogenbereich; Projektgenehmigung über € 1.930.000,- in der OG 2007-2009

NT 18) A 7 – 494/01/142/06

Grundsatzbeschluss des Gemeinderates zu „Strategien der Stadt Graz für eine wirksame Suchtpolitik“ vom 16. Mai 2002. Streetwork im Drogenbereich

StRin. **Monogioudis**: Streetwork im Drogenbereich gibt es seit 1997; mit dem Jahr 2004 wurde das erweiterte Projekt beschlossen, das ist ein Vertrag mit der Caritas, der mit Ende dieses Jahres ausläuft und damit eine neue Ausschreibung erfolgen kann, müsste der Gemeinderat jetzt einen Beschluss fassen, dass eben dieses Projekt in etwas erweiterter Form weitergeführt werden kann. Der Stadtsenat hat das Stück vorbereitet und stellt daher den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen erstens, das Projekt Streetwork im Drogenbereich mit der Laufzeit 1.1.2007 bis 31. 12. 2008 mit einer Projektsumme von 1.930.000 Euro wird genehmigt. Zweitens eine umgehende EU-weite Ausschreibung des Projektes soll stattfinden. Das Stück Nummer 18 ist das korrespondierende Finanzstück dazu. Der Herr Bürgermeister

meint, wir könnten das auch gleich in einem dazu beschließen. Ich ersuche um Annahme.

Zu Punkt NT 17):

Die Berichterstatterin stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl. 32/2005 beschließen:

In der OG 2007-2009 wird die Projektgenehmigung „Drogenstreetwork“ mit Gesamtkosten in Höhe von maximal € 1.930.000,-

Projekt	Ges.Kost.	RZ	MB 2007	MB 2008	MB 2009
Drogenstreetwork	1.930.000	2007-2009	613.000	643.000	674.000

unter der Annahme beschlossen, dass das Land Steiermark eine Finanzierungszusage von mindestens 50 % tätigt.

Zu Punkt NT 18):

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

1. Das Projekt Streetwork im Drogenbereich mit der Laufzeit vom 1.1.2007 – 31.12.2008 mit einer Projektsumme von € 1.930.000,- wird genehmigt.
2. Eine umgehende EU-weite Ausschreibung des Projektes soll stattfinden.

Die Tagesordnungspunkte NT 17) und NT 18) wurden einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Mag. Spath

NT 22) A 8 – 2/2006-61

Baudirektion, Neugestaltung Hauptplatz;
Erhöhung der Projektgenehmigung von
€ 9.384.300,- um € 126.600,- auf
€ 9.510.900 in der AOG 2000-2007

Mag. **Spath**: Auf Grund der Problematik bei der Lieferung der Marktstände für den Hauptplatz hat es eine Neuausschreibung gegeben. Gleichzeitig werden Bankgarantien des ursprünglichen Lieferanten mit insgesamt € 126.600,- rücküberwiesen. Diese Summe wäre der Baudirektion auf Grund der Bruttobudgetierung ausgabenseitig musste wieder zur Verfügung gestellt werden. Tatsächlich ändert sich der Finanzbedarf für die Stadt Graz. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 32/2005 beschließen:

In der AOG 2000-2007 wird die Projektgenehmigung „Neugestaltung Hauptplatz“ von € 9.384.300,- auf € 9.510.900,- aufgrund der Bruttobudgetierung erhöht und die Änderung in der mittelfristigen Investitionsplanung der Stadt Graz

Projekt	Ges. Kost.	RZ	Vorjahre	MB 2006	MB 2007
Neugestaltung Hauptplatz	9.510.9000	2000-2007	8.914.369,09	300.000	296.530,91

beschlossen. Die effektiven Ausgaben der Stadt Graz betragen unverändert € 9.384.300,-.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatterin: GRin. Kummer

NT 28) A 23 – 061630/2004/0052
A 8 – K – 1025/1984-67

Steiermärkisches Abfallwirtschaftsgesetz
2004, Abfuhrordnung NEU;
Grundsatzbeschluss

GRin. **Kummer**: Da geht es um das Steiermärkische Abfallwirtschaftsgesetz, und zwar ist das Landesgesetz geändert worden. Das neue StAWG 2004 bedingt die Notwendigkeit, die derzeit in Geltung stehende Müllabfuhrordnung der Landeshauptstadt Graz an die geänderten landesgesetzlichen Rahmenbedingungen anzupassen. Der Gemeinderat hat weiters am 12. Juni 2003 den Beschluss gefasst, eine Änderung der derzeitigen Müllgebührenstruktur auszuarbeiten und die zu leistenden Abgaben im Müllabfuhrbereich für die Grazer BürgerInnen gerechter zu gestalten. Das ist passiert, weiters hat man versucht, eine Optimierung der Kosten für die Stadt Graz in die Wege zu leiten und hat folgende Lösung gefunden und zwar werden die 80-Liter-Mülltonnen ausgetauscht gegen 120-Liter-Mülltonnen, des weiteren nicht mehr einmal oder zweimal in der Woche, sondern einmal im Monat entleert werden. Auf jeden Fall beträgt der Unterschied, der tatsächlich für den Bürger und die Bürgerin dann herauskommt von der alten Gebühr von 105,60 Euro jetzt nunmehr 99,44 Euro. Auf jeden Fall wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, im Zusammenhang mit der Erstellung einer auf das StWAG 2004 gestützten Abfuhrordnung die Erhöhung des Mindestbehältervolumens von derzeit 80 Liter auf 120 Liter sowie der Verlängerung des maximal zulässigen Entsorgungsintervalls bei Restmüllbehältern bei der Größe 120 x 240 Liter auf maximal 4-wöchig. Die zuständigen Fachabteilungen haben die damit verbundenen Vorkehrungen in die Wege zu leiten. Bitte um Annahme.

Die Berichterstatterin stellt namens des Ausschusses für Umwelt und Katastrophenschutz sowie des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Z. 14 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/1967 zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 32/2005, beschließen:

Im Zusammenhang mit der Erstellung einer auf das StWAG 2004 gestützten Abfuhrordnung wird.

1. der Erhöhung des Mindestbehältervolumens von derzeit 80 Liter auf 120 Liter sowie
2. der Verlängerung des maximal zulässigen Entsorgungsintervalls bei Restmüllbehältern der Größen 120 und 240 Liter auf maximal 4-wöchig

zugestimmt. Die zuständigen Fachabteilungen haben die damit verbundenen Vorkehrungen in die Wege zu leiten.

StRin. **Monogioudis:** Damit sich niemand davor fürchten muss, dass jetzt der Müll generell nur mehr einmal im Monat abgeholt wird, so ist das natürlich nicht gemeint, es soll nur mit dieser Abfallordnung die Möglichkeit geschaffen werden, in bestimmten Stadtgebieten, also Stadt-Rand-Gebieten, wo auch die Nachbargemeinden jetzt schon einmal im Monat den Müll sammeln, dass man die Möglichkeit hat, dort auch einmal im Monat abzuholen. Aber natürlich wird das nur in bestimmten Gebieten möglich sein und ansonsten werden sehr wohl die Intervalle beibehalten. Das Austauschen der 80-Liter-Tonnen, das ist ja sinnvoll und es gibt keine größere Stadt mehr, also alle Landeshauptstädte haben schon die 80-Liter-Tonnen schon länger gegen 120-Liter-Tonnen ausgetauscht.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl:** Das Stück zweiter Nachtrag Nummer 1) ist abgesetzt worden. Grazer Stadtwerke AG. Im Ausschuss abgesetzt.